

Alain Berset, Elizabeth Holmes, Donald Trump, Lukas Bärfuss

Nummer 43 – 22. Oktober 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Toni Brunner in den Bundesrat

Warum er die richtige Wahl ist.
Von Philipp Gut und Hubert Mooser

source ETF-Kompetenz

Für einen exklusiven Fokus auf Exchange Traded Funds, probieren Sie Source. sourceetf.ch

Die von Source angebotenen Produkte setzen ihr Kapital Risiken aus. Anleger erhalten den ursprünglich investierten Betrag möglicherweise nicht zurück.

Diese Anzeige wurde von der Source Schweiz GmbH, Kappelergasse 11, 8001 Zürich, herausgegeben. Die Source Schweiz GmbH ist von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) als Vertriebssträger zugelassen und untersteht deren Aufsicht.





Schwacher
Euro – starkes
Preisbild
2016

Mit der neuen Excellence Katharina von St. Petersburg nach Moskau

Swiss Direktflüge ab Zürich ·
9 Landausflüge inbegriffen ·
Zaren-Nostalgie ·
Mittelthurgau-Reiseleitung

Reisedaten 2016

Route 1: St. Petersburg–Moskau

03.06.–13.06.16 • 13.07.–23.07.16
02.08.–12.08.16 • 22.08.–01.09.16

Route 2: Moskau–St. Petersburg

12.08.–22.08.16

Preise pro Person

Fr.

Kabinentyp	Katalogpreis	Sofortpreis
2-Bett Deluxe Kab. (13m ²) HD	3095.-	2695.-
2-Bett Junior-Suite (15m ²) mit Balkon OD	3795.-	3395.-
2-Bett Junior-Suite (15m ²) mit Balkon BD	3995.-	3595.-
2-Bett Suite (30m ²) Balkon BD	5095.-	4695.-

HD=Hauptdeck OD=Oberdeck BD=Bootsdeck

Sofort-Preis mit beschränkter Verfügbarkeit

St. Petersburg–Moskau – Route 1

1. Tag: Zürich–St. Petersburg. Flug von Zürich nach St. Petersburg. Transfer und Einschiffung.

2. Tag: St. Petersburg. Entdecken Sie eine der schönsten Städte der Welt das «Venedig des Nordens». Die alte russische Hauptstadt liegt im Mündungsdelta der Newa auf rund 100 Inseln. Lassen Sie sich während der Stadtrundfahrt bezaubern (*).

3. Tag: St. Petersburg. Heute steht der Besuch des Eremitage-Museums auf dem Programm (*). Das Museum beherbergt eine der grössten und berühmtesten Gemaldesammlungen der Welt.

4. Tag: Mandrogi. Fahrt durch Europas grössten See, den Ladogasee. In Mandrogi haben Sie die Gelegenheit, das etwas andere Russland kennenzulernen. Geniessen Sie anschliessend zu folkloristischen Klängen einen schmackhaften Schaschlikspieß (*).

5. Tag: Kishi. Inmitten der unermesslichen Wasserfläche des Onegasees erhebt sich plötzlich, wie eine Fata Morgana, eine kleine Insel mit einer märchenhaften Holzkirche – die Insel Kishi. Rundgang (*).

6. Tag: Gorizy. Die Excellence Katharina erreicht heute das Dorf Gorizy – Ausgangspunkt für einen Ausflug zum 10 km entfernten Kirillow-Belozerskij-Kloster. Rundgang (*). Ihr Schiff passiert den imposanten Rybinsker Stausee in Richtung Jaroslawl.

7. Tag: Jaroslawl. Sie erreichen Jaroslawl, das zu den Städten des «Goldenen Rings» gehört. Die alte Kaufmannsstadt beherbergt u. a. das Erlöserkloster und die Prophet-Elias-Kirche (*).

8. Tag: Uglitsch. Die von Sagen und Legenden umwobene Stadt liegt eingebettet im Grün der Parks am Ufer der Wolga. Sie besichtigen die Erlöserkathedrale und erleben die älteste und geschichtlich bedeutendste Stadt an der Wolga (*).

9. Tag: Moskau. Heute erreichen Sie die russische Hauptstadt Moskau. Auf einer Stadtrundfahrt (*) erleben Sie das beeindruckende Moskau mit dem Roten Platz, der Basilius-Kathedrale, dem grössten Kaufhaus GUM und der Maria- Himmelfahrts-Kathedrale.

10. Tag: Moskau. Sie besuchen das wohl bedeutendste Bau- und Geschichtsdenkmal, den russischen Kreml (*). Die Machtmetropole Russlands hat eine bis zu 19 Meter hohe Mauer, welche von 20 Festungstürmen unterbrochen wird.

11. Tag: Moskau–Zürich. Ausschiffung und Transfer zum Flughafen. Rückflug nach Zürich.

Moskau–St. Petersburg – Route 2

Reise in umgekehrter Richtung.

(*) 9 Ausflüge bereits inbegriffen.

Zuschläge

Abreise Weisse Nächte: 13.07.	100.-
2-Bett Deluxe Kabine zur Alleinbenützung	995.-
2-Bett Junior-Suite/Panorama-Suite/Suite zur Alleinbenützung	1595.-

Unsere Leistungen

- Linienflüge in Economy Zürich–St. Petersburg/Moskau– Zürich oder v. v.
- Visagebühr Fr. 125.- inbegriffen
- Transfers St. Petersburg und in Moskau
- Excellence Flussreise in der gebuchten Kabine
- Vollpension an Bord
- 9 Ausflüge (*) sind bereits inbegriffen
- Erfahrene Mittelthurgau-Reiseleitung

Nicht inbegriffen

- Auftragspauschale pro Person Fr. 20.- (entfällt bei Buchung über www.mittelthurgau.ch)
- Persönliche Auslagen und Getränke
- Trinkgelder
- Fakultative Ausflüge (auf Anfrage)
- Kombinierte Annullationskosten- und Extrarückreiseversicherung auf Anfrage
- Zuschlag Business Class auf Anfrage

Reiseformalitäten, Wissenswertes

Schweizer Gäste benötigen einen gültigen Reisepass, der noch mindestens 6 Monate über das Rückreisedatum hinaus gültig sein muss und ein Visum. Das Visum holen wir gerne für Sie ein.

Internet Buchungscodes

www.mittelthurgau.cbkled1/ekmow1



Jetzt bestellen: Katalog
«Flussreisen 2016»!



Die «Excellence Katharina****» ist das neue Schmuckstück auf der Wolga zwischen St. Petersburg und Moskau. Nie zuvor war das Reisen auf den Wasserwegen Russlands so exquisit. Nach weitreichenden Umbauten im Winter 2015/16 unter der Federführung der Twerenbold Reisegruppe und des Reisebüro Mittelthurgau heisst die Excellence Katharina Sie willkommen mit stilvollem Interieur, grossräumigen Deluxe-Kabinen und Suiten (13–30 m²), meist mit eigenem Balkon und feiner Küche à la Excellence – für Sie kredenzt im eleganten Restaurant mit Blick auf die schönsten Uferlandschaften Russlands.

Willkommen an Bord – dobro pozhalovat!

Gratis-Buchungstelefon

Online buchen

0800 86 26 85 · www.mittelthurgau.ch



Ungekünstelte Volksverbundenheit: Toni Brunner mit Schweinen Franz und Frowin (r.), Hund Luna.

Bereits am Wahlabend dominierte die Frage, ob die grosse Siegerin SVP nun endlich wieder einen zweiten Sitz im Bundesrat erhalte. Wenn die Wahlen überhaupt einen Sinn haben, kann die Antwort nur heissen: selbstverständlich. Bisher sind einige Kandidaten genannt worden, darunter ein paar valable. Doch der logische neue Bundesrat tauchte nicht auf dem Radarschirm auf: Toni Brunner. In unserer Titelgeschichte begründen Philipp Gut und Hubert Mooser, warum der SVP-Präsident die beste Wahl ist. Hierzu eine Anekdote: Für seinen ersten persönlichen Wahlkampf opferte der 21-Jährige sein halbes Vermögen – 1000 Franken. Als gewählter Nationalrat fuhr er jeweils mit dem Moped an Veranstaltungen. Eines ist ihm bis heute geblieben: ungekünstelte Volksverbundenheit. **Seite 14**

Mit seinen spektakulären Strafverfahren gegen Potentaten wie Augusto Pinochet oder vermeintliche Mafia-Oligarchen wie Sergej Michailow sorgte der Genfer Generalstaatsanwalt Bernard Bertossa (SP, 1990–2002) immer wieder international für Schlagzeilen. Mit der Verhaftung von Hannibal Gaddafi trat Yves Bertossa (SP) 2008 in die Fussstapfen seines Vaters. Gemeinsam war den beiden: Die mit kolossalem medialem Getöse inszenierten Verfahren waren alle Rohrkrepierer, grandios war am Ende bloss der Kollateralschaden. Mit der Verurteilung des vermeintlichen Massenmörders Erwin Sperisen schien Bertossa junior im letzten Juli den langersehnten internationalen Coup gelandet zu haben. Redaktor Alex Baur hat den Prozess unter die Lupe genommen und ist dabei auf krasse Widersprüche und Unstimmigkeiten gestossen. In einer mehrteiligen Serie geht unser Autor dem beklemmenden Um-

stand nach, dass in Genf eine hochgradig politisierte und ideologisierte Justiz im Namen der Menschenrechte ein Justizverbrechen begangen hat. **Seite 44**

Ihre Weltwoche

In eigener Sache: Nach meiner Wahl in den Nationalrat haben mich sehr viele Glückwünsche und Gratulationen von Leserinnen und Lesern erreicht. Ich möchte mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Das ist eine grosse Ehre und Freude. Ich verspreche Ihnen, mit meinem Team auch weiterhin alles daran zu setzen, Ihnen jede Woche eine interessante und gehaltvolle *Weltwoche* zu bieten!

Ihr Roger Köppel

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten
IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch
Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Mark van Huisseling
Hansrudolf Kamer, Peter Keller,
Wolfram Knorr, Tom Kummer,
Christoph Landolt, Dirk Maxeiner,
Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller,
Daniela Niederberger, Kurt Pelda,
Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),
Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*),
Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer,
Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky
Sekretariat: Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: infoAadextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Plötzlich wache ich
auch am Sonntag
ganz früh auf.

Älter werden fängt früher an,
als man meint.

Jetzt gemeinsam Vorsorge planen.



Mehr auf:
[ubs.com/
vorsorge](https://ubs.com/vorsorge)

Erdrutsch

Die SVP legt historisch zu. Die Botschaft ist eindeutig: Asylchaos stoppen, Zuwanderung begrenzen, kein schleichender EU-Beitritt. *Von Roger Köppel*

Die SVP hat einen historischen Erfolg erzielt. Noch nie seit Einführung des Proporz 1919 kam eine Partei auf mehr Wähleranteile. Der Durchbruch erfolgte auf breiter Front. Sogar einst uneinnehmbare Stammlande anderer Parteien wurden geradezu im Sturm erobert. Man darf von einem Erdrutsch sprechen.

Im Sonderbundskanton Luzern hatte seit 1861 ununterbrochen die CVP die Mehrheit. Sie wurde jetzt überrundet durch die vom Unternehmer Franz Grüter angeführte SVP. Im Kanton Uri überflügelte die SVP mit einem Rekordergebnis die bisher tonangebende FDP. Auch Appenzell Ausserrhoden war eine freisinnige Burg. Erstmals sicherte sich die SVP einen Nationalratsposten.

Der beeindruckendste Erfolg gelang im Kanton Graubünden der Unternehmerin Magdalena Martullo-Blocher. Die Zürcher Erfolgsindustrielle musste auf gleichsam auswärtigem Gelände gegen verschwörungsartige Listenverbindungen und feindliche Lokalmonopol-Medien antreten. Trotzdem holte sie für die SVP den umstrittenen zweiten Sitz. Die BDP von Bundesrätin Widmer-Schlumpf ging ein. Sogar in Felsberg, dem Wohnort der Finanzministerin, gewann die SVP. BDP und Grüne sind die grössten Wahlverlierer insgesamt.

Die Durchsage dieser Wahlen ist einfach und deutlich. Die SVP trat mit drei Botschaften an: Asylchaos stoppen, Zuwanderung begrenzen, kein schleichender EU-Beitritt. Das sind die Kernprobleme, die der wachsende, mit Abstand grösste Teil der Wählerinnen und Wähler endlich angepackt und gelöst sehen möchte. Der Auftrag an die Bundesversammlung wurde mit Dringlichkeit gestellt. Zum fünften Mal in Folge ist die SVP stärkste Partei, jetzt mit einem historisch einzigartigen Ergebnis.

Merken es die anderen? Die Schweiz ist ein granitolid Land mit einem politischen System, das keine grossen Bewegungen vorsieht. Die Schweizer sind, als ursprüngliche Bergbewohner verständlich, stabilitätsverliebt. Fiebrige Ausschläge im politischen Bereich sind unerwünscht. Eigentlich hassen es die Eidgenossen, wenn sie von der Politik zu sehr behelligt werden. Das Recht, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden, entspricht einem bewährten Bedürfnis. Alles zielt auf Gleichgewicht, auf Mass und Mitte.

Vor diesem Hintergrund ist der landesweite SVP-Vorstoss an die 30-Prozent-Marke ein



«Wink mit dem Matterhorn.»

Alarmsignal. In einzelnen Kantonen und Gemeinden resultierten gegen 50 Prozent. Der SVP-Durchmarsch zeugt von grosser Unzufriedenheit beim Volk. Es gibt ein wachsendes Unbehagen, weil die Politik der letzten Jahre in die falsche, in die linke Richtung manövrierte. Die Bürgerferne in den geschlossenen Abteilungen von Bundesbern wird als arrogant empfunden. Das Wahlergebnis ist ein Wink mit dem Matterhorn.

Natürlich gibt es in der Schweiz den ewigen Links-rechts-Konflikt. Links heisst: immer mehr Staat, immer mehr EU, immer mehr Zentralismus, immer mehr Zuwanderung. Rechts: Das sind die Kräfte, die sich für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, für die



Freiräume der Bürger in der direkten Demokratie und für die Unternehmen wehren. Die Rechte wurde am letzten Wochenende für schweizerische Verhältnisse massiv gestärkt. Was sie daraus macht, bleibt abzuwarten.

Zunächst lautet die Devise: Zurück zur Konkordanz. Konkordanz bedeutet, dass die Parteien ihrer Wählerstärke gemäss im Bundesrat vertreten sind. Die SVP hat den klarsten Anspruch seit Jahren. Die mutwillige Diskriminierung der grössten Minderheit durch ein parteiübergreifendes Kartell in Bern hat der Schweiz nur geschadet. Die Leute haben genug von diesem Theater. Eine BDP hat im Bundesrat nichts zu suchen. Finanzministerin Widmer-Schlumpf muss gehen. Wird die Frau, die ihre Interessen bisher über alles stellte, die Grösse dieser Einsicht selber haben? Es wäre ihr zu gönnen.

Und noch ein Wunsch: Natürlich ist die Schweiz ein Land der Kompromisse. Aber es ist nicht an der mit Abstand stärksten Partei, sich dauernd nach den anderen zu krümmen. Die SVP ist führend im bürgerlichen Lager. Diese Verantwortung soll sie mit Bescheidenheit und Weitblick tragen. Es kam nicht gut, als die Volkspartei nach ihrem Triumph von 2007 den Boden unter den Füßen verlor. Der kollektive Übermut kippte unvermittelt ins Elend der Abwahl ihres Justizministers Christoph Blocher.

Umgekehrt aber gilt ebenso: Es wäre an der Zeit, dass die anderen bürgerlichen Parteien, neben der FDP immerhin noch Teile der schwindenden CVP, ihren schmollenden Neid gegenüber dem einstigen Juniorpartner endlich überwinden würden. Es bringt nichts, balkanmässig alte Ressentiments und persönliche Befindlichkeiten zu pflegen. Die Bürgerlichen sollen aufeinander zugehen, und es ist keine Anmassung, wenn sich die SVP dabei auf den Standpunkt stellt, dass sich bei diesem Annäherungsversuch auch die anderen etwas bewegen mögen, und zwar nach rechts.

Die gute Nachricht zum Schluss: Die Schweiz bleibt ein faszinierendes Land. Ihre Geschichte ist ein beeindruckendes Schauspiel von Freiheit, Kontinuität und Fortschritt. Das Geheimnis besteht darin, dass es in der Schweiz keine Revolutionen braucht, weil ihre Staatsform Korrekturen zulässt. Die Bürgerinnen und Bürger bestimmen. Sie geben die Richtung vor. Dank der direkten Demokratie hat unsere Politik eine Standleitung in die Wirklichkeit. Der Schweiz geht es dann am besten, wenn die Politiker die Signale von unten hören und verstehen.

Die SVP-Fraktion, nach den Wahlen stark verjüngt, trägt jetzt die grösste Bürde. Sie hat den Auftrag, ihre Anliegen in Zusammenarbeit mit den anderen umzusetzen. Mit grosser Macht kommt grosse Verantwortung. Für den Wahlsieger ist der Erfolg wie eine Bleiplatte. Nur die Leichtfertigen jubeln, bevor die Arbeit getan ist.



Mörder oder Opfer? Erwin Sperisen. Seite 44



Terror-Alarm in Jerusalem: Seite 52



Deutscher Eidgenosse: Oswald Grübel. Seite 48



Weltverbesserin: Elizabeth Holmes. Seite 58

Kommentare & Analysen

- 5 [Editorial](#)
- 11 [Kommentar Zusammen nein sagen](#)
- 11 [Im Auge Ry Cooder, Gitarrist](#)
- 12 [SVP Alles gaga?](#)
- 12 [Wahlsplitter De Weck, Goutziomitos, Grossniklaus etc.](#)
- 13 [Service public Auf Augenhöhe](#)
- 14 [Natürlicher Bundesrat](#)
Toni Brunner wäre der ideale Kandidat für Partei und Gegner
- 17 [CVP Die Mitte ist nach rechts weggerutscht](#)
- 18 [Zähmung der Widerspenstigen](#)
Warum die Schweiz die Opposition in die Regierung einbindet
- 20 [Christoph Blocher «Ich will die Schweiz retten»](#)
- 22 [Parteien Lauwarme Schlachtplatte](#)
- 23 [Bundesrat Esther Girsberger über Eveline Widmer-Schlumpf](#)
- 24 [Personenkontrolle Pardini, Rime, Schneider-Amman etc.](#)
- 25 [Nachrufe Héctor López Fuentes, Hilla Becher](#)
- 26 [Die Deutschen Falsche Wahl](#)
- 26 [Wirtschaft Pathologische Wissenschaft](#)
- 27 [Ausland Gute alte Machtpolitik](#)
- 28 [Mörgeli Nachfolger der Wettertanne](#)
- 28 [Bodenmann Der M. muss gehen](#)
- 29 [Medien Auslaufende Brauchtumpflege](#)
- 29 [Gesellschaft Lässig, gefühllos](#)
- 30 [Darf man das? / Leserbriefe / Leserblitz](#)

Hintergrund

- 32 [Erstickte Krankenkassen](#)
Bundesrat Alain Berset nähert sich der Einheitskasse
- 34 [Bundesrat Gierig auf Prämien](#)
- 35 [Gesundheitswesen Innovation statt Bürokratie](#)
- 36 [Der Sportsmann aus Leblon](#)
Jorge Paulo Lemann, Herr über das weltgrösste Bierimperium
- 39 [Hochschule Alte Seilschaften](#)
- 40 [Staatlich besoldete Krawallmacher](#)
Die Aufregung um den Schweiz-Verriss von Lukas Bärfuss
- 42 [Wandelnde Wundertüte](#)
Lehrer Walter Meier hält nichts von «Büropädagogen»
- 44 [Die Genfer Konfusion](#)
Ist Erwin Sperisen wirklich ein Massenmörder?
- 48 [«Ach Gott, war ich folgsam»](#)
Bankier Oswald Grübel spricht gern von «uns Schweizern»
- 50 [Sozialwesen «Schweiz muss zahlen»](#)
- 51 [Uni-Klinik Fragwürdige Klausel](#)
- 52 [Das Messer des Propheten](#)
Palästinenser attackieren Juden auf offener Strasse
- 57 [Donald Trump](#) Der rüpelhafte Tycoon ist keine Witzfigur
- 58 [Böses Blut](#)
Kritik an Selfmade-Milliardärin Elizabeth Holmes
- 60 [Ideal der Verantwortung](#)
Die Risiken der Massenwanderung nach Deutschland

EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE



DIE NAVITIMER 46 mm



«In allem Schlechten ist auch etwas Gutes»: Ungarns Parlamentspräsident Kövér. Seite 54

Interview

54 «Eine duldsame Kultur»

Ungarns Parlamentspräsident László Kövér über den «geistigen Terror der politischen Korrektheit»

Stil & Kultur

62 Stil & Kultur Gisele Bündchen, Topmodel

64 Bestseller

64 Eine Form der Schönheit

Stets fasziniert der Seitensprung. Literatur und Film zeigen, warum

68 Top 10

68 Serien «Happy Valley»

69 Jazz Joyce Moreno / Kenny Werner

70 Namen Ankerplatz für die Seele

71 Hochzeit Ariana Katz und B. Ever Hanna

71 Thiel Frauenpower

72 Wein Amorino DOC Montepulciano d'Abruzzo 2010

72 Zu Tisch Joachim Wissler, Sternekoch

73 Auto Ferrari 488 Spider

74 MvH trifft Theo «Hurts» Hutchcraft, Popstar

Autoren in dieser Ausgabe

Esther Girsberger



Die Journalistin und Buchautorin schrieb 2011 die Biografie von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf («Die Unbeirrbare»). Sie porträtiert die Bündnerin darin sowohl als machtbewusste Finanzministerin als auch als ausgeprägten Familienmenschen. Seite 23

Gerd Habermann



Der renommierte Wirtschaftsphilosoph ist Honorarprofessor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. In seinem Essay fordert er die Politiker auf, hinsichtlich der Masseneinwanderung nach Deutschland endlich die historische Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen. Seite 60

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCHEN

DER NEUE JAGUAR XF. NOT BUSINESS AS USUAL.



Dynamisch, sportlich und progressiv verleiht die neue Premium Business-Limousine von JAGUAR innovativer Technologie eine neue Form. Der JAGUAR XF wurde komplett überarbeitet und auf ein neues Level gehoben.

- Aluminium-Leichtbaukonstruktion für maximale Effizienz und Fahrdynamik
- Auch mit All-Wheel-Drive inklusive Adaptive Surface Response erhältlich
- Modernste Sicherheits- und Fahrer-Assistenzsysteme
- Luxuriöses und komfortables Interieur
- Moderne und effiziente Ingenium-Motoren mit Verbrauchswerten ab 104 g/km CO₂ und ab 3.9 l/100 km
- Ab CHF 47'800.-*
- Jetzt mit attraktivem 3.9% Leasing

jaguar.ch

THE ART OF PERFORMANCE

*JAGUAR XF 2.0 Diesel E-Performance, 4-Türer, man., 163 PS/120 kW, empfohlener Nettoverkaufspreis CHF 47'800.-, Gesamtverbrauch 3.9 l/100 km (Benzinäquivalent 4.4 l/100 km), Ø CO₂-Emissionen 104 g/km. Energieeffizienz-Kategorie A. Abgebildetes Modell: JAGUAR XF 3.0 V6 S, 4-Türer, auto., 380 PS/280 kW, empfohlener Nettoverkaufspreis CHF 77'200.-, Gesamtverbrauch 8.3 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 198 g/km. Energieeffizienz-Kategorie G, Ø CO₂-Emissionen aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 144 g/km. Leasing gültig vom 1.9.2015 bis 23.12.2015 (Verkaufsverträge), 1. Immatriculation bis 23.12.2015 in der Schweiz. Leasingbeispiel: JAGUAR XF 2.0 Diesel E-Performance, 4-Türer, man., empfohlener Nettoverkaufspreis CHF 47'800.-, Leasingrate CHF 555.55/Mt., eff. Leasingzins 3.97%, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 15%, Vollkasko obligatorisch, Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Alle Beträge sind inkl. MwSt.

Sind Sie bereit für die Wirklichkeit?

Die Weltwoche enthüllt und deckt auf. Sie schreibt und spricht aus, was andere nicht zu sagen wagen. Die Weltwoche hat eine klare Ausrichtung, aber auch die grösste Meinungsvielfalt. Seit 1933 setzt sich das traditionsreiche Wochenblatt mit gehaltvollem Journalismus für die Schweiz ein. Überzeugen Sie sich selbst!

Probeabo
10 Ausgaben
nur Fr. 40.–



Zusammen nein sagen

Von Beat Gygi — Wenn die FDP der SVP hilft, die Gesetzesproduktion zu drosseln, sind die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft gut.



Ist das neue Parlament gut für die Wirtschaft? Was bedeutet die Stärkung von SVP und FDP für die mehr als 550 000 Firmen, die etwa 5 Millionen Beschäftigten, die rund 140 000 offiziell Arbeitslosen und die 3,6 Millionen Haushalte in der Schweiz, wenn es um Einkommen, Wohlstand, Arbeitsplätze, Steuern und Unternehmungslust in näherer Zukunft geht? Eigentlich scheint die Antwort klar: Das neue Parlament wird die Bedingungen für die Wirtschaft eher verbessern. Die bürgerlichen Parteien SVP und FDP haben im Nationalrat zusammen 14 Sitze gewonnen, die sie den umverteilungsorientierten Parteien SP, Grüne, Grünliberale und CVP abgenommen haben. Auch im Bundesrat gibt es wohl eine Anpassung zugunsten der Bürgerlichen.

Mehr Freiraum, weniger Lasten

Selbst wenn der Ständerat seine Linksneigung behalten sollte – es müsste doch mit dem Teufel zugehen, würden die Sitzverschiebungen nicht bewirken, dass die Politiker den Firmen und Haushalten künftig mehr Freiraum geben und ihnen weniger Lasten aufladen werden als in den vergangenen vier Jahren. Sofort kommt natürlich der Einwand, die SVP und die FDP zögen ja überhaupt nicht in die gleiche Richtung. Es sei vor allem die FDP, die fürs Wohl und die internationale Anbindung der Wirtschaft schaue, während die SVP auf Zuwanderungsbegrenzung und Abwehr von EU-konformen Regulierungen setze. Um eine Wirtschaftspolitik zu erreichen, die eine kleine, offene Volkswirtschaft gedeihen lasse, müsse die SVP flexibler werden, weniger nein sagen, mehr mit anderen Parteien kooperieren und sich konstruktiv zeigen.

Diese Beurteilung ist ein weitverbreitetes Missverständnis. Schon das Wort konstruktiv ist entlarvend. Es ist ja gerade die Besessenheit zum Konstruieren, welche die Politiker zu Wagnissen treibt, die ins Verhängnis führen. Ein Extremfall ist die europäische Währungsunion, ein Konstrukt kooperativer Elitepolitiker. In kleinerem Massstab gibt es viele andere Vorhaben und Gesetze, die sich im Nachhinein als nutzloser oder schädlicher Aktivismus herausstellen. National- und Ständerat haben in der zurückliegenden Legislaturperiode etwa die Revision des Lebensmittelgesetzes beschlossen, das Firmen und Konsumenten mit

Millionenkosten und Vorschriften schikaniert. Leichtfertig und schwerwiegend waren auch die Entschlüsse zur Energiewende, zur Lieferung von Bankkundendaten in die USA, das planwirtschaftliche Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz oder die rasche Einwilligung in den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen. Die SVP sagte jeweils nein, unterlag aber.

Klar, ob man eine Massnahme nützlich oder schädlich findet, hängt oft vom Standpunkt ab, es gibt immer Gewinner und Verlierer. Aber immer mehr Politiker konzentrieren sich vollamtlich darauf, Geld und Vorteile zugunsten ihrer Interessengruppen umzuverteilen. Der verbreitete Wunsch nach dem Leben auf Kosten anderer treibt öffentliche Ausgaben und Steuern in die Höhe und nimmt den Leuten mit der Zeit die Luft zum Atmen. Nur Neinsagen können dieses Spiel stören.

Das neue Parlament wird etliche Chancen haben, nein zu sagen, etwa zu einem vom Konsumentenschutz durchtränkten Finanzdienstleistungsgesetz, einem geschlechter- und lohnpolitisch geprägten Aktienrecht oder zum Zugriff der Rentnergenerationen auf das Vermögen der Jungen. Wenn sich eine Koalition von SVP- und FDP-Neinsagern zusammenfindet, sind die Aussichten für Wohlstand und Unternehmungslust in der Schweiz gut.



Etliche Chancen: Brunner (SVP), Müller (FDP).

Tot oder lebendig



Ry Cooder, Gitarrist.

Als die magische Greisenband des Buena Vista Social Club auf ihrer «Adios»-Tournee quicklebendig im Westflügel des Weissen Hauses dem US-Präsidenten Barack Obama mit ihrer Salsa (Deutsch: Sauce) einheizte, machte in den Social Networks gerade die Nachricht vom Tode ihres Entdeckers Ry Cooder die Runde. Dann starb das Gerücht, und Ry Cooder, 68, lebt und übt täglich weiter stundenlang auf seinen Gitarren, «meine Therapie», wie er sagt. Begonnen hat er damit als Dreijähriger, mit vier verlor er bei einem Unfall ein Auge, vielleicht entdeckt er deshalb die Welt mit dem Gehör. Er spürt immer neue Musik auf, die oft auch die vergessene ist, wie damals, 1997, als er mit einer klapprigen Seitenwagenmaschine durch die Strassen Havannas kurvte auf der Suche nach den Legenden des Son: Compay Segundo, Ibrahim Ferrer, Rubén González, die inzwischen leider wirklich tot sind. Die CD, die Cooder produzierte, verzauberte ein weltweites Publikum mit diesen feurigen karibischen Melodien aus Rumba und Merengue, mit Einflüssen des Blues und der leichtfüssigen Tanzmusik der Big-Band-Zeit, aber auch wunderschön traurigen und schelmischen Alltagsballaden. Wim Wenders drehte den kongenialen Film dieser Auferstehung. Ry Cooder zog weiter. Wie ein Forrest Gump der Rockgeschichte ist er überall dabei gewesen: Seine warme, pulsierende Slide-Gitarre untermalte seit den sechziger Jahren die Aufnahmen der Stones, Eric Claptons, Van Morrisons, Neil Youngs und anderer. Er schrieb die Musik zu über dreissig Filmen, hasst aber das Kino, weil er da seine Hände ruhig halten muss. Der Weltenbummler auch der Stille spielt über alle Grenzen hinweg: Gospel, Country, Blues, Bluegrass, Tex-Mex, Roots-Rock, Folk, Soul, Jazz. Aber er lebt fest verankert in Santa Monica, seinem Geburtsort, mit seiner Frau Susan, einer Plastikerin und Fotografin. Wo die Musik aufhört, beginnt die stumme Sprache: Ry Cooder beschrieb sein Los Angeles in der auch fast untergegangenen Form von Short Storys. Es sind – natürlich – kleine, lakonische Meisterstücke. Lang möge er leben. Peter Hartmann

Alles gaga?

Von Peter Keller — In Zürich hat die Partei unterdurchschnittlich zugelegt. Trotz Roger Köppel.



Alles in Butter? Oder alles gaga? Die SVP hat am Sonntag einen fulminanten Sieg eingefahren. Der höchste Wähleranteil, seit es Proporzahlen in der Schweiz gibt. Die Fraktion wächst um elf Sitze, stellt mit Roger Köppel den bestgewählten Nationalrat aller Zeiten. «Ein grosser Tag für die Zürcher SVP» (Tele Züri). Also alles in Butter?

Es lohnt sich ein zweiter Blick. Die SVP Zürich hat am vergangenen Sonntag um 0,9 Prozent zugelegt. Sie liegt damit weit unter dem nationalen Durchschnittswachstum von 2,8 Prozent. 2011 war die SVP Zürich überdurchschnittlich abgesackt (auf 29,4 Prozent) und hat nun unterdurchschnittlich zugelegt. Die meisten anderen Kantonalparteien haben das Rekordergebnis von 2007 wieder erreicht oder übertroffen. Die Zürcher dümpeln mit 30,3 klar unter den 33,2 Prozent von 2007.

Im Sommer hatte der Zürcher SVP-Präsident Alfred Heer den anlaufenden Wahlkampf der nationalen Partei vorsorglich harpuniert. Zu viel Asyl, zu viel Gaga (Wachhund-Willy-Song), zu wenig Inhalt. Raubein Heer wurde umgehend zum Hätschelkind der politischen Gegner befördert. Seine Gaga-Grätsche war das meistzitierte Bonmot. Er selber konnte sich getrost zurücklehnen: Verliert die SVP die Wahlen, war er der einsame Mahner, gewinnt die Partei, klopfen sich eh alle auf die eigene Brust.

Dämlicher Dolchstoss

Der zwölfte SVP-Sitz in Zürich ist ein Geschenk. Dank der Bevölkerungsentwicklung hatte der Kanton neu 35 statt 34 Nationalratsmandate zu vergeben. Faktisch machte Roger Köppel den Sitzgewinn im Alleingang. Mit den «Gaga-Themen» Asyl, Europa und Migration – und indem er durch den ganzen Kanton tourte. Er holte die Basis ab und gewann Stimmen weit über das eigene Lager hinaus.

Nur innerhalb der Etablierten und Überholten stiess Köppel auf eisige Widerstände: In der Woche vor dem Wahlsonntag liess Natalie Rickli dem *Weltwoche*-Verleger ausrichten, er solle sich doch nicht zu wichtig nehmen. Am Montag nach der Wahl riet sie ihm (ebenfalls via Medien), im zweiten Wahlgang für die SVP in den Ständeratswahlkampf zu steigen. Um sich weniger wichtig zu nehmen? Dämlicher kann man einen Dolchstoss nicht ansetzen. Herzlich willkommen, Roger, in der nationalen Politik.

Wahlsplitter

De Weck, Goutziomitos, Grossniklaus, Bigler, Noser, Gorgé, Auer, Häsler, Rytz, Bäumle, Brunner, Baltisser, Trede, Widmer, Kälin, de Schepper, Derder, Mörgeli, Badran, Landolt, Minder, Vogler, Campell, Tuena

Die Wahlsendung von Fernsehen SRF, in der Wandelhalle des Bundeshauses unter dem wohlwollenden Auge von SRG-Generaldirektor Roger de Weck, erntete einiges Lob. Als quälend langwierig erwies sich allerdings jeweils das Verkünden der Gewählten und der Abgewählten in den einzelnen Kantonen, zumal das Moderatorenpaar Wasiliki Goutziomitos und Mario Grossniklaus es selbst bei Bisherigen oft nicht schaffte, die Namen richtig auszusprechen. Und bei Zürich leisteten sich die Fernsehleute eine Peinlichkeit: Nur bei diesem Kanton wiesen sie auch auf einen prominenten Nichtgewählten hin – Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler (FDP), ihren grossen Gegenspieler in der Abstimmung über die Mediensteuer. Ihre Schadenfreude kam übrigens zu früh: Wenn Ruedi Noser erwartungsgemäss den Sprung in den Ständerat schafft, rückt der SRG-Kritiker in den Nationalrat nach. (sär)

Die Berner nervten einmal mehr die Nation, indem sie – ohne irgendwelche Zwischenresultate bekanntzugeben – für ihre Auszählung bis gegen Mitternacht brauchten. Erst gegen 23.40 Uhr konnte SRF-Korrespondentin Sabine Gorgé im Rathaus berichten, Staatsschreiber Christoph Auer sei zur Verkündung der Resultate eingetroffen. Der Staatsschreiber las dann tatsächlich langsam die Namen der Gewählten herunter – und bei der Grünen Christine Häsler stürzte sich die SRF-Frau freudestrahlend auf die Zitterkandidatin, um sie nach ihrer Befindlichkeit zu fragen. Die Namen der Gewählten von FDP, GLP und EVP, auf die die Nation seit Stunden wartete, gingen im Interview zur Unzeit unter. Immerhin zeigte das Intermezzo, wo die Sympathie der SRF-Leute liegt. (sär)

Die Präsidenten der Grünen, Regula Rytz, und der Grünliberalen, Martin Bäumle, müssen den Gürtel enger schnallen: Für ihre Parteien hat der Verlust von insgesamt neun Sitzen im Nationalrat auch finanzielle Folgen. Der Verlust von vier Mandaten im Nationalrat bedeutet für die Fraktion der Grünen, dass sie in Zukunft mit 107 200 Franken weniger auskommen muss. Die Grünliberalen haben fünf Sitze im Nationalrat und wohl auch einen Sitz



Quälend: Goutziomitos, Grossniklaus.



Sympathiebonus: Trede, Häsler, Rytz (Grüne).



Überschwang via Twitter: Jacqueline Badran (SP).

im Ständerat verloren. Sie erhalten in Zukunft 160 800 Franken weniger. Die beiden finanzschwachen Kleinparteien werden kaum um einen Abbau ihrer ohnehin dünnen Personaldecke herumkommen. Über beträchtliche Mehreinnahmen dürfen sich dagegen SVP-Präsident Toni Brunner und Parteimanager Martin Baltisser freuen. Allein die elf Sitzgewinne im Nationalrat bringen der SVP gegen 300 000 Franken Mehreinnahmen. (hmo)

Einen noch schwärzeren Tag als die GLP hatte die Ringier-Fraktion im Bundeshaus. Die grüne Bernerin Aline Trede, Ehefrau von Joel Widmer, dem Co-Inlandchef des *Blicks*, büsste trotz eifriger Förderung durch die Boulevardmedien ihren Nationalratsitz ein. Und die grüne Aargauerin Irène Kälin, Lebenspartnerin von Werner de Schepper, dem rührigen Co-Chefredaktor der *Schweizer Illustrierten* und Ex-Chefredaktor des *Blicks*, schaffte als Favoritin den Sprung ins Bundeshaus nicht. Dies, obwohl ihr «lieber Mann» ihren Wahlkampf auf Twitter intensiv begleitete und von den eigenen Leuten davon abgehalten werden musste,

Auf Augenhöhe

Von Rico Bandle — Für die SRG sind Wahlen eine Prestigeangelegenheit. Die Berichterstattung war tatsächlich gut. Bloss: Diejenige der privaten Konkurrenz war besser – zu einem Bruchteil der Kosten.

Das eigene Technikmaterial reichte bei weitem nicht aus. Also mietete die SRG-Produktionsfirma TPC für die Wahlberichterstattung gleich mehrere Satellitenübertragungswagen aus dem Ausland hinzu. Seit Wochen wurde im Leutschenbach auf das Grossereignis National- und Ständeratswahlen hingearbeitet, am Wahltag selbst wurde vierzehn Stunden lang live gesendet. Das ganze Bundeshaus musste verkabelt, die Wandelhalle zu einem Fernsehstudio für die Elefantenrunden mit den Parteipräsidenten umgebaut werden.

Das Zentrum der Berichterstattung befand sich im Fernsehstudio in Zürich, hier kommentierte SRF-Hauspolitologe Claude Longchamp die von seinem Unternehmen erstellten Hochrechnungen. Von hier aus wurde auch in die neunzehn Wahlzentren in den Kantonen geschaltet. Gemäss SRF waren an dem Tag «über hundert Journalisten und über hundert Techniker im Einsatz». Das dürfte eher tiefgestapelt sein, genauere Angaben zu Personaleinsatz und Kosten verweigert der Gebührensender.

Sicher ist: Trotz des angeblichen Sparzwangs scheute SRF keine Kosten, gerade als wollte der Sender den Politikern beweisen, dass er sein Geld wert ist. Tatsächlich war die Berichterstattung mehrheitlich sehr gut gemacht – trotzdem ist sie bestes Anschauungsbeispiel dafür, wie enorm hoch das Sparpotenzial der quasistaatlichen Anstalt ist. Denn SRF war nicht der einzige Sender, der die Wahlen breit abdeckte. Die private Sendergruppe um Tele Züri, Tele Bärn und Tele M1 tat dies ebenso – und konnte qualitativ durchaus mit SRF mithalten. Der unermüdliche Senderchef Markus Gilli – der beste Fernsehtalker der Schweiz – und sein Team boten ein hervorragendes Programm, sämtliche wichtigen Politiker kamen dort zu Wort, oft gar mit den pointierteren Aussagen als beim Gebührensender. Selbst wenn man die Kosten für die Hochrechnungen abzählt, den die SRG auch für die anderen Medien erbringt, sowie die Aussenstudios in den verschiedenen Sprachregionen: Der Aufwand der SRG war um ein Mehrfaches höher als jenes des Privatsenders, bei vergleichbarem Resultat.

Arsenal von Mitarbeitern

Im Bundeshaus, wo SRF für die Radio- und Fernsehberichterstattung vierzig Mitarbeiter im Einsatz hatte, waren Tele Züri, Tele Bärn und Tele M1 nur mit je einem Videojournalis-



Schwarzer Tag: Irène Kälin (Grüne).



Späte Gerechtigkeit: Fathi Derder (FDP).

seine Liebste ins Blatt zu hieven. Fazit: Offenbar wollen die Wähler Journalisten im Parlament – aber keine Frauen von Journalisten, die sich parteiunabhängig geben. (sär)

«Bravo, du hast gewonnen!», schrieb ein Zürcher Kollege am Wahlabend dem Waadtländer **Fathi Derder**, wie der Freisinnige in einer Nachbetrachtung bei *Le Temps* verriet. Der Kollege kündigte die Abwahl eines «persönlichen Gegners» an: «**Christophe M.**». Dieser Mann sei «einer der finstersten Gewählten in Bern» gewesen; «vor allem aber hatte er die Unverschämtheit, systematisch meinen Arbeitsplatz zu besetzen». Der Linksfreisinnige glaubte deshalb, es gebe doch noch Gerechtigkeit in der Welt. Und er erfuhr drei Stunden später, dass er auch abgewählt war. (sär)

Unterwegs zu einem Spitzenresultat gab sich die Zürcher Sozialdemokratin **Jacqueline Badran** am Sonntagnachmittag grossherzig. Sie gratulierte per Twitter dem BDP-Präsidenten **Martin Landolt** (der in Glarus einen SP-Mann geschlagen hatte) «herzlichst zur Wahl», dann dem unabhängigen Schaffhauser Ständerat **Thomas Minder** («ein Lex-Koller-Verschärfungs-Unterstützer mehr»), dem Obwaldner Christlichsozialen **Karl Vogler** («ein echt ausbalancierter Politiker»), dem neuen Bündner BDP-Vertreter **Duri Campell**, «meinem ehemaligen Skischulleiter», und schliesslich sogar dem Zürcher SVP-Neuling **Mauro Tuena**: «Freue mich echt auf das Mausilein.» So viel Überschwang in Ehren – man müsste wohl Jacqueline Badran in Erinnerung rufen: Die SP braucht frühestens in vier Jahren wieder eine Bundesrätin. (sär)



Näher dran: Politiker Jositsch, Moderator Gilli.

ten präsent, die jeweils selber filmten und das Gefilmte auch selber schnitten. Hinzu kam eine Maskenbildnerin, die die Politiker für die hochauflösenden Bildschirme zurechtmachen sollte. «Die hatte aber fast nichts zu tun», scherzt Markus Gilli, «SRF hat mit seinem riesigen Arsenal an Leuten alle schon vorher geschminkt.» In den kantonalen Wahlzentren hatten die privilegierten SRF-Reporter meist Kameraleute und Techniker dabei, während jene der Privaten alles selber machten.

Anders als SRF legt Gilli den Personaleinsatz detailliert offen. Für alle drei Sender waren am Sonntag insgesamt weniger als hundert Mitarbeiter für die zehn Stunden dauernde Live-Berichterstattung im Einsatz. «Auch für uns war das eine Riesensache», sagt er.

Vielleicht war bei den Privaten nicht jeder Beitrag so perfekt produziert wie bei SRF, dafür war die Nähe zum Geschehen besser spürbar. Ansonsten war der Unterschied marginal, beiden Sendern standen die relevanten Politiker Red und Antwort, auf beiden analysierte ein Politologe die eintrudelnden Resultate.

Wegen mangelnden Auskunftswille seitens der SRG ist ein genauer Kostenvergleich der beiden Sender leider nicht möglich. Gemäss einem Insider rechnet man in Deutschland bei vergleichbaren Sendungen mit dreimal tieferen Produktionskosten bei privaten Sendern als bei den öffentlich-rechtlichen. In diesem Fall dürfte der Unterschied noch etwas grösser gewesen sein, wie allein schon der Wagenpark vor den Wahlzentren vermuten liess.

Markus Gilli zeigte sich mit der Berichterstattung seiner Sender zufrieden. Zeit zum Ausruhen blieb ihm nach seinem Moderationsmarathon nicht. Am Dienstag hatte er den abgewählten SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli in seiner Sendung zu Gast. Kein Medium hatte es vorher geschafft, ihn zum Sprechen zu bringen. Auch nicht das grosse SRF.

Natürlicher Bundesrat

Von Philipp Gut und Hubert Mooser — Wenn Konkordanz noch irgendetwas bedeutet, gehört der Wahlsiegerin SVP ein zweiter Sitz in der Regierung. Präsident Toni Brunner wäre der ideale neue Bundesrat. Aus Sicht der Wähler, der eigenen Partei – und der Gegner.



Kaum waren die Ergebnisse der Parlamentswahlen auf dem Tisch, ging in den Medien bereits das SVP-Kandidaten-Spektakel um den Bundesratsitz von Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) los. Nach dem Wahlsieg der SVP, die nun einen Wähleranteil von fast 30 Prozent hat, liegt der zweite Sitz in Reichweite. «Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen», sagte SVP-Parteichef Toni Brunner im Schweizer Fernsehen. Ob die SVP den zweiten Sitz bekomme, hänge aber von den anderen Parteien ab.

Nach dem Wahlsonntag, welcher der Volkspartei ein historisches Hoch bescherte, ist noch klarer als zuvor: Die SVP hat Anrecht auf einen zweiten Sitz im Bundesrat. Heute ist dort die Minipartei BDP massiv übervertreten. Sie ist mit nicht einmal fünf Prozent Wähleranteil – in andern Ländern die Hürde, um überhaupt ins Parlament zu kommen – rund sechsmal kleiner als die Wahlsiegerin SVP.

Nach allem, was die vielbeschworene, aber in letzter Zeit misshandelte Konkordanz ausmacht, muss die SVP im Bundesrat vertreten sein. Konkordanz bedeutet im schweizerischen Polit-System, dass die massgeblichen Kräfte gemeinsam die Regierung bilden. Das erfordert ein Entgegenkommen der Starken und Mächtigen gegenüber den Minderheiten. So überliessen die Freisinnigen, obwohl sie im Parlament die absolute Mehrheit innehatten, Ende des 19. Jahrhunderts einen Sitz den katholisch-konservativen Gegnern. Und während des Zweiten Weltkriegs wurden die Sozialdemokraten in die Regierung eingebunden, obgleich die Bürgerlichen ihnen den Sitz weiterhin hätten vorenthalten können. Der Rest ist bekannt: Seit 1959 besteht die berühmte Zauberformel, laut der die drei stärksten Parteien je zwei Bundesräte stellen und die viertstärkste einen.

Levrat redet sich ins Abseits

Erst mit der Abwahl von Christoph Blocher 2007 und der Installation der abtrünnigen Bündner Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf ist dieses System, das auf Rücksicht gegenüber politisch Schwächeren fusst, von den Mitte-links-Kräften zertrampelt worden. SP-Chef Christian Levrat manövriert sich argumentativ ins Abseits, wenn er – wie er es in der drögen zweisprachigen Elefantenrunde der Parteipräsidenten auf SRF

tat – schwadroniert, die vereinigte Rechte von SVP und FDP habe ja gar keine absolute Mehrheit im Parlament. Ein zweiter Bundesratsitz stehe der SVP deshalb nicht zu. Ein krauses Argument, denn nach Levrats eigener Logik wäre die SP bis heute nicht in der Regierung vertreten. Die Linke hat in der Schweiz keine Mehrheit.

Das Karussell der Kandidaten

Stellt sich die Frage, wer die Volkspartei, der fast ein Drittel der Schweizer die Stimme gab, im Bundesrat vertreten soll. Eine parteiinterne Findungskommission ist seit längerem an der Arbeit. Diese soll eine Shortlist von zehn Kandidaten eruiert haben. Wer genau auf dieser Liste steht, ist nicht bekannt. Dennoch ist es kein grosses Geheimnis, wer bislang in Frage kommt. Manche Kantonalsektionen haben ihre Favoriten schon mal in Stellung gebracht.

Der Bündner Nationalrat Heinz Brand hat Erfahrung mit Verwaltungen und Exekutiven. Ihm kämen seine Fachkenntnisse in Asyl- und Migrationsfragen zugute, was ihn für den Posten des Justizministers prädestinierte. Dann könnte die SVP zeigen, dass sie tatsächlich in der Lage ist, das «Asylchaos» aufzuräumen. Aus Zug wurde Regierungsrat Heinz Tännler gemeldet, der in seinem Heimatkanton einen guten Ruf hat. Doch ausgerechnet der St. Galler SVP-Nationalrat und ehemalige Fifa-Marketing-Angestellte Roland Rino Büchel giftete, Tännlers ehemaliger Job als Fifa-Chefjurist disqualifiziere ihn – Vorverurteilung und Sippenhaft macht offenbar auch nicht vor Parteifreunden und ehemaligen Arbeitskollegen halt («Schweizer Fifa-Heuchler, *Weltwoche* Nr. 42/15). Ebenfalls aus Zug stammt der Finanzspezialist Thomas Aeschi, der in Bern nach relativ kurzer Zeit bereits manche Freunde hat.

Auch zwei Berner werden immer wieder genannt: Fraktionschef Adrian Amstutz und der Wahlkampfleiter und ehemalige Milchbauernfunktionär Albert Rösti. Beide haben das Handicap, dass mit Simonetta Sommaruga (SP) und Johann Schneider-Ammann (FDP) bereits zwei Berner im Bundesrat sitzen. Eher nach dem Gusto von Mitte-links wäre der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann, der gern von der Parteilinie abweicht. Auch sein Landsmann, Nationalrat Thomas Hurter, gilt nicht als Hardliner (Bezeichnung der politischen Gegner für einen rechten Politiker, der

konsequent sein Gedankengut vertritt). Die Aargauer schwören auf ihren Nationalrat und Ständeratskandidaten Hansjörg Knecht. Wohl nur Aussenseiterchancen hat der eher farblose Baselbieter Thomas de Courten. Ähnliches gilt für die Welschen Guy Parmelin (VD), in dessen Kantonalsektion es drunter und drüber geht, sowie Yves Nidegger aus Genf. Die lateinische Schweiz, besonders das Tessin, wäre im Gremium gern stärker vertreten. Aber in der Süd-



Erfolg, Menschlichkeit, Authentizität: Toni Brunner.

schweiz drängen sich derzeit keine Figuren auf, um die man nicht herunkäme. Ausserhalb des Parlaments rückt der Name des früheren SVP-Nationalrates und Bahnunternehmers Peter Spuhler verstärkt in den Vordergrund. Er sucht seit einigen Wochen auffallend häufig den Kontakt zu Vertretern anderer Bundesratsparteien.

«Für nichts zu schade»

Kaum auf dem Radar ist bisher Toni Brunner, der Parteipräsident. Scheue Versuche, ihn vorzuschlagen, soll er zwar zurückgewiesen haben. Christoph Blocher lancierte Brunner im *Walliser Boten*, Inlandchef René Zeller in der *NZZ*. Das Echo blieb leise, auch weil Brunner nicht wollte. Doch die vorläufige Absage muss nicht das letzte Wort sein. Auch der heutige SVP-Bundesrat Ueli Maurer verhielt sich 2008

beim Rücktritt von Samuel Schmid (SVP/BDP) ähnlich: Er stehe für eine Wahl nicht zur Verfügung, sagte er zuerst. Dennoch wurde er am 10. Dezember 2008 im dritten Wahlgang in den Bundesrat gewählt.

Brunner wäre der beste neue Bundesrat. Und zwar für die Wähler, die der SVP einen historischen Sieg verschafften, wie auch für die eigene Partei – und sogar für die politischen Gegner. Denn der Präsident verkörpert die klare SVP-Linie, die an der Urne überzeugte, bleibt dabei aber stets staatsmännisch und souverän im Auftreten, angenehm im Umgang, gesprächs- und dialogbereit.

Hört man sich um, was Toni Brunner auszeichne, fallen immer wieder dieselben Begriffe: Erfolg, Menschlichkeit und Authentizität. Der Toggenburger hat die Partei in der schwierigen Phase nach der Abwahl Christoph

Blochers übernommen. Sein Vorgänger Ueli Maurer hatte sie in harter Aufbauarbeit auf ungeahnte Spitzen geführt. Manche Beobachter wähten damals, es könne jetzt nur noch bergab gehen. Doch heute steht die Partei so gut da wie noch nie in der Geschichte.

Der Präsident sei sich «für nichts zu schade», sagt der Zuger Nationalrat Aeschi. So reiste Brunner etwa an die Nominationsversamm-

SP-Nationalrätin Chantal Galladé: «Er hat sich nie verbogen.»

lung der zugerischen Kantonalpartei. In kriselnden Regionen wie der Waadt oder dem Tessin, wo Rivalitäten brodeln, schaute er zum Rechten. In mehreren Kantonen ist die SVP unter Brunner rasant gewachsen. Sie konnte jüngst auch in jenen Kantonen Gewinne verzeichnen, in denen es aufgrund ihrer Kleinheit praktisch zu Einzelwahlen kam, so in Uri oder Appenzell Ausserrhoden. Das sei weitgehend auch dem Geist und dem Wirken Brunners zu verdanken, sagt SVP-Strategie Blocher. Brunner war es auch, der den neuen Hoffnungsträgern Magdalena Martullo-Blocher und Roger Köppel, dem *Weltwoche*-Verleger, offenbar den Anstoss gab, in den Ring zu steigen.

Der in Harvard geschulte Thomas Aeschi attestiert dem «unermüdlichen» Parteichef einen «sehr guten Führungsstil». Er sei auf Sitzungen sorgfältig vorbereitet, leite strukturiert und klar. Er könne delegieren, hake aber, falls nötig, auch nach, wenn er Aufträge verteilt habe.

Brunner sei «sehr umgänglich», sagt die Zürcher SP-Nationalrätin Chantal Galladé, auch wenn sie politisch ganz andere Meinungen vertrete. Selbst im Erfolg und nach vielen Jahren im Berner Betrieb sei er irgendwo der Bauernbub und Naturbursche geblieben. «Er hat sich nie verbogen.»

Brunner gehört seit Jahren der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) an, die er in den Jahren 2007 bis 2009 leitete. Kommissionsmitglieder wie der CVP-Nationalrat Yannick Buttet sagen über ihn, er vertrete bei Sachgeschäften stets die SVP-Linie, sonst sei er aber «in Ordnung».

Ähnlich die Einschätzung des Zuger CVP-Manns Gerhard Pfister: Brunner zeichne sich durch «hohe Authentizität» aus. Er sei ein glänzender Redner und ein «unglaublich guter Kommunikator». Er habe ein Gespür dafür, wo er wie zu reden habe. Brunner kommt an, egal, vor welchem Publikum er auftritt. «Er hat keine Berührungsängste.» Aus Sicht des politischen Gegners sei es sehr schwierig, gegen Brunner anzukommen. Das musste kürzlich auch der Fernseh-Talker Roger Schawinski erfahren, dessen Angriffe Brunner lächelnd und souverän parierte. Dieser finde immer wieder zu seinen zentralen Punkten





Ansteckende Frohnatur: Wahljahr 1995.

zurück, so Pfister. Dazu habe er Humor, und er strahle auch in hektischen Momenten und hitzigen Debatten eine gewisse Gelassenheit aus. «Brunner liebt die Menschen, und die Menschen lieben ihn», beobachtet der Nidwaldner Ratskollege und *Weltwoche*-Autor Peter Keller.

Nie ein falsches Wort

Der Tenor innerhalb der Parteigremien lautet: «Auf Brunner kann man zählen.» Der Präsident sei «zu hundert Prozent verlässlich und gradlinig», sagt der Fraktionsvorsitzende Adrian Amstutz. Er könne sich «keine bessere Zusammenarbeit» vorstellen. Man müsse auch bei seinen TV-Auftritten nie Angst haben, dass er etwas Falsches sage, bemerkt der informelle Parteiführer Christoph Blocher. Er sei ein Mensch, der nicht nur mit dem Intellekt funktioniere, sondern instinktiv merke, was richtig sei: «Er hat einen natürlichen Menschenverstand.»

Parteiintellektuelle wie der Historiker und *Weltwoche*-Kolumnist Christoph Mörgeli schätzen die geistigen Fähigkeiten des gelernten und immer noch aktiven Bauern. Er erfasse Situationen «blitzschnell», und er ordne sie immer korrekt ein. Das ist uns einst auch bei eigenen Recherchen aufgefallen: Im Zuge der Intrige von Bundesanwaltschaft und Teilen des Parlaments gegen den damaligen Justizminister Blocher («Roschacher-Affäre») hatte die *Weltwoche* Einblick in geheime Kommissionsprotokolle. Diese machten deutlich, dass sich fast alle Mitglieder von der Bundesanwaltschaft an der Nase herumführen liessen, wie sie später selbst zugaben («Wir sind jetzt alle Zwerge», *Weltwoche* Nr. 40/07). Nur einer durchschaute das Spiel sofort mit erstaunlicher Klarheit: der junge Toni Brunner.

Bei so viel Lob quer über die Parteigrenzen hinweg könnte es einem fast unheimlich



Angriffe locker pariert: bei Roger Schawinski, 24. August 2015.

werden. Hat der Strahlemann aus dem Toggenburg denn keine schwachen Seiten? SP-Nationalrat Corrado Pardini sagt, Brunner äussere sich nie konkret zu Sachgeschäften. Von den politischen Gegnern wird manchmal moniert, dass Brunner in Gesprächen oft und laut lache. Man könnte sich schlimmere Vorwürfe denken.

Ein Hemmschuh für den Bundesratsjob könnten auch die Französischkenntnisse Brunners sein, hört man hie und da. Allerdings, so hält ein Kenner entgegen: Brunner verstehe sich dank seines Kommunikationstalents bestens mit Romands. Bei einigen hält sich noch die alte Herablassung, gegen die der als Benjamin ins Parlament gewählte Junge vom Land in seinen Anfangsjahren zu kämpfen hatte. Symptomatisch ist der Ausspruch, den Wirtschaftskapitän Walter Kielholz einmal beim Sechsläuten machte: «Schaut mal da, der Toneli.» Lange hatte Brunner auch gegen das Vorurteil zu kämpfen, er sei bloss Blochers Handlanger. Doch er selbst reagierte auf solche Kritik stets mit dem ihm eigenen Humor. Er hat längst bewiesen, dass er die Partei auch ohne Unterstützung aus Herrliberg erfolgreich im Griff hat.

Es bleibt erstaunlich: Obwohl Brunner einen konsequenten SVP-Kurs fährt, hat er in den anderen politischen Lagern zwar Gegner, aber keine Feinde. Auf den Mann spielen ist nicht seine Sache. Selbst als BDP-Präsident Martin Landolt der SVP Nazi-Rhetorik vorwarf, wahrte Brunner die Contenance. Die Entgleisung führte zwar zu einer kleineren Verstimmung, doch nicht zu einem Dauerkrach zwischen den beiden. In Bundesbern wird Brunner auch deshalb geschätzt, weil er mit Vertretern anderer Parteien einen lockeren Umgang pflegt. So sass er am Abend häufig mit den SP-Ständeräten Anita Fetz oder Roberto Zanetti im «Fédérale» oder im «Chez Edy» bei einem Bier zusammen.

Wenn Brunner die Wahl in den Bundesrat schaffen würde, käme es wohl zu einer kleinen Rochade im Siebnergremium. Maurer werden von den anderen Departementen Ambitionen auf das Finanzdepartement nachgesagt, sollte Widmer-Schlumpf ausscheiden. Und der SVP-Bundesrat dürfte gemäss dem gängigen Anciennitätsprinzip faktisch als Erster wählen. Zwar käme Doris Leuthard (CVP) vor ihm, aber sie wird nicht noch einmal das Departement wechseln wollen. Brunner müsste folglich das Verteidigungsdepartement übernehmen, eine Aufgabe, der er durchaus gewachsen wäre, wie der SVP-kritische *Sonntagsblick* schon 2008 fand.

Als Brunner 1995 ins Parlament gewählt wurde, war das eine kleine Sensation. Er war damals 21-jährig und der jüngste Nationalrat der Geschichte. Sein Wahlbudget betrug 1000 Franken – die Hälfte seines damaligen Vermögens, wie er heute noch gern erzählt. Aufgewachsen ist das politische Naturtalent in Bendel, einem Weiler bei Ebnet-Kappel auf 1050 Metern über dem Meer. Er war das jüngste von fünf Kindern. Sein Vater bewirtschaftete einen 21 Hektaren grossen Bauernhof mit dreizehn Kühen und politisierte im Vorstand der freisinnigen Ortspartei, fühlte sich aber in der FDP von den Gewerblern und Unternehmern nicht ernst genommen. Das beschäftigte auch Sohn Toni.

Während seiner Lehrjahre im Thurgau lernte der junge Brunner die SVP kennen. Politisiert wurde er durch die EWR-Kampagne – er setzte sich aktiv für ein Nein ein, als er noch nicht einmal abstimmen durfte. Mit siebzehn gründete er die St. Galler Parteisektion mit. Der damalige Parteipräsident Hans Uhlmann überzeugte ihn, für den Nationalrat zu kandidieren. Brunner wollte anfänglich nicht, er sei doch zu jung. Erst, als Uhlmann ihm sagte, er sei ein «Listenfüller» und werde sowieso nicht gewählt, sagte er zu. Es kam anders.

Dieses Muster zog sich durch: Auch zum Parteipräsidenten musste man ihn geradezu zwingen. Christoph Blocher sieht darin eine grosse Stärke: «Toni Brunner macht nichts für sich, er tut es um der Sache willen.» Vielleicht muss ihn die Partei nun auch dazu verknurren, als Bundesrat zu kandidieren.

Trotz innerer Widerstände stürmte Brunner die Karriereleiter hoch: Er wurde St. Galler Kantonalpräsident, rückte später in den SVP-Fraktionsvorstand auf und wurde SVP-Vizepräsident. Als im Frühjahr 2008 Ueli Maurer als Parteichef zurücktrat, war er der unbestrittene Nachfolger. Im Amt war Brunner von der ersten Minute an gefordert. Vier Monate zuvor war Bundesrat Blocher von der Bundesversammlung abgewählt worden. Parteimitglieder sind überzeugt: Seit dem Rücktritt von Elisabeth Kopp (FDP) habe keine Partei eine so schwierige Phase durchgemacht wie die SVP nach der Blocher-Abwahl. Und diese harte Zeit habe Brunner gemeistert, ohne Burnout oder Herzinfarkt, sondern mit der ihm eigenen ansteckenden Frohnatur.

Wunden blieben keine zurück

Doch es gab für die sieggewohnte Partei noch weitere Niederlagen. Bei den Parlamentswahlen 2011 verlor die SVP erstmals Wähleranteile, allerdings auf sehr hohem Niveau. «Wir sind immer noch die grösste Partei», sagte Brunner damals. Im selben Jahr verlor Brunner auch den Ständeratswahlkampf gegen den Gewerkschafter Paul Rechsteiner. Wunden blieben offenbar keine zurück.

Nun hat der Wind wieder gedreht: Als Brunner 1995 zur ersten Session nach Bern reiste, begrüßte ihn der damals amtsälteste Parlamentarier, SP-Präsident Helmut Hubacher, mit den Worten: «Ich hoffe, dass Sie mit Ihrer Anti-EU-Haltung nicht bald alt aussehen werden.» Es ist anders gekommen: Gerade mit ihrer kritischen Einstellung zur EU, mit ihrer Initiative gegen die Masseneinwanderung, die von den Stimmbürgern Anfang 2014 angenommen wurde, und mit ihrem Kampf gegen die wachsenden Ströme meist illegaler Migranten hat die Partei auf die Siegerstrasse zurückgefunden.

Fazit: Es ist an der Zeit, die Volkspartei wieder angemessen in die Regierungspflicht zu nehmen. Wenn sie es selbst ernst meint damit, dann kommt sie nicht um Toni Brunner herum. Dasselbe gilt auch für die anderen Parteien. Brunner, der Menschenfreund und geniale Kommunikator, repräsentiert genau die Eigenschaften, welche die Gegner von einem SVP-Regierungsmitglied fordern. Auf der Regierungsplattform könnte er so populär werden wie einst Rudolf Minger, der für die SVP-Vorgängerin BGB von 1929 bis 1940 in der Regierung sass. Toni Brunner ist der logische neue Bundesrat. ○

CVP

Verrutscht

Von Markus Schär — Die CVP kann ihre Macht als Kraft der Mitte nur behalten, wenn sie sich auf die Werte besinnt, für die sie einst stand. Denn die Mitte ist nach rechts gerückt.

Die Mitte ist dort, wo die CVP ist. Der Satz stand vor zwei Monaten schon einmal in diesem Blatt: im Parteiencheck vor den Wahlen. Auf dem Smartspider mit den Positionen aller Kandidierenden stach ins Auge, dass die CVP perfekt eingemittet ist. Allerdings, merkte die Analyse an, verberge der Durchschnitt des Durchschnitts, «dass sich die CVP-Fraktion im Bundeshaus aus zwei Parteien zusammensetzt»: einerseits die Delegation im Nationalrat mit Vertreterinnen zumeist aus Agglomerationen, die in ihren Kantonen eine kleine Minderheit bilden, also hemmungslos nach links schielen, andererseits die Repräsentanten im Ständerat, vorwiegend aus den katholischen Stammländern, die eine Mehrheit der Stimmen brauchen. Und insgesamt, so zeigten auch Politologen, neigte sich die CVP in den letzten vier Jahren nach links, um die Energiewende und vor allem BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu verteidigen.

«Gruppe ist grösser als vermutet»

Er stimme der Analyse weitgehend zu, meinte darauf ein Insider. Er weise aber darauf hin, dass es in der CVP-Fraktion immer noch Kräfte gebe, welche die Partei wieder nach rechts rücken wollten: «Diese Gruppe ist grösser und wirksamer, als es von den meisten Medienschaffenden vermutet wird.» Was sie erreichen könne, habe sich in der Herbst-session gezeigt, also mitten im Wahlkampf: Zwölf CVP-Leute stimmten gegen Eintreten auf das Gesetz zur grünen Wirtschaft, also gegen ein Geschäft von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, die ihre Partei unzimmerlich auf Linie zwingt – wegen der Abweichler aus der CVP scheiterte die Vorlage ganz knapp.

Die gespaltene Partei erlebte am Sonntag ein stilles Debakel, und zwar sowohl in den Agglomerationen wie in den Stammländern. In den Agglomerationen verlor sie zwei Sitze, einen in Basel-Stadt und einen in Solothurn. In Basel-Stadt musste Elisabeth Schneider-Schneiter bis zuletzt um ihren Sitz zittern. Und im Aargau, wo die CVP vor vier Jahren gleich zwei von drei Sitzen abgeben musste, konnte sie wegen eines Verlusts von zwei Prozent Wähleranteil nie in den Kampf um das zusätzliche Mandat für den Kanton eingreifen. In den Stammländern andererseits verlor sie Wähler, und dies nicht zu knapp. In Schwyz kämpfte Alois Gmür mit SP-Mann Andy Tschümperlin um den letzten Platz in der Delegation. In Luzern feierte die SVP



Unzimmerlich gegen Abweichler: Doris Leuthard.

einen «historischen Sieg» (*Neue Luzerner Zeitung*) als erstmals stärkste Partei, weil die CVP um mehr als drei Prozent absackte. Und in St. Gallen landete bei den Ständeratswahlen der Kandidat der CVP, die 2011 den Sitz verlor, den sie seit 1919 gehalten hatte, auf dem fünften Platz, hinter der Grünen.

Wo das Problem liegt, sagte die neugewählte St. Galler SVP-Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, die ihre Karriere bei der CVP begann: «Ich wechselte, weil meine Politik in der CVP keinen Platz mehr hatte, ja sogar bekämpft wurde.» Es geht bei der CVP ums Überleben als Partei mit ihrem historischen Gewicht. Sie kann sich dafür mit der BDP und der GLP zusammenschliessen – die BDP deckt sich übrigens genau mit dem rechten, die GLP mit dem linken Flügel der CVP. Oder sie kann sich darauf besinnen, dass sie als bürgerliche Partei mit einem eigenen Profil begann, die auf Föderalismus und Subsidiarität setzte.

Mit einzelnen Neuzuzügen rückt die Fraktion leicht nach rechts. Und vor allem wissen sich die Ständeherren, wie der Solothurner Pirmin Bischof, der Bündner Stefan Engler oder der Luzerner Konrad Graber, flexibel anzupassen, wenn sich die Koordinaten verschieben. Die Mitte ist am Sonntag deutlich nach rechts gerutscht. Und die CVP ist, wo die Mitte ist. ○

Zähmung der Widerspenstigen

Von Markus Schär — Das Erfolgsrezept der Schweiz ist einfach: Sie bindet die Opposition, wenn diese mit dem Volk die Politik lahmlegen kann, in die Regierung ein. Zwei Mal in der Geschichte brachte dies das Land zur Blüte. Der dritte Versuch läuft noch.



Der Kandidat für den Bundesrat gilt als Rebell. Ein Jahrzehnt lang, als die Schweiz unter einer schweren Krise litt, legte seine Partei mit Referenden die Regierung lahm. Zuletzt siegte er sogar in einer Abstimmung, in der es um eine der Grundlagen des Landes ging. Er forderte deshalb, das Volk müsse dank Initiativen mehr Mitspracherecht bekommen: «Die Appellation an das Volk hat unsere Sache gefördert», donnerte er im Nationalrat, «und sollten wir wieder in schwierige Lagen versetzt werden, so appellieren wir wieder an das Volk.»

Die Bundesversammlung sieht über die Drohung hinweg: Sie wählt am 17. Dezember 1891 den Rebellen in die Regierung – der Anwalt Josef Zemp aus Entlebuch kommt als erster Katholisch-Konservativer in den Bundesrat. Er ersetzt den Freisinnigen Emil Welti, der zurücktreten musste, weil er zehn Tage zuvor die Volksabstimmung über die Verstaatlichung der Eisenbahnen verloren hatte. Zemp, der Anführer des Widerstands, rückt als Post- und Eisenbahnminister nach. Er bringt sieben Jahre später die Vorlage zur Gründung der SBB durch.

Scheiterte das Experiment Blocher?

Nur drei Mal in der 167-jährigen Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft änderte die Bundesversammlung die Besetzung der Landesregierung grundlegend. Sie erkor 1891 den ersten Katholisch-Konservativen und beendete damit in der Bundespolitik den Kulturkampf zwischen den Konfessionen. Sie gestand 1943 den Sozialdemokraten den ersten Bundesrat zu und bezog sie 1959 mit der Zauberformel – 2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP – voll in die Verantwortung mit ein. Und sie veränderte 2003 dieses Erfolgsrezept durch eine kleine Umbesetzung mit grossen Auswirkungen: Die SVP war seit 1991 als Oppositionspartei trotz Bundesratsbeteiligung zur weitaus stärksten Partei herangewachsen – das Parlament wollte sie deshalb einbinden, indem es ihren Vordenker Christoph Blocher in den Bundesrat wählte.

Das Experiment scheiterte – so die herrschende Meinung –, weil sich der Oppositionsführer in der Landesregierung nicht zähmen liess. 2007 wählte die Bundesversammlung deshalb Christoph Blocher mit einem von langer Hand ausgeheckten Coup wieder ab. Seither stimmt die Machtverteilung in der Schweizer Politik nicht mehr, zum Schaden des Landes. Die SVP,

mit einem Anteil von 29 Prozent auch diesmal die klare Siegerin der Wahlen, muss deshalb bei den Bundesratswahlen vom 9. Dezember wieder einen zweiten Vertreter bekommen, und zwar jenen, den sie selber bestimmt. Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, weshalb dies für die Schweiz wichtig ist.

Bei ihrer Gründung 1848 ist die Eidgenossenschaft ein tief gespaltenes Land. Die katholischen Kantone, im Sonderbundskrieg von 1847 besiegt, stehen dem Bundesstaat feindselig gegenüber und lehnen die Bundesverfassung mit bis zu 86 Prozent Nein (Uri) ab. Als sich

Die Katholiken lehnen in den «Referendumstürmen» alles ab, was «von Bern oben» kommt.

Papst Pius IX. im Ersten Vatikanischen Konzil 1870 für unfehlbar erklären lässt, verschärfen sich die Spannungen zwischen den Konfessionen zum Kulturkampf: Der Streit tobt um die Frage, woher die Wahrheit kommt – für die Katholiken von der Kirche, für die Liberalen vom Volk.

Dank dem Referendum, bei der Verfassungsrevision von 1874 durchgesetzt, können die Bürger auch Gesetze bachab schicken, die das Parlament beschlossen hat. Die Katholiken nutzen dieses Machtmittel: Sie lehnen in den «Referendumstürmen» jahrelang alles ab, was «von Bern oben» kommt, und legen damit die Gesetzgebung lahm. Gleichzeitig schlittert die Schweiz «in eine solche soziale Krisis wie kaum je zuvor», wie eine pädagogische Zeitschrift 1883 klagt: «Solide, blühende Industriezweige sind morgen von der Konkurrenz überholt und genöthigt, sich anders einzurichten, oder sie stürzen auch wohl zusammen und hunderte von Arbeitern werden an die Luft gesetzt.»

Deshalb müssen die Politiker das Land vereinen. Der Bundesrat erfindet 1891 den 1. August als Nationalfeiertag und vergibt die Feiern zum 600-Jahr-Jubiläum an Schwyz, das sich besonders bockig zeigt. Und die Bundesversammlung erkürt vier Monate später Josef Zemp zum Bundesrat. Der Rebell aus dem Entlebuch bewährt sich als weitsichtiger Landesvater, seine Partei als vertrauenswürdige Regierungskraft. Sie erhält 1919 einen zweiten und 1954 für fünf Jahre sogar einen dritten Bundesrat. Dank der Zauberformel von 1959, ausgeheckt vom legendären KK-Generalsekretär Martin Rosenberg,



Oppositionsführer in der Landesregierung:



Rebell aus dem Entlebuch: Josef Zemp (1834–1908).



Christoph Blocher bei seiner Verurteilung, 10. Dezember 2003.



Anführer des Generalstreiks: Ernst Nobs (1886–1957).



Genehm: Hans-Peter Tschudi (l.), Willy Spühler.

bestimmt sie mehr als vierzig Jahre lang die Mehrheiten in der Landesregierung – während ihr Wähleranteil auf die Hälfte schrumpft.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg ist die Schweiz zerrissen. Die Arbeiter, die im Krieg Dienst leisteten und Not litten, fordern 1918 im Generalstreik ihre Rechte: Alters- und Invalidenversicherung, 48-Stunden-Woche, Frauenstimmrecht, Nationalratswahl gemäss Proportionalität. Nur diese Forderung lässt sich gleich erfüllen: Bei den Wahlen von 1919 gewinnen die Sozialdemokraten, die zuvor im Majorz nur wenige Nationalräte stellten, ein Viertel der Sitze. Doch die Bürgerlichen gewähren der Partei, die für die Verstaatlichung der Produktionsmittel eintritt und die Landesverteidigung ablehnt, gleichwohl keinen Vertreter im Bundesrat. Erst 1935 bekennt sich die Partei zu Demokratie und Armee, 1937 schliessen die Gewerkschafter das Friedensabkommen mit den Arbeitgebern. 1943 kommt der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat, der Zürcher Stadtpräsident Ernst Nobs, als einer der Anführer des Generalstreiks vorbestraft.

Sozialdemokraten prägen die Mehrheit

Sein Nachfolger Max Weber, einst als Militärdienstverweigerer verurteilt, tritt allerdings Ende 1953 zurück, weil das Volk seine von den Bürgerlichen bekämpfte Reform der Bundesfinanzen verworfen hat. Erst 1959 tritt die SP wieder in die Regierung ein, dank der Zauberformel sogar mit zwei Vertretern, aber dennoch nur als Juniorpartner. Die bürgerliche Mehrheit weigert sich, den Schaffhauser Stadtpräsidenten Walther Bringolf zu wählen, weil er in seiner Jugend bei den Kommunisten mitmachte. Und sie sucht sich auch später die genehmen SP-Bundesräte aus: So kraftvolle Köpfe wie Willy Ritschard, Otto Stich und Ruth Dreifuss kommen nur in die Landesregierung, weil die Bundesversammlung die offiziellen Kandidierenden durchfallen liess. Erst seit der Abwahl von Christoph Blocher – von Alain Berset und Christian Levrat in ihrer Kampfschrift «Changer d'ère» geplant – prägen die Sozialdemokraten die Mehrheit im Bundesrat.

Die einzigartige Schweizer Lösung, eine obstruktive Opposition in die Regierung einzubinden, ist ein Segen für das Land. Dies ist im Staat offensichtlich: Wenn sich der Bundesrat auf eine grosse Mehrheit im Parlament stützen kann, findet er Lösungen, die vor dem Volk bestehen, und betreibt vor allem eine Politik, die nicht zum schnellen Wechsel von Regierung und Opposition führt, der vielen anderen Ländern schadet. Es ist aber auch für die Wirtschaft nachweisbar: Die Schweiz erlebte nie so goldene Jahre wie jeweils nach dem Umbau des Bundesrates, nach 1891 wie nach 1943 und 1959.

Weshalb das so ist, erklärt Professor Hansjörg Siegenthaler. Der Zürcher Wirtschaftshistoriker erforschte, wie politische und soziale Instabilität auf das Investitionsverhalten der Unter-

«Ich will die Schweiz retten»

Scheiterte der Versuch, Christoph Blocher in die Landesregierung einzubinden, weil er auch im Bundesrat der Oppositionsführer blieb? Der 2007 abgewählte Justizminister nimmt Stellung zu den Vorwürfen seiner Kritiker, er habe die Konkordanz nicht verstanden.

« Wer im Bundesrat mitregieren will, der muss die Grundlagen unseres Staates anerkennen. Das gilt seit 1848: Damals gründete die Grossfamilie der Radikalen – aus denen später die heutige FDP und die heutige SVP hervorgingen – den Bundesstaat. Die Katholisch-Konservativen, im Sonderbundkrieg von 1847 unterlegen, lehnten ihn ab, sie kämpften in Fundamentalopposition gegen den liberalen Rechtsstaat. Deshalb wurde ihnen erst 1891 die Beteiligung im Bundesrat gewährt. Mit den Sozialdemokraten ging es gleich, sie lehnten die Landesverteidigung noch ab, als Hitler bereits herrschte. Erst nachdem sich die Sozialdemokraten für die militärische Landesverteidigung ausgesprochen hatten, kamen sie 1943 in den Bundesrat.

Die Zauberformel von 1959 sagt nicht mehr, welche Parteien den Bundesrat bilden, sondern, wie viele Vertreter jede Partei stellt. So legte man fest, dass die drei grössten Parteien je zwei Vertreter erhalten sollten und die viertgrösste Partei einen Vertreter. Dies führte dazu, dass der Bundesrat eine grosse Mehrheit des Parlamentes – rund achtzig Prozent – vertritt. Damit konnten die Vorlagen eher vor dem Volk bestehen. Wer diese Regel – auch Konkordanz genannt – akzeptiert, wählt Vertreter anderer Parteien, nicht weil sie alle gleicher Meinung sind, sondern obwohl sie ganz anderer

Meinung sind. Das ist der Sinn der Konkordanz. Jeder Gewählte trägt seine Positionen in die Regierung, und diese handelt einen Kompromiss aus.

Wer über meine Arbeit im Bundesrat urteilt, der muss fragen: «Hat Blocher der Schweiz etwas gebracht?» Ich meine, ja. Zusammen mit Hans-Rudolf Merz setzte ich durch, dass die Bundesausgaben erstmals nicht nur nicht weiter stiegen, sondern sogar real sanken, dasselbe gilt – zwar nur in bescheidenem Ausmass – auch für den Stellenabbau und die Kostenkontrolle in der Verwaltung. Es gelang mir, Bundesrat, Parlament und Volk von einer Asylgesetzrevision zu überzeugen, die dazu führte, dass heute nicht ein noch grösserer Teil der Asylbewerber in die Schweiz kommt. Und ich sorgte auch dafür, dass der Bundesrat der Swisscom verbot, die Eircom zu kaufen – ich darf dies ohne Verletzung des Amtsgeheimnisses sagen, weil das Parlament dieses Geschäft untersuchte. Ich stellte kurz vor der Bundesratssitzung den Gegenantrag; der Bundesrat sprach sich einstimmig für diesen Antrag aus. Der mittlerweile verstorbene Swisscom-CEO Carsten Schloter kam einmal zu mir, um mir zu danken – wenn die Swisscom die heute bankrotte Eircom gekauft hätte, wäre die Swisscom ebenfalls pleitegegangen.

Das sind nur drei Fälle, es gibt eine ganze Reihe anderer. An meiner ersten Bundesratssitzung teilte ich den Kollegen mit, ich hätte das Pflichtenheft des Bundesrates gelesen: Ich müs-

se einerseits mein Departement führen und das in den Bundesrat bringen, was ich nicht allein entscheiden könne, andererseits Mitverantwortung für Entscheide der Landesregierung übernehmen – wenn also etwas komme, was mir nicht passe, müsste ich einen Gegenantrag stellen. Das war eine andere Kultur. Denn üblich war dies nicht. Man sprach in der Regel nicht über andere Meinungen. Durch Mitberichte änderte sich dies, so dass über umstrittene Fragen abgestimmt werden musste. Das zwang alle, zur eigenen Meinung zu stehen, was die Qualität der Entscheidungen erhöhte. Für einen Industriellen war dies selbstverständlich, aber die Politiker scheuen das Austragen von Meinungsverschiedenheiten. Das war schon früher so: Adolf Ogi beschwerte sich oft – und es soll in Bundesratssitzungen sogar Tränen gegeben haben –, dass Otto Stich auf ihm herumhackte. Ich sagte ihm, das müsse er aushalten.

Ich kann mit dem Vorwurf, ich hätte mich auch im Bundesrat als Oppositionsführer gebärdet, nichts anfangen. Pascal Couchepin warf mir einmal vor: «Du vertrittst immer die Partei.» Ich sagte: «Nein, aber die Partei vertritt oft meine Meinung.» Da meinte er: «Du bist ja die Partei.» Ich zeigte ihm auf, dass ich mich nicht für

«Konflikte im Bundesrat führen zu überlegteren, also besseren Entscheiden.»

die Partei, sondern für die Schweiz einsetze. Jede Partei ist im Bundesrat immer wieder Opposition, wenn bei einem Geschäft keine Einigkeit herrscht; aber am Schluss müssen alle die Entscheide vertreten – nicht als die ihren, aber als jene des Gesamtbundesrates. Ich habe nur ganz wenige Entscheide nicht vertreten. So kündete ich beim Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin an, ich könne aus



Intrigen: Der Gegenspieler von Blocher im Bundesrat ist Pascal Couchepin (FDP). Blocher beantragt 2004, die Tourismusförderung auf einen Franken zu kürzen – Couchepins Berater verbreitet es im Wallis.



Irritationen: Vor dem Beitritt zum Schengen-Abkommen 2005 warnt Blocher vor den Folgen, Bundesrat Joseph Deiss sagt dennoch, in der Regierung herrsche Einigkeit. Blocher deutet bei einer Ansprache in Rafz ZH Widerspruch an.



Kontroversen: Als Blocher 2006 in die Türkei reist, räumt er ein, die Verfahren gegen Leugner des Armenier-Genozids machten ihm «Bauchweh». Die Medien fallen über ihn her, nun gibt ihm der Gerichtshof für Menschenrechte Recht.

Gewissensgründen nicht mittragen, dass der Bundesrat bei der Volksabstimmung behauptete, die Kosten würden sich auf jährlich 7 Millionen Franken belaufen. (Heute betragen sie 135 Millionen.) Joseph Deiss verkündete wahrheitswidrig vor den Medien, der Entscheid sei einhellig gefallen, also einstimmig. Deshalb merkte ich an, dass wir nichts aus dem Bundesrat tragen dürften, vor allem aber auch nichts Falsches. Bei der Ausweitung der Personenfreizügigkeit erklärte ich dann, dass wir (das heisst: der Bundesrat) es wagen sollten. Ich habe bei vielen Vorlagen aus meinem Herzen eine Mördergrube gemacht – das ist der Preis.

Konflikte im Bundesrat führen zu überlegteren, also besseren Entscheiden. Seit 2007 – als man die Konkordanz übergang – macht die Mitte-links-Mehrheit Parteipolitik gegen die Bürgerlichen; die SVP war nicht mehr entsprechend ihrer Wählerstärke vertreten. Die Bundesausgaben wuchsen ungebremst, und nur weil die Zinsen bei null liegen, schreiben wir nicht jährliche Milliardendefizite. Das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU liegt in der Schublade; wenn es kommt, ist die Schweiz nicht mehr die Schweiz, dann rutschen wir in die EU. Was soll es denn in dieser Situation heissen, wenn die anderen Parteien fordern, wir müssten gemässigte Kandidaten vorschlagen? Dass sie nicht für eine unabhängige Schweiz eintreten? Dass sie beispielsweise einen EU-Beitritt abnicken?

Da dürfen wir nichts preisgeben. Ich will die Schweiz retten; wenn es mit dem Bundesrat geht, ist es besser, sonst halt ohne. ➤➤

Aufgezeichnet von Markus Schär



Kritik: Blocher stellt sich auch als Bundesrat wie ein Wirtschaftsführer dar. So macht er Anfang 2007 einen Jahresrapport auf dem Üetliberg, gemäss Historiker Georg Kreis «wie ein sklerotisierter Sowjetboss».

nehmer durchschlagen: Kaum jemand bildet sich weiter, baut ein Haus oder gründet ein Geschäft, wenn in Orientierungskrisen die Zukunft ungewiss erscheint. Umgekehrt brauchen die Unternehmer «Regelvertrauen», also stabile Grundlagen, um für ein schnelles Wirtschaftswachstum zu sorgen. Die schweizerische Gesellschaft beweise die Fähigkeit, «brüchig gewordene Strukturen auch unter grossem wirtschaftlichem Druck zu regenerieren und kreativ zu erneuern», erkennt Thomas Widmer, der als Doktorand von Hansjörg Siegenthaler die Krise der 1880er Jahre untersuchte. Die Schweiz dürfe deshalb als «eine Wachstumsgesellschaft par excellence» gelten.

Das trifft alles auch 2003 zu, als die Schweiz darüber streitet, ob die SVP das Gewicht im Bundesrat erhalten solle, das ihr gebührt. Das Land kommt aus der schweren Krise der 1990er Jahre, als der Immobilienmarkt zusammenbrach, die Arbeitslosigkeit hochschnellte und der Sozialstaat auswucherte, und es leidet noch unter den Schocks von 2001, als die Swissair unterging und auch mehrere Giganten aus Finanzen und Industrie am Bankrott vorbeischrämten.

«Geschützte Werkstatt»

Christoph Blocher führt, seit er 1992 fast im Alleingang den EWR-Beitritt verhinderte, seine Partei von Wahlsieg zu Wahlsieg. Denn er spricht den neuen ungelösten Konflikt in der Schweizer Gesellschaft an. Es ist nicht mehr, wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Kulturkampf zwischen Katholiken und Protestanten (besser: Säkularen) um die Quelle der Wahrheit, und auch nicht mehr, wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um das Eigentum an den Produktionsmitteln. Im 21. Jahrhundert stehen sich zwei neue Klassen gegenüber: einerseits die Unternehmer, die Gewerbler, auch (zumindest nach ihrem Selbstverständnis) die Bauern, grundsätzlich alle Berufsleute, die ihr Auskommen auf dem (Welt-)Markt verdienen. Andererseits die Bürokraten, die Funktionäre, die Intellektuellen, Kreativen, Therapeuten und Pädagogen aller Art, also die «New Class», die dank dem wuchernden Staat gut von der Arbeit der anderen lebt und deshalb will, dass alles so bleibt, wie es ist. Und sie streiten vor allem um eine Frage: Wie steht das Land mitten in der EU zur Welt?

Die Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat, für die wichtige Wirtschaftsführer warben, führt ökonomisch zum Erfolg. Die Schweizer Wirtschaft wächst kräftig, vor allem weil dank der Personenfreizügigkeit viel mehr Arbeitskräfte ins Land kommen, als der Bundesrat bei der Abstimmung über die bilateralen Verträge vorgab. Der Kritiker in der Landesregierung hält still, selbst als die Schweiz die Freizügigkeit auf die Staaten Osteuropas ausdehnt und aufgrund des Schengen-Abkommens die Grenzkontrollen abschafft. Der

Bilateralismus – die Schweiz passt sich an, um sich am europäischen Binnenmarkt zu beteiligen – scheint sich zu bewähren, der Streit um das Verhältnis zur EU gelöst.

Politisch aber tobt der Konflikt weiter. Christoph Blocher schürt ihn, indem er im Bundesrat eine härtere Diskussionskultur durchsetzt, die Ausgaben des Staates beschneidet und die Verwaltung als «geschützte Werkstatt» verhöhnt, sich also auch in der Landesregierung als Wirtschaftsführer gebärdet. Die Betroffenen schlagen zurück, mit fast allen Medien als Lautsprecher: Sie tadeln den (allzu) starken SVP-Bundesrat wegen seiner mangelnden Bereitschaft zur Konkordanz und schüren jeden Konflikt. Sie werfen ihm Intrigiererei vor und spinnen Intrigen gegen ihn. Sie greifen ihn als schlechten Kollegen an und schmieden ein Komplott gegen ihn. Und sie wählen ihn schliesslich am 12. Dezember 2007 ab.

Wer trägt die Schuld, dass das Einbinden der Opposition zum Wohl des Landes – anders als 1891 und 1959 – nicht gelang? Fast alle Politiker, Politologen und Publizisten sind sich einig: Christoph Blocher, weil er sich nicht einbinden liess. Bildhaft drückte das der freisinnige Genfer Nationalrat John Dupraz aus, der zusammen mit welschen Kollegen bei der Abwahl wohl den Ausschlag gab: «Ich habe Blocher [2003] gewählt, weil ich hoffte, er sitze danach im Gefängnis. Doch schon nach kürzester Zeit war Blocher Gefängnisdirektor.»

Der Politologe Adrian Vatter schreibt in seinem Handbuch «Das politische System der Schweiz», in Stabreimen schwelgend: «Die auf Konkordanz, Kompromiss und Konsens ausgerichtete Kollegialregierung vertrug sich nur schlecht mit dem auf Populismus, Provokation und Parteiprogrammatik ausgerichteten Stil

Der Bundesrat müsse in harten Debatten zum Kompromiss finden, der dem Land am meisten bringe.

von Christoph Blocher.» Er schiebe dem abgewählten Bundesrat aber nicht die Schuld zu, meinte der Berner Professor im Interview mit der *Weltwoche*, sondern er sehe eine Dysfunktionalität: «Blocher brachte einfach die Parteipolitik in den Bundesrat und legte seine Rolle als Oppositionsführer im Kollegium nicht ab.»

Er halte diese Kritik für oberflächlich, sagt Christoph Blocher (siehe Box nebenan): Der Bundesrat müsse nicht die Harmonie pflegen, sondern in harten Debatten zum Kompromiss finden, der dem Land am meisten bringe. Wer die Konkordanz wahre, wähle also Vertreter anderer Parteien, «nicht weil sie alle gleicher Meinung sind, sondern obwohl sie ganz anderer Meinung sind». Ob es alle so sehen, zeigt sich – einmal mehr – in der Bundesratswahl vom 9. Dezember: Die Bundesversammlung muss dann entscheiden, was die Schweiz weiterbringt. ○

Lauwarme Schlachtplatte

Von Hubert Mooser — Der Wiederwahlverein von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wird den Sitz im Bundesrat nicht kampflös preisgeben. Auch wenn es nicht mehr ganz so forsch klingt wie auch schon.



Die Erschütterung über den Wahlsieg von SVP und FDP stand CVP-Präsident Christophe Darbellay und SP-Parteichef Christian Levrat am Abend des Wahlsonntags ins Gesicht geschrieben: Einen Rechtsrutsch hatten beide aufgrund der Umfrage-Ergebnisse der letzten Wochen erwartet: «Aber dass er gleich so heftig ausfällt, das habe ich nicht gedacht», gestand Darbellay in der sogenannten Elefantenrunde des Schweizer Fernsehens.

Bloss noch lauwarm klang das Bekenntnis des Duos zur aktuellen Zusammensetzung des Bundesrates – mit BDP-Vertreterin Eveline Widmer-Schlumpf als Schlüsselgrösse. Es gebe keinen Grund, eine Bundesrätin abzuwählen, die ihren Job gut gemacht habe, fand Darbellay. Die SP werde die BDP-Bundesrätin wiederwählen, versprach Levrat. BDP-Parteichef Martin Landolt hörte sich sogar an, als wüsste er längst, dass seine Bundesrätin nicht mehr antritt.

Mit anderen Worten: Die Mitte-links-Allianz wirkte weniger überzeugend als 2011, als Christophe Darbellay auf allen Kanälen für die Wiederwahl von Widmer-Schlumpf weibelte. Die Argumente waren auch nicht mehr ganz so forsch wie in den vergangenen Wochen, als die CVP und die SP der SVP die Konditionen für einen zweiten Sitz im Bundesrat diktieren wollten.

Trotzdem: Kampflös wird die Koalition der Wahlverlierer aus SP, CVP, Grünen, Grünliberalen und BDP den Regierungssitz von Widmer-Schlumpf nicht abgeben. «Wir sind da, wo wir 2007 waren», wiederholte Christian Levrat am letzten Sonntag mehrmals. War das eine Kampfansage, wie auch SP-Vertreter meinen? Immerhin habe man bei der Bundesratswahl 2007 trotz eines Rechtsrutsches die SVP austricksen können.

Es war eine neue Erfahrung für das Land, als vor acht Jahren erstmals ins nationale Bewusstsein rückte, dass Wahlen in der Schweiz auch auf die Regierungsbildung und die politische Ausrichtung einen entscheidenden Einfluss haben können. Die SVP war schon damals die grosse Wahlsiegerin, trotzdem hielt die SP hinter den Kulissen heimlich Ausschau nach einem genehmen SVP-Kandidaten, den man gegen den amtierenden SVP-Bundesrat Christoph Blocher in Stellung bringen konnte. Weil der Druck auf den SVP-Mitgliedern gross war, suchte man nach einem Kandidaten ausserhalb der Bundesversammlung. Der Rest ist Geschichte. Mit den Stimmen von Mitte-links



Neue Erfahrung: Parteipräsidenten Darbellay (CVP), Landolt (BDP), Levrat (SP).

wurde Widmer-Schlumpf für Blocher in den Bundesrat gewählt. Die SVP warf sie aus der Partei. 2011 wurde sie trotzdem wiedergewählt – als Vertreterin der Kleinpartei BDP.

Die Ausgangslage ist diesmal anders: Die «Wiederwahl-Allianz Widmer-Schlumpf» hat inklusive SP massiv Federn lassen müssen. 14 Sitze wanderten nach rechts. (Vor vier Jahren gehörten die neuen Mitteparteien BDP und Grünliberale noch zu den Wahlsiegern.) Eine Wiederwahl der BDP-Bundesrätin vor dem aktuellen Hintergrund ist nur schwer zu rechtfertigen. Noch hat die BDP-Bundesrätin nicht verlauten lassen, ob sie sich noch einmal der Wiederwahl stellt. «Sie wird das nicht unmittelbar nach dem Wahlsonntag tun», sagt BDP-Präsident Landolt. Sie werde zuerst die Resultate analysieren. Der Entscheid könnte schneller kommen, als allgemein erwartet, zu eindeutig ist der Wahlsieg von SVP und FDP ausgefallen. Aus dem Umfeld der anderen Bundesräte vernimmt man, dass sie wohl in den kommenden Tagen ihren Rücktritt bekanntgeben werde.

Das Lobbying von SP und CVP

Was hat ihr Wahlverein in den letzten Wochen und Monaten nicht alles versucht, um die Bundesrätin zum Bleiben zu bewegen. Wiederholt haben die SP-Bundesräte Alain Berset und Simonetta Sommaruga mit ihr die Lage besprochen und analysiert und sie zum Bleiben ani-

miert. Darbellay und Levrat versuchten sie ebenfalls zu einer weiteren Kandidatur zu überreden. Für Widmer-Schlumpf oder gegen Widmer-Schlumpf, diese Frage beschäftigte das politische Bern seit einigen Wochen vor und hinter den Kulissen. Levrat und Darbellay redeten seit Wochen nur noch davon. Und der SP-Präsident gefiel sich zunehmend in der Rolle des grossen Zampanos, der die Puppen tanzen lässt. Ohne Widmer-Schlumpf dürfte der Einfluss Levrats bei den Mitteparteien CVP und BDP gewaltig erodieren.

Zusammen mit Darbellay feilte der SP-Präsident seit Wochen und Monaten an möglichen Schlachtplänen und Strategien für die Wiederwahl von Widmer-Schlumpf – auch für den Fall einer Wahlniederlage von Mitte-links. Gebetsmühlenartig wiederholte Levrat bei jedem Interview, dass er verhindern wolle, dass die SVP und die FDP im Bundesrat eine Mehrheit bekämen. Diese Mehrheit tue der Schweiz nicht gut. Das habe man zwischen 2003 und 2007 gesehen. Das Land sei in dieser Zeit geschwächt worden. Das ist ein typisches Levrat-Märchen. Zwischen 2003 und 2007 war das Wirtschaftswachstum in der Schweiz so gut wie unmittelbar vorher und nachher nicht mehr.

Als sich immer hartnäckiger ein Rechtsrutsch abzeichnete, legte man die Latte für einen zweiten Sitz der SVP immer höher: War es 2007 noch unerheblich, dass mit Widmer-Schlumpf nebst

Samuel Schmid ein zweiter SVP-Vertreter aus der Deutschschweiz in den Bundesrat gewählt wurde, liessen Darbellay und Levrat nun verlauten, die SVP müsse einen Kandidaten der lateinischen Schweiz bringen. Gleichzeitig brachte sich Darbellay als Kandidaten ins Gespräch – sollte die BDP-Bundesrätin zurücktreten.

Aus taktischen Überlegungen wollte das Duo Darbellay/Levrat die Kandidatenkür für die Nachfolge von Bundeskanzlerin Corina Casanova nicht bekanntgeben. Levrat und Darbellay wollten laut CVP-Vertretern in den Verhandlungen rund um die Bundesratswahlen mit dem Posten des Bundeskanzlers jonglieren. Die tatsächlichen Absichten blieben diffus. Und die Chefin des Infrastrukturdepartementes (Uvek), Doris Leuthard, genervt über die Planspielereien ihres Parteichefs, musste sich auf die Hinterbeine stellen, damit die CVP den Uvek-Generalsekretär Walter Turnherr als Kandidaten portierte.

Levrat wie Darbellay wandelten mit ihren Schlachtplänen auf dünnem Eis. Bei der SP monierten schon vor dem Wahlsonntag einflussreiche Nationalräte, die SP habe anderen Parteien nicht vorzuschreiben, welche Kandidaten sie aufstellen sollen. Die CVP hatte dagegen im Präsidium beschlossen, dass man zur Zusammensetzung des Bundesrates vor den Wahlen nichts sagt.

Je näher die Parlamentswahlen rückten, desto mehr erweckte Widmer-Schlumpf indessen im Bundesrat den Eindruck, sie werde nach den Wahlen ihren Rücktritt bekanntgeben. Zum Beispiel, weil sie mit grossem Eifer ihr Prestigeprojekt, die Energie-Lenkungsabgabe, eine Öko-Steuer, vorantrieb. Sie will sie im November vor den Bundesrat bringen. Da dieses Projekt heftig umstritten ist, hätte sie damit bis nach ihrer Wiederwahl im Dezember warten können, sagen bundesratsnahe Kreise.

Zusammenarbeit in der Mitte

Mit oder ohne Widmer-Schlumpf, Levrat und Darbellay ist jedes Mittel zum Erhalt ihrer Macht im Bundesrat recht. Darbellay versucht jetzt, den Sitz der Finanzministerin mit der intensiveren Zusammenarbeit zwischen den Mittelparteien CVP, BDP und GLP zu rechtfertigen. SVP und FDP hätten zusammen keine 50 Prozent Wähleranteil, er sehe deshalb nicht ein, weshalb sie eine Mehrheit in der Regierung erhalten sollten, argumentierte Levrat am Sonntagabend. Zur Erinnerung: Als vor acht Jahren die SVP einen Wähleranteil von fast 29 Prozent erzielte, bestritt nicht einmal die SP den Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesrats-sitz. Seit letztem Sonntag kommt die SVP nun auf fast 30 Prozent der Wählerstimmen. Langsam dürfte auch bei Levrat und Darbellay die Erkenntnis dämmern, dass sich ein zweiter Bundesratssitz für die SVP kaum mehr verhindern lassen wird. Aber ganz wird man das wohl erst nach den Bundesrats-Erneuerungswahlen vom 9. Dezember wissen. ○

Bundesrat

Auf höchster Ebene

Von Esther Girsberger — Eveline Widmer-Schlumpf hat die grösste Finanzplatzreform massgeblich geleitet, geformt und umgesetzt. Wird sie in der Landesregierung bleiben?

Eine Nichtwiederwahl riskiert Eveline Widmer-Schlumpf nicht. Schliesslich konnte sie berufliche Schlapfen bisher vermeiden. Tritt die zähe Bündnerin nicht für eine weitere Legislaturperiode an, wird sie als Finanzministerin in die Geschichtsbücher eingehen, welche die grösste Finanzplatzreform und eine der grössten Steuerreformen der schweizerischen Eidgenossenschaft zwar nicht initiiert hat – das hat das Ausland, insbesondere Amerika, getan. Aber sie hat die Reformen massgeblich geleitet, geformt und umgesetzt. Das nehmen ihr ihre Gegner bis ans Lebensende übel. Auf der historischen Zeitachse aber wird es anders gelesen werden: Als die Finanzministerin Ende 2012 den automatischen Informationsaustausch für Steuerdaten ankündigte, kassierte die prügelerprobte Eveline Widmer-Schlumpf massive Schelte. Mitte 2015 segnete der Nationalrat das Umsetzungsgesetz ohne grosses Brimborium ab. Die Banken haben sich damit arrangiert, nicht wenige Bankenchefs wissen, dass der Druck von aussen ohne das Schaffen der wenig geschätzten Finanzministerin schlimm geendet hätte. In ein paar Jahren wird das Resultat noch viel besser interpretiert werden.

An der Grenze des Erträglichen

Eveline Widmer-Schlumpf gefällt es an der Macht. Sie gestaltet gerne mit, sie ist eine mit allen Wassern gewaschene Finanzexpertin, die auf dem internationalen Parkett mit ihren Amtskollegen auf Augenhöhe diskutieren kann. Sie und ihr deutsches Pendant Wolfgang Schäuble schätzen und respektieren sich nicht nur, sie treffen sich auch ab und zu privat. Timothy F. Geithner, US-Finanzminister von 2009 bis 2013 – den für den Schweizer Finanzplatz entscheidenden Jahren – wird Eveline Widmer-Schlumpf als hartnäckige Verhandlerin in Erinnerung bleiben. Nicht dass die potente schweizerische Wirtschaftsmacht sich gegen die ungleich mächtigeren USA hätte durchsetzen können –, Geithner wird die Schweizer Finanzministerin aber als dossierfeste, taktisch kluge Finanzfachfrau in Erinnerung behalten, die ihm das Leben nicht eben einfacher machte. Was man von ihrem Vorgänger kaum behaupten kann.

Der SVP wird die Bundesrätin hingegen alleine als Königsmörderin in Erinnerung bleiben. Das hat sie sie spüren lassen, nicht zu knapp und acht Jahre lang. Eveline Widmer-Schlumpf hat damit gelebt. Nicht gut. Was sie zu spüren bekam, war an der Grenze des



Familienmensch: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

Erträglichen. Aber sie wusste, was auf sie zukommen würde. Niemand hat sie gezwungen, die Wahl zur Bundesrätin anzunehmen. Aber sie wollte es. Auch, weil sie sich dem Wahlgremium, der eidgenössischen Bundesversammlung, verpflichtet fühlte. Vor allem aber, weil sie sich damit einer ihrer grössten Leidenschaften, nämlich dem Umgang mit komplexen Finanzgeschäften, auf höchster Ebene widmen konnte.

Eveline Widmer-Schlumpf wird das Wahlergebnis und damit den deutlichen Gewinn der SVP minutiös analysieren. Nicht nur, um auszurechnen, ob sie von den 246 Stimmen das absolute Mehr für eine Wiederwahl schaffen könnte. Das wird angesichts der noch ausstehenden zweiten Durchgänge der Ständeratswahlen und einiger nicht einzuschätzender neuer Parlamentsmitglieder schwierig sein. Sie wird es tun, weil auch das ein Zahlenspiel mit vielen Unbekannten ist, deren Analyse ihr Spass macht.

Die Bündnerin ist aber nicht nur machtbewusste Finanzministerin. Sie ist auch ein ausgeprägter Familienmensch. Sie hat keine grossen beruflichen Rückschläge hinnehmen müssen, aber einige familiäre Schicksalschläge. Das prägt mindestens so stark wie der Wunsch, die Unternehmenssteuerreform III ins Trockene zu bringen. Eveline Widmer-Schlumpf wurde im April zum dritten Mal Grossmutter, und sie geht diesem Amt mit ebenso viel Leidenschaft, aber mit weniger Zeitbudget nach. Gut möglich, dass sie dieses Konto nun aufbessern will.

Esther Girsberger ist Publizistin und Dozentin. 2011 veröffentlichte Sie die Biografie «Eveline Widmer-Schlumpf. Die Unbeirrbare».

Personenkontrolle

**Pardini, Rime,
Schneider-Ammann,
Remund, Mengisen,
Neff, Springman, Maurer,
Buhrow, Marmor, Matter,
Chávez, Lord Blackwell,
Bamford, Juncker**

Im Frühjahr verfiel die Wirtschaftskommission des Nationalrates auf die Idee, die schweizerische Exportrisikoversicherung zu kapern, um der währungsgebeutelten Industrie zur Hilfe zu eilen. Den Vorstoss trieben SP-Mann **Corrado Pardini** und sein SVP-Kommissionskollege **Jean-François Rime** gemeinsam voran. In der Plenumsdebatte signalisierte **Johann Schneider-Ammann** (FDP) Zustimmung. Trotzdem verwarf das Parlament den Vorstoss mit 105:64 Stimmen. Schneider-Ammanns Staatssekretariat wurde dennoch aktiv. Kürzlich lud es die Spitzenverbände zu einem Gespräch ein. Traktandum: Die Exportrisikoversicherung als Instrument für die Währungsabsicherung der Industrie. Ein Nein des Parlaments ist für Schneider-Ammann offenbar nur ein verkapptes Ja. (fsc)



Verkapptes Ja: Bundesrat Schneider-Ammann.

«Sport ist eine männerdominierte Angelegenheit», weiss **Matthias Remund**, der Direktor des Bundesamtes für Sport (Baspo). Ob bei den Aktiven oder den Funktionären, überall seien Männer in der Überzahl. Und: «Sportanlässe mit Männern haben die grössere Medienpräsenz.» Um das zu ändern, lädt das Baspo zum Magglingertag mit dem Thema «Frauen im Sport». Das Hauptreferat hält ein Mann, der stellvertretende Baspo-Direktor **Walter Mengisen**, zu dem sich bei Google Books der Vermerk findet: «Mengisen verfasste eine Arbeit zum Thema Staat und Sport, die aber nur als unveröffentlichtes Manuskript bei ihm vorzufinden ist.» Danach dürfen Frauen wie die Mountainbikerin **Jolanda Neff** oder die ETH-Rektorin, Ex-Triathletin und Professorin **Sarah Springman** «ihre Forderungen an



Einsatz für Frauen: Mountainbikerin Neff.

den Sport formulieren». Und schliesslich soll ein männerdominiertes Podium über Staat, Sport und Frauen diskutieren, auch mit Bundesrat **Ueli Maurer** (SVP). Sein Beitrag könnte sich darauf beschränken, einen Satz aus dem SVP-Programm zu rezitieren: «Die SVP wehrt sich gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.» (sär)

In der ARD beantworteten neulich die beiden Intendanten **Tom Buhrow** und **Lutz Marmor** Zuschauerfragen zu ihrer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. «Perfekt sind wir nicht, aber eigentlich finden wir uns ganz in Ordnung», fasste *Die Welt* die Attitüde der beiden Fernsehmacher zusammen. «Das Geld ist bei

Buchpremiere

Donnerstag, 29. Oktober 2015, 19.30 Uhr
Zunft Haus zur Meisen, Münsterhof 20
8001 Zürich

Im September 1946 besuchte Winston Churchill die Schweiz und hielt in Zürich seine berühmte Rede «Let Europe arise». Was kaum einer weiss: Dabei verfolgte er heimlich auch persönliche Ziele, die seiner grossen Leidenschaft geschuldet waren: dem Malen. Er wollte unbedingt Willy Sax treffen. Diesem sollte es gelingen, Churchills Lieblingsfarbe Königsblau richtig zu mischen.

Der Anlass wird von TV-Moderatorin Annina Frey moderiert
Büchertisch: Buchhandlung Beer, Zürich

Bitte melden Sie sich und Ihre Begleitung bis am
Montag, 26. Oktober 2015, bei der Buchhandlung Beer an:
Telefon. 044 211 27 05, buchhandlung@buch-beer.ch

Philipp Gut, die Buchhandlung Beer, die Familie Sax und der Stämpfli Verlag freuen sich auf Ihr Kommen!



Philipp Gut
Champagner mit Churchill

Der Zürcher Farbenfabrikant Willy Sax
und der malende Premierminister
176 Seiten, illustriert, gebunden, CHF 39.–
ISBN 978-3-7272-1455-4
Stämpfli Verlag



Geldsorgen: ARD-Intendanten Buhrow, Marmor.

uns knapp», klagte der eine in die Kamera – obwohl die ARD mit Jahreseinnahmen von über sechs Milliarden Euro das weltgrösste Medienunternehmen ist. Ob es ähnlich herauskommt, wenn sich SRF-Direktor **Ruedi Matter** am 11. November in der neuen Sendung «Hallo SRF!», deren Titel irgendwie an das Fernsehformat «Aló Presidente» des ehemaligen venezolanischen Präsidenten **Hugo Chávez Frías** erinnert, «live dem Publikum stellt»? (fsc)

Die Lloyds Banking Group gehört zu den fünf wichtigsten Finanzinstituten im Vereinigten Königreich. Vergangene Woche sagte ihr Präsident, **Lord Blackwell**, im britischen Oberhaus, ein Verbleib des Landes ohne «massgebliche Änderungen an den Verträgen» betrachte er als «nicht nachhaltig». Wenn die Gemeinschaftswährung Euro überleben wolle, brauche es eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, was für Grossbritannien keine Option sei. Ins gleiche Horn stiess **Anthony Bamford**, der Chef des Bau- und Landmaschinenherstellers JCB. In den siebziger Jahren sei die EU-Mitgliedschaft ihren Preis wert gewesen, heute sei das nicht mehr der Fall. (fsc)

Am Dienstag war «Weltstatistiktag». In der Schweiz sei die «Nachfrage nach Statistikdaten seit Jahren sehr hoch», verkündete das Bundesamt für Statistik in einem Communiqué. Ein hoher Bedarf fällt auch im Haus von EU-Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** an. Allerdings offenbar nur nach solchen, die politisch genehm sind: Wie zwei Forscher der renommierten Max-Planck-Gesellschaft in einer minuziösen Studie nachweisen, trickst die EU-Kommission bei den «Eurobarometer»-Umfragen, um das europäische Einigungsprojekt strahlender darzustellen, als es die Bevölkerung tatsächlich wahrnimmt. Das Urteil der Forscher: Seit Jahren würden die Befragten mit «überkomplizierten, hypothetischen und wissensinadäquaten Fragen» überfordert und durch die «Vorgabe einseitig gepolter Antwortkategorien, Suggestivfragen, Kontexteffekte» zu Fans der EU-Kommission umgedeutet. Zum Arsenal gehört zudem «die strategische Entfernung von Fragen, die in früheren Befragungswellen zu unerwünschten Ergebnissen führten». So schön kann Statistik sein. (fsc)

Nachrufe



Umstritten: General López Fuentes.

Héctor López Fuentes (1930–2015) – Die einen Guatemalteken sehen ihn als Helden, die anderen als Schlächter. Als Chef des Generalstabs leitete er unter Diktator Efraín Ríos Montt zwischen 1982 und 1983 den Kampf gegen die marxistischen Guerillas in Guatemala. Umstritten war vor allem seine Strategie: Er bewaffnete die Indiobauern, organisierte sie in Wehrdörfern und involvierte sie so direkt in den Kampf. Es war ein blutiger Krieg, doch er bescherte den Guerillas eine militärische Niederlage, von der sie sich nie mehr erholen sollten.

Seine vehementeste Gegnerin war die in Guatemala wegen ihrer Nähe zu den Guerillas nicht minder umstrittene Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Nach dem Friedenspakt von 1996 deckte sie López Fuentes und andere Militärs mit einer Flut von Strafanzeigen ein. 2011 wurde er verhaftet, 2013 verurteilte ihn ein guatemaltekisches Gericht zusammen mit Ríos Montt wegen Genozids. Das Verdikt wurde allerdings wenige Tage später vom obersten Gericht wieder aufgehoben.

Der General, der 2011 einen Schlaganfall erlitt und später an Krebs erkrankte, erlebte seinen Prozess im Dämmerzustand. Sowohl López Fuentes wie auch Menchú kandidierten für die Präsidentschaft. Beliebte waren sie beide nicht: Während der General 1995 nur 2,3 Prozent der Wähler überzeugen konnte, ergatterte seine Widersacherin 2011 gerade mal 3,2 Prozent der Stimmen. Héctor López Fuentes verstarb letzte Woche in einem Militärspital, in dem er seit 2011 interniert war. *Alex Baur*



Nüchtern, sachlich, kühl: Fotografin Becher.

Hilla Becher (1934–2015) — Andere sahen weg, sie aber hat hingesehen: auf Hochöfen und Hüttenwerke, auf Getreidesilos und Gasometer, auf Fördertürme und auf Fabriken. Hilla Becher sammelte im Ruhrgebiet mit ihrer Kamera die Relikte einer untergehenden Industrieepoche, wie sie als Kind Insekten gesammelt hatte. Nüchtern, sachlich, kühl. Und was geschah? Bauwerke, die zum reinen Zweck erstellt worden waren, entpuppten sich auf ihren Schwarzweissbildern als Skulpturen von melancholischer Poesie. Sie waren auf einmal sexy – und auch dank Becher ab Mitte der siebziger Jahre von Interesse für die Industriedenkmalpflege. Dass sie zeitlebens als Appendix ihres Mannes Bernd Becher (1931–2007) wahrgenommen wurde, des ersten Lehrstuhlinhabers für Fotografie in Deutschland, ist im Rückblick so falsch, wie die Vermutung erlaubt sei: Möglicherweise war er ja ihr Anhängsel. Denn Hilla Becher, in Potsdam geboren, hatte schon früh Architektur fotografie studiert (und diese im Schlosspark von Sanssouci eingeübt), und sie war es, die später massgeblich die Typologie des becherschen Sammelns und Dokumentierens von Architektur entwickelte. Eine veritable Schule hat sie begründet, eine Schule des Sehens, aber auch eine, die sich bis heute «Becher-Schule» nennt, formiert durch ihre Studenten, unter ihnen Kunstmarktmagneten wie Thomas Struth, Andreas Gursky oder Candida Höfer. Mit vielen bedeutenden Preisen ausgezeichnet, ist Hilla Becher im Alter von 81 Jahren in Düsseldorf verstorben. *Danièle Muscionico*

Falsche Wahl

Von Henryk M. Broder — So geht es nicht, liebe Ösis und Eidgenossen!



Zu den elementaren Konstruktionsfehlern sowohl des österreichischen wie des schweizerischen Wahlrechts gehört, dass beide eine Teilnahme deutscher Wähler nicht vorse-

hen. In der leicht wahnhaften Annahme, es sei Sache der Österreicher beziehungsweise der Schweizer, ganz allein über die Zusammensetzung ihrer nationalen beziehungsweise regionalen Parlamente zu entscheiden, wählen sie immer wieder die falschen Kandidaten und ziehen sich so den Unmut der deutschen Nachbarn zu. Vor kurzem nach der Wahl zum Wiener Landtag und eben wieder nach der Wahl zum Schweizer Nationalrat. Ein Beispiel für viele: In der «Tagesschau» der ARD wurde das Desaster von Bern so dargestellt: Die Flüchtlingskrise war ein gefundenes Fressen, das die SVP weidlich ausgeschlachtet hat. In der Tat hat die millionenschwere Kampagne der SVP gezogen. Der Slogan «Frei bleiben!», möglichst auch frei von Ausländern. Ein Wahlkampf zwischen Klamauk und Fremdenfeindlichkeit, die Forderungen «Nein zur EU!» und das angebliche «Asylchaos stoppen!». Tatsächlich allerdings zog der Flüchtlingsstrom bislang weitgehend an der Schweiz vorbei. Die Zahl der Asylbewerber mit voraussichtlich 30 000 in diesem Jahr – moderat.

Nun ist es so, dass in deutschen Wahlkämpfen Krisen nicht thematisiert, schon gar nicht «weidlich ausgeschlachtet» werden; Kampagnen finden, wenn überhaupt, zum Nulltarif statt, denn die Sender stellen den Parteien die Zeiten für ihre Wahlspots kostenlos zur Verfügung. Und was den Wunsch der Schweizer angeht, «frei von Ausländern» zu bleiben, so ist das insofern richtig, als die meisten in der Schweiz lebenden Menschen noch immer schweizerischer Herkunft sind. Nur 23 Prozent, also knapp zwei Millionen der Einwohner der Schweiz, haben einen Migrationshintergrund. In Deutschland sind es immerhin acht Millionen; das sind zwar nur 10 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber in absoluten Zahlen viel mehr als in der fremdenfeindlichen Schweiz. So kann man die Empörung der deutschen Berichterstatter verstehen. «So geht es nicht, liebe Ösis und Eidgenossen! Ihr könnt das Wahlrecht nicht missbrauchen! Wenn ihr uns nicht mitwählen lasst, dann wäre es gut, wenn ihr uns wenigstens fragen würdet, wen ihr wählen sollt. Wir helfen gerne. Merkt euch das bitte.»

Pathologische Wissenschaft

Von Silvio Borner — In der Klimapolitik stützen sich die Grünen gerne auf wissenschaftliche Erkenntnisse ab. Wären sie doch bei der Gentechnik oder Kernenergie ebenso forschungsbeflissen.

Irving Langmuir, Nobelpreisträger für Chemie von 1932, prägte den Begriff «pathologische Wissenschaft» für Felder, in denen Ideologien oder Werturteile schnell überhandnehmen. Zum Beispiel, weil sie schwer beobachtbare Objekte betreffen oder weil die Fallzahlen so gering sind, dass es an statistischer Signifikanz mangelt. Dieses Problem stellt sich bei Grenzwerten für Schadstoffe aller Art, wo es zwar möglich ist, potenzielle Schadstoffe in kleinsten Dosen nachzuweisen, aber die Beziehung von Ursache (steigende Dosis) und Wirkung (Risiken) völlig offenbleiben muss. Die Relevanz für die menschliche Gesundheit bleibt eine Glaubensfrage.

Entgegen der Praxis «Die Dosis macht das Gift» wird eine nichtlineare Reaktion angenommen, im Extremfall sogar eine U-förmige Reaktionskurve: Schon kleinste Mengen entfalten eine grosse Wirkung, die dann bei steigender Dosis nachlässt, bevor sie wieder ansteigt. Pathologische Wissenschaft ist nicht absichtlich betrügerisch und auch nicht rein ideologisch-politisch gesteuert wie etwa die Rassentheorien der Nazis oder wie Lysenkos Anti-Darwinismus unter Stalin.

In der Klimaforschung liegen überzeugende Beweise vor, dass der menschengemachte CO₂-Ausstoss gewaltig ansteigt und klimarelevant ist, ja sogar in Richtung einer globalen Erwärmung wirkt. Aber exakt vorzugeben, wie viel CO₂ bis wann eingespart werden muss, um die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, ist pathologische Wissenschaft. Trotzdem ist es legitim, zu fordern, die CO₂-Emissionen langfristig und international koordiniert zu reduzieren, weil hier ein wissenschaftlicher Konsens über die Klimaerwärmung per se besteht. Ein schweizerischer oder gar kantonaler Alleingang im Eiltempo ist aber eher ein Schuss in den eigenen Kopf als in den Fuss.

Opportunistisches Verhalten

Im Bereich Biotechnologie ist der wissenschaftliche Konsens im Vergleich zum Klima eindeutig stärker und breiter. Ein italienisches Forscherteam untersuchte 2013 insgesamt 1700 Studien zu den Risiken gentechnisch veränderter Organismen (GVO) und konnte keinen einzigen signifikanten Risikofaktor entdecken. Weder die menschliche noch die tierische

Gesundheit werden gefährdet, noch gibt es ökologische Nachteile, im Gegenteil. Ronald Bailey erläutert in seinem lesenswerten Buch «The End of Doom» alle wissenschaftlichen Studien zur Gentechnik und findet keine seriöse Infragestellung der Biotechnologie. Nun gibt es aber auch hier ein paar pathologische Wissenschaftler, aber mehr noch ideologisierte, die sich in unserer modernen Gesellschaft leicht Gehör zu verschaffen vermögen. Der wohl berühmteste Beitrag stammt vom Franzosen Gilles-Éric Seralini, wurde aber im November 2013 vom selben Journal, das ihn ursprünglich publiziert hatte, als äusserst fehlerhaft («badly flawed») bezeichnet und zurückgezogen. Trotzdem bringen andere Nicht-peer reviewed-Journale die Sache wieder aufs Tapet. Tragisch ist hierbei, dass keine andere Forschungsrichtung je zuvor aus dem Vorsichtsprinzip heraus so eng reguliert und so kritisch überprüft worden ist.

Während sich Grüne gerne auf die offizielle Klimaforschung abstützen und Kritiker als «Leugner» bezeichnen, bleiben sie von der noch viel stärkeren Einigkeit im Sektor Gentechnik unbeeindruckt. Aus ihren Reihen hat sich die Gruppe «European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility» formiert, die den Konsens in Frage zu stellen ver-



sucht. Bis jetzt haben weniger als 300 Wissenschaftler unterschrieben, die meisten von ihnen sind als bekennende Aktivisten gegen landwirtschaftliche Biotechnologie altbekannt.

Eine ähnliche Situation haben wir bei den Risiken der friedlichen Nutzung von Kernenergie. Die Wissenschaft hat den empirisch gutabgestützten Nachweis erbracht, dass die Risiken für Mensch und Umwelt im Vergleich zu Kohle, Erdöl und Erdgas extrem gering sind. Aber auch hier behaupten Grüne munter das Gegenteil, obwohl ihre Vorfahren einst als Landschaftsschützer die Kernenergie in der Schweiz befürwortet haben.

Also: Wie verhalten sich die Grünen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen? Offenbar rein opportunistisch. Beim Klima passt der Konsens, bei Biotechnologie- und Nuklearrisiken nicht. Das sollte den Sympathisanten zu denken geben, aber mehr noch den Forschenden, die sich für solchen Verrat an der Wissenschaft nicht zu schade sind und etwa als ETH-Professoren ein rein schweizerisches Verbot von Elektro- und Ölheizungen verlangen.

Gute alte Machtpolitik

Von Hansrudolf Kamer — Der Nahe Osten zerfällt, das Atomabkommen mit dem Iran bringt keine Stabilisierung. Amerika verliert an Einfluss, während die Russen knapp kalkulierte Machtpolitik praktizieren.



Die Tinte der Unterschriften unter dem Abkommen über das iranische Atomprogramm ist noch nicht trocken, da bricht der geopolitische Rahmen zusammen. Der

das feststellt, müsste es wissen: Henry Kissinger ist der Architekt der ersten amerikanischen Versuche, nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 eine halbwegs stabile Ordnung in dieser Weltgegend zu errichten.

Kissingers Verhandlungen legten den Grund für alles Weitere. Der ägyptische Präsident Sadat besuchte Jerusalem im November 1977, durchbrach die arabische Ablehnungsfront und schloss einen kalten Frieden mit Israel. Vor dem Krieg hatte er die sowjetischen Militärs aus Ägypten hinausgeworfen und seine Armee auf den Überfall auf Israel vorbereitet. Obwohl er militärisch eine Niederlage erlitt, war sein Exploit ein politischer Erfolg. Die Sinai-Halbinsel ging zurück an Ägypten.

Es folgte der Friedensvertrag Israels mit Jordanien und ein von der Uno überwachtes Entflechtungsabkommen mit Syrien, das über vierzig Jahre Bestand hatte – sogar während des gegenwärtigen Bürgerkriegs. Die Amerikaner besiegten zweimal den Irak, der von den Sowjets hochgerüstet worden war, und befreiten Kuwait. Der Krieg gegen die Taliban in Afghanistan, der nun entgegen den Wünschen von Präsident Obama in die Verlängerung geht, wurde auch von arabischen Alliierten des Westens unterstützt.

Es brauchte nur einen amerikanischen Präsidenten, um dies alles zum Einsturz zu bringen. Das Vertrauen in die amerikanische Politik ist weg, die Russen sind zurück und die an das Atomabkommen mit dem Iran geknüpften Erwartungen verflogen. Die geistlich-politische Führung in Teheran denkt nicht daran, ihre Strategie zu ändern. Es kommt zwar zu einer fundamentalen Umgestaltung der Region, aber nicht zu jener, die sich die amerikanischen Veranstalter ausgemalt hatten.

Der mittlerweile 92-jährige Kissinger schrieb dieser Tage im *Wall Street Journal* in alter Prägnanz, die geopolitische Ordnung im Mittleren Osten sei zerstört. Vier Staaten könne man nicht mehr als souveräne Gebilde bezeichnen: Libyen, Jemen, Syrien und den Irak. In drei von ihnen sei der Iran an der Sabotage des Staats-

gebildes beteiligt. Die Dschihadisten des Islamischen Staats ihrerseits bedrohten grundsätzlich die Idee und die Ordnung westlicher Staatlichkeit.

Der sunnitische Islamische Staat und der schiitische Iran – der an den historischen persischen Imperialismus anknüpft – sind die Motoren des Zerfalls im Mittleren Osten. Beide bekämpfen die «normalen» sunnitischen Regime, die grosso modo amerikanische Ziele unterstützt hatten. Ethnische Konflikte vermischen sich mit religiösen und zerreißen jene Staaten, die einst nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Reissbrett entworfen worden waren.

Das Atomabkommen, der amerikanische Rückzug, die halbherzige Bekämpfung des Islamischen Staates und das monumentale Fiasko bei der Unterstützung syrischer Rebellen verstärken nicht nur den Eindruck amerikanischer Inkompetenz. Der Verdacht, dass die Amerikaner insgeheim eine iranische Hegemonie befördern, hält sich hartnäckig im sunnitischen Arabien.

Die Militärintervention in Syrien ist in der russischen Geschichte ohne Beispiel. Weder die Zaren noch die Sowjets führten je Krieg in der Levante. Über Putins Motive wird gerätselt. Dabei sind sie einfach zu durchschauen. Mit vergleichsweise geringem Auf-

wand gelingt es Moskau, wieder im Mittleren Osten Fuss zu fassen und die Amerikaner abzurängen. Ob Syrien einst zur Ruhe kommt oder nicht, ob Assad überlebt oder nicht, ist dabei zweitrangig.

Kissinger ist nicht nur der Staatsmann, der den Begriff «Pendeldiplomatie» begründete, sondern auch – zusammen mit Präsident Nixon – der Regisseur der Öffnung nach China. Weil die Anhänger Obamas das iranische Atomabkommen gerne als strategische Meisterleistung hinstellen und mit Kissingers Hinwendung zu China vergleichen, zerpflückt der Altmeister der Gleichgewichtsdiplomatie lustvoll diese politische Hochstapelei.

Verschärfung der Spannungen

Vor 44 Jahren, meint Kissinger, habe man keine Erwartungen gehegt, dass China seine Regierungsform ändere oder sich dem Westen angleiche. Auf den Iran dagegen, das Regime und die Nation, projiziere man allerlei Reformfantasien. Die Interessen seien überdies gegenläufig, während damals die amerikanischen und die chinesischen Interessen durchaus symmetrisch gewesen seien. Deshalb sei das Abkommen mit Teheran kein Beitrag zu einer Beruhigung der Lage, sondern eher einer zur Verschärfung der Spannungen.

Im Mittleren Osten spielt sich ab, was im Westen niemand wahrhaben will, nämlich: gute alte Macht- und Verdrängungspolitik. Während der Präsident in Washington kaum versteht, worum es geht, spielt sein Gegner in Moskau virtuos auf der Klaviatur dieser seit Urzeiten bewährten Instrumente. Während der eine träumt, schafft der andere Fakten. Und diese werden später den Gang der Dinge bestimmen.



Während der eine träumt, schafft der andere Fakten: Präsidenten Obama (l.) und Putin.

Nachfolger der Wettertanne

Von Christoph Mörgeli

Meine Abwahl war am letzten Sonntag ziemlich die einzige gute Nachricht für die Linken. Ansonsten verliefen die Wahlen ins eidgenössische Parlament nicht nach rot-grünen Wünschen. Gute Nachrichten für das bürgerliche Lager, speziell für jenes der Schweizerischen Volkspartei, gab es indessen am 18. Oktober zuhauf. Kaum zur Kenntnis nahmen die Kommentatoren des «Rechtsrutsches» allerdings ein speziell wichtiges Faktum: Der SVP ist es gelungen, die personelle Nachfolge von Christoph Blocher ein Stück weit sicherzustellen.

Um trotz nichtgrünem Wahltag bei einem grünen Bild zu bleiben: Eine gewaltige, sturm-erprobte Wettertanne ist beinahe unersetzlich. Wenn sie irgendwann fehlt, kann sie nur durch mehrere kleinere Tännchen ersetzt werden. Diese Setzlinge aber – Sonne, Wind und Regen ausgesetzt – wachsen innert Kürze ihrerseits zu respektablen Tannen heran. Längst überragen Parteipräsident Toni Brunner, Fraktionschef Adrian Amstutz und viele SVP-Exponenten politischer Fachgebiete ihre jeweiligen Kollegen anderer Parteien um Längen. Diese Entwicklung ist trotz gegenteilig inszenierter medialer Bühnenbeleuchtung längst ans Tageslicht der Wirklichkeit getreten.

Am 18. Oktober aber ist der SVP zusätzlich ein doppelter Coup gelungen. Mit der Wahl von Nationalrat Roger Köppel konnte Christoph Blochers überragende Statur in der Staats- und Aussenpolitik zu einem respektablen Teil aufgefangen werden. Der Verleger und Chefredaktor der *Weltwoche* wird ob seines von Freund und Feind bewunderten Intellekts wie seines journalistischen und rhetorischen Talents eine bedeutende Wirkung für eine weltoffene, aber unabhängige Zukunft unseres Landes entfalten.

Die überraschende Wahl von Magdalena Martullo bürgt für Kontinuität in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Die Bündner durchschauten das Armutszeugnis, das in Listenverbindungen von angeblich bürgerlichen Parteien bestand, deren einziges Ziel es war, die erfolgreichste Unternehmerin des Landes unter der Bundeskuppel zu verhindern. Nationalrätin Martullo wird der hemmungslos wuchernden Staatsbürokratie ebenso unerschrocken entgegentreten wie den erpresserischen Gewerkschaftern oder den energiepolitischen Traumwandlern. Köppel und Martullo. Das sind doppelt gute Nachrichten für die SVP. Das sind doppelt gute Nachrichten für die Schweiz.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Der M. muss gehen

Von Peter Bodenmann — Die SVP-Basis hat Christoph Mörgeli abgewählt. Sonst niemand.



«Robespierre der oppositionellen SVP»: abgewählter Nationalrat Mörgeli.

Für fast alle Linken ist Christoph Mörgeli ein Kotzbrocken. Für den Aufbau der SVP war er trotzdem oder gerade deshalb wichtig.

Mörgeli ist akademisch keine grosse Nummer. Sein Fachgebiet ist zudem etwas abwegig und arg irrelevant. Aber ein bienenfleissiger Kompilator war der Professor trotz alledem. Wäre Mörgeli ein freisinniger Nationalrat gewesen, niemand würde ihn vom staatlichen Hof und dessen Pfründen verjagt haben.

Die SVP-Milliardäre Christoph Blocher, Walter Frey und Peter Spuhler hätten dem faktisch mit einem Berufsverbot Belegten aus ihren Portokassen ein eigenes, feines medizinhistorisches Institut finanzieren können und müssen. Um ihn so persönlich zu stabilisieren. Um ihn in den Augen der eigenen Anhängerschaft zu rehabilitieren.

Justiz ist – vorab auch in verwaltungsrechtlichen Fragen – tendenziell immer die Justiz der jeweils Herrschenden und des von ihnen kontrollierten Staatsapparates. Trotzdem verstrickte sich der Robespierre der oppositionellen SVP in hundertundein rechtliches Verfahren. Und derweil setzten Blocher und Frey mit Roger Köppel auf einen neuen, präsentableren Kronprinzen.

Die eigene Basis verstand das Signal. Sie und niemand sonst hat Christoph Mörgeli am 18. Oktober 2015 als Nationalrat abgewählt. Wer den Schaden hat, muss für den Spott nicht sorgen. Die ebenfalls justizgeschädigte Zuger

Grossrätin Jolanda Spiess-Hegglin twitterte: «Ausgekochtes Luder grüsst abgewählten Nationalrat». Salz in die Wunden des von den Eigenen geächteten Nörgeli.

Gleich wie Mörgeli ging es Hans Fehr. Die Partei liess ihn nach seiner Putzfrauengeschichte fallen. Obwohl wenige mehr für den Parteaufbau gemacht haben als der einstige Lehrer.

Die Wählerinnen und Wähler haben der von Roger Köppel gemeinsam mit der NZZ herbeigeschriebenen bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat zum Durchbruch verholfen. Wer im Nationalrat die Mehrheit hat, stellt in der Schweiz die Weichen. Wir sind gespannt.

Wie viel Sozialabbau werden Köppel und Co. jenen Modernisierungsverlierern zumuten, die in Verkennung ihrer Interessen für die SVP gestimmt haben? Wie lange werden die Sieger die ältesten atomaren Schrottreaktoren der Welt – obwohl sich deren Betrieb nicht mehr rechnet – weiterlaufen lassen?

Was macht die neue Mehrheit gegen den zu harten Franken? Folgt sie wenigstens Peter Spuhler, der einen Staatsfonds fordert? Werden unsere Fremdenfeinde Schengen/Dublin kündigen? Und was machen sie mit den Bilateralen?

Wer die Mehrheit hat, muss regieren und nicht kritisieren. Ausreden gelten nicht. Schuld sind nicht mehr die anderen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Auslaufende Brauchtumpflege

Von Kurt W. Zimmermann — Rund um die Wahl war das Schweizer Fernsehen bemerkenswert neutral – im eigenen Interesse.

Fast zehn Stunden dauerte das Wahl-Spezial des Schweizer Fernsehens schon, da erlebten Nostalgiker doch noch einen Höhepunkt. TV-Redaktor Hans Bärenbold, einer der letzten Altlinken aus Leutschenbach, trat vor die Kamera.

Der Altlinke stand an der Wahlfeier der FDP missgelaunt herum. Denn die Freisinnigen hatten klar gewonnen. So half nur noch Giftigkeit. «Erdrutschsiege sehen anders aus», grummelte Bärenbold ins Mikrofon.

Es war wie eine Reminiszenz an frühere Zeiten.

Bis zur Jahrtausendwende gab es in der SRG eine offene Willkommenskultur für linkslastige Journalisten. Sie hatten oft wenig Hemmungen, ihre politische Präferenz auch am Mikrofon zu signalisieren. Nach dem Rücktritt von Peter Schellenberg, dem TV-Programmdirektor mit SP-Parteibuch, erodierte nach 2003 die rosa Romantik.

Schweizer Radio und Fernsehen sind heute ideologisch neutraler als je zuvor. Professionalität wurde den Journalisten wichtiger als Parteipräferenz. Unter den grossen Sendungen der SRG gibt es nur noch drei Gefässe, wo die rötlichen Wohlfühllosen von einst noch einigermaßen überlebt haben. Das sind die «Rundschau», der «Kassensturz» und das «Echo der Zeit».

Deutlich sichtbar wurde dies auch am vergangenen Wahlsonntag. Das Schweizer TV bot während zwölf Stunden eine Wahlshow, die aussergewöhnlich war. Sie war die längste Show aller Zeiten, und sie war von einer nüchternen Ideologiefreiheit, wie man dies auf diesem Kanal zuvor noch nie erlebt hatte.

Es ist ansonsten nicht das Konzept dieser Kolumne, Blumensträusse zu verteilen. Diesmal machen wir eine Ausnahme. Moderatorin Susanne Wille bot während der zwölf Stunden eine dermassen nüchtern-perfekte Leistung, dass sie als wegweisend für den journalistischen Kodex der SRG gelten kann. Sie zeigte vor, wie für den Staatsfunk der Verzicht auf politische Haltung die politische Haltung ist.

Dass dazwischen mal ein Altlinker herumgeisterte, kann man der Brauchtumpflege zuschreiben. Es ist eine auslaufende Tradition.

Die auslaufende Tradition führte dazu, dass der SRG im Vorfeld der Wahl nur kleinere Fehlleistungen unterliefen. Der «Kassensturz» etwa präsentierte ein Ranking, welche Partei am wenigsten konsumentenfreundlich sei. Natürlich war die SVP der böse Bube. Das



Wegweisend: Moderatorin Wille.

Wirtschaftsmagazin «Eco» erstellte das genteilige Ranking, welche Partei am wenigsten unternehmerfreundlich sei. Natürlich war erneut die SVP der böse Bube. Die «Tageschau» wiederum bot ein Ranking zur Transparenz der Parteienfinanzierung. Natürlich war wieder die SVP ein böser Bube.

Logischerweise war das alles etwas manipuliert. Jeder Volontär weiss inzwischen, wie solche Quervergleiche journalistisch gesteuert werden können. Eine Beschwerde gegen den «Kassensturz» ist noch hängig.

Trotz solch vereinzelter Brauchtumpflege blieb der Wahlkampfjournalismus der SRG journalistisch ohne Konfliktpotenzial. Auch die Diskussionssendungen wie die «Wahl-Arena» waren freundlich-ausgewogene Jekami-Abende.

Solche Zurückhaltung war ganz im eigenen Interesse. Auch die Journalisten des Staatsfunks ahnten vor der Wahl den Absturz von Mitte-links. Sie wussten, dass es damit für die SRG enger werden würde. Die anstehende Debatte zum Service public wird kein Spaziergang für die SRG, nachdem nun nicht mehr die befreundeten Rot-Grünen, sondern die Bürgerlichen im Nationalrat die Mehrheit haben.

Für die SRG ist die gelungene Wahlberichterstattung ein guter Start. Sie kann ohne Erbsünden in die politische Debatte steigen.

Lässig, gefühllos

Von Beatrice Schlag — Mord ohne Muster.

Ein verlässlicher Ehemann erschiesset seine Ex-Frau, nachdem er mehrfach angedroht hat, das zu tun. Das Sozialamt wusste Bescheid, «aber wir können nicht eingreifen, solange nichts passiert». Ehrlich? Ändert die Bestimmungen! Junge, arbeitslose Männer aus allen Ländern schliessen sich dem IS an. Viel Rambo-Wut im Bauch, gesichertes Einkommen in Aussicht: Bietet ihnen daheim eine Zukunft! Wir wüssten, was zu tun wäre, aber auf uns hört ja keiner.



Chris Mintz sagte, der Schütze von Umpqua, der plötzlich neben ihm stand, habe lässig und völlig unemotional gewirkt, als er ihm fünf Kugeln in die Beine, den Bauch, ins Schulterblatt und in die Hand schoss. Umpqua, am 1. Oktober, war das bisher letzte Schulmassaker in den USA: neun Tote, sieben Verletzte, dann Selbstmord des Täters. Über 140 ähnliche Massaker in Schulen, die meisten verübt von Elf- bis Siebzehnjährigen, gab es in den USA seit 1999. Nur etwa zwölf Schiessereien in Schulen fanden in der gleichen Zeit im Rest der Welt statt. Nirgends in der den Medien zugänglichen Welt kann man leichter Waffen kaufen als in den USA. Es wäre möglich, sagen die Medien jedes Mal, die irren Schulmassaker zu verhindern, wenn nur die Waffenlobby nicht wäre. Leider stimmt das nicht. In einem erschütternden Bericht in der letzten Ausgabe des *New Yorker* listete Bestseller-Sachbuchautor Malcolm Gladwell auf, wie wenig die jungen Täter gemeinsam haben, die in amerikanischen Schulen töten. Manche haben eine elende Familiengeschichte, sind auf Drogen oder haben psychische Probleme. Andere wurden aufgezogen von liebevollen Eltern – wie John LaDue aus der Provinzstadt Waseca in Wisconsin. Er war nie auffällig, nie aggressiv. Sie nahmen ihn letztes Jahr auf einem angemieteten Einstellplatz inmitten eines selbstgebastelten Bombenarsenals fest, mit dem er seine Schule in die Luft sprengen wollte. «Ihre Schwester, die in dieselbe Schule ging, wäre bei Ihrem Anschlag auch getötet worden», sagte die Polizei. «Oh, das vergass ich zu sagen», sagte John LaDue, «ich wollte am Tag zuvor meine Familie umbringen.» Nicht, weil sie etwas falsch gemacht habe, «sondern, weil ich so viele Opfer wie möglich hinterlassen wollte». «Man muss», schrieb Gladwell, «kein tiefverörter Mensch mehr sein, um solche Taten zu begehen.»

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ich als Chef meinen Angestellten auf Facebook eine Freundschaftsanfrage stellen, oder überlasse ich es dem Angestellten zu entscheiden, ob wir befreundet sein wollen oder nicht? *Philippe Tobler, Oberhofen*

Eltern, finde ich, sollten nicht mit ihren Kindern befreundet sein, weder in sozialen Netzwerken noch im Leben. Für Chefs und Untergebene gilt das Gleiche, in meinen Augen. Ich bin übrigens nicht auf Facebook. Und Kinder habe ich auch keine. *Mark van Huisseling*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Wie viele Milliarden ohne Gewinn und Ertrag hat die Migrationspolitik in den letzten zwanzig Jahren verschleudert?» *Frédéric-Marc Fluehmann*

Modernes Top-Unternehmen

Nr. 42 – «Die Bombe tickt»; Barbara Steinemann über die Sozialkosten

Mit der Sozialindustrie haben wir eine Mühle ins Laufen gebracht, die wir nicht mehr bremsen können. Sie ist ein Mega-Unternehmen mit eigener Lobby und wohlgesinnten linken Parteien geworden. Was als «humane Politik» verkauft wird, ist nichts anderes als ein Top-Unternehmen, das nach modernen betriebswirtschaftlichen Kriterien arbeitet. Ein Unternehmen, das seine eigene Existenz absichert und sogar Wachstum anstrebt. Als die UBS mit sechs Milliarden gerettet wurde, stiegen die Linken auf die Barrikaden.

Wie viele Milliarden ohne Gewinn und Ertrag hat die Migrationspolitik in den letzten zwanzig Jahren verschleudert? Einfach so, um Migranten auf Kosten der Allgemeinheit und auf unbestimmte Zeit zu versorgen? Wie marode das System bereits ist, zeigt sich an der Finanzierung. Ist kein Geld mehr da, erhöht man irgendwo die Steuern oder bedient sich in anderen Kassen. Rechtfertigen tut man dies zum Beispiel damit, dass es immer mehr AHV-Rentner gebe, und diese würden immer älter. Und wer sich dafür interessiert, wie sich die Migration genau entwickelt, respektive wer zu viele Fragen stellt, wird rasch mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung gebracht. Die Sozialindustrie hat kein Interesse daran, Fragen zu beantworten, und wenn eine Gemeinde die Asylbetreuung outsourct, bleiben Beträge und Zahlen geheim. Diese Sozialindustrie hat niemand gewollt und niemand gewählt.

Frédéric-Marc Fluehmann, Dübendorf

Sicher gibt es Leute, die spät eingewandert sind und mit den Ergänzungsleistungen mehr bekommen, als sie ins System eingezahlt haben. Kürzen wir jedoch die Leistungen, so leiden all jene Frauen darunter, die in Tieflohnbranchen hart gearbeitet, Kinder grossgezogen und vielleicht auch eine Scheidung durchgemacht haben oder krank geworden sind. Denn man muss wissen, dass die Ergänzungsleistungen zur AHV vor allem von diesen Frauen beansprucht werden. Ihnen sollten wir ein Alter in Würde gönnen, denn genau dafür wurden die Ergänzungsleistungen auch geschaffen. Nun hat die Überalterung zur Folge, dass der Aufwand für die Pflegeheime stark zunimmt. Viele Bürger, auch solche aus dem Mittelstand, können diese Kosten nicht vollumfänglich tragen und beziehen Ergänzungsleistungen. Die Idee der Pflegefinanzierung mittels einer Versicherung wurde hierzulande von bürgerlicher Seite abge-



Die Mühle läuft: SP-Präsident Levrat.

schmettert: Wer aber über die Pflegefinanzierung nicht reden will, soll über die Ergänzungsleistungen schweigen.

Francesco Papagni, Zürich

Die immer gleichen Herren

Nr. 42 – «Hexenjagd gegen Blatter»; Roger Köppel über Sepp Blatter

Einmal mehr beweisen viele Journalisten, dass sie nicht oder nur mangelhaft recherchieren. Oder ganz einfach abschreiben, was die Konkurrenz schrieb. Bedenklich ist auch, dass die immer gleichen Herren – Tognoni, Tännler, Portmann et cetera – im Fernsehen präsent sind, um Sepp Blatter eins auszuwischen. Als ob (nur) sie eine weisse Weste hätten.

Wil Vontier, Oberrieden

Es gibt so viele Journalisten, und nur Roger Köppel kommt bei diesem Thema ohne Verdächtigungen, Unterstellungen, Lügen und Behauptungen aus. Manipulation statt Information – die schreibende Zunft geht mit dem guten Beispiel voran, Abschreiben ist Trumpf, und Fakten sind vernachlässigbar. Die *Weltwoche* Nr. 42 müsste Pflichtlektüre werden für jeden Journalisten, der in den letzten Wochen und Monaten auch nur ein Wort über die Fifa und Blatter geschrieben hat. Es gibt genügend Kirchen, in denen anschliessend eine Kerze angezündet werden darf.

Fritz Peter, Uitikon

Die Welt in sattem Grün

Nr. 42 – «Der Letzte»; Markus Schär über den Weltklimarat

Der Artikel tröstet mich irgendwie: Mangel an Sorgfalt, Mangel an Selbstzweifel, Mangel an wirklichem Wissen, Eisbohrkerne, die weder bluffen noch lügen – es sieht ganz so aus, als würde die nahe Zukunft einen Tribut fordern, zumal kaum noch ein ernsthafter Klimaforscher an dieses raffinierte, steuergenerierende Konstrukt der CO₂-Schäden glaubt (und daher auch keiner den Posten im Weltklimarat bekleiden möchte). Auch ich als Autofahrerin, Wanderin und Flugpassagierin kann nach all den Jahrzehnten der Alarmierung nirgends einen sichtbaren Schaden erkennen. Die Welt zeigt sich mir ausserhalb der bekannten Wüsten nach wie vor und überall in sattem Grün. *Hanna Willmann, Basel*

Entgleiste Politik

Nr. 42 – «Warnung vor der Tyrannei»; Bassam Tibi über die politische Kultur der Angst

Der Autor ist einer jener vielen Migrant*innen, auf die Deutschland besonders stolz sein kann. Seine Beobachtungsgabe und seine klaren Analysen ermöglichen es ihm, als Warner aufzutreten, dem regierungsseitig dringend mehr Beachtung geschenkt werden sollte. Danke der *Weltwoche* für diesen wichtigen Beitrag.

In Deutschland werden in der Tat politisch Andersdenkende regelrecht unterdrückt, man kann es als beginnende Tyrannei bezeichnen. Wer als Bürger seine Sorgen über die gegenwärtigen politischen Entwicklungen äussern möchte, findet kaum eine Plattform. Er wird sehr schnell in die rechte Ecke gedrängt oder nach Dunkeldeutschland umgesiedelt. Wie sehr müssen die herrschenden Politiker verunsichert sein, wenn sie die Meinungsvielfalt der Bürger unterdrücken? Doch jede Tat hat bekanntlich ihre Folgen. So wird der Rechtsruck gefördert, den die Herrschenden ja besonders fürchten. Da es in Deutschland keine liberale Partei mehr gibt, müssen sich die Unzufriedenen notgedrungen jenen Gruppen zuwenden, die man politisch bewusst ausgrenzt. Es gärt im Volk, und die völlig entgleiste deutsche Flüchtlingspolitik wirkt dabei wie ein Treibmittel. *Michael W. Rink, Merlischachen*

Dem Autor muss ich in jedem Punkt Recht geben, und ich würde es befürworten, wenn dieser Artikel in den deutschen Medien erschiene, da das deutsche Grundgesetz die Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1), die Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2) garantiert. Es ist bis heute nicht erörtert worden, wie die Integration von Flüchtlingen in Deutschland vonstattengehen soll. Auch die zusätzlichen Kosten nicht, die dabei entstehen und für die höchstwahrscheinlich die Deutschen Bürger aufkommen müssen. Ich

selber bin Deutsche und habe 13 Jahre in Hamburg gelebt. In Grossstädten wie Hamburg ist heute schon eine Gettoisierung ersichtlich, die aufzeigt, dass die Integration vieler Zugewanderter gescheitert ist. Und die Zukunft wird durch die Zuwanderung nicht besser werden, ganz im Gegenteil. Armes Deutschland!

Nancy Schubert, Oberglatt

Unglückliches Pseudonym

Nr. 42 – «Gefährliche Brüder»; Alex Reichmuth über Gewalt in Zug

Im Artikel «Gefährliche Brüder» von letzter Woche war von einer Familie unter dem Pseudonym «Krasniqi» die Rede. Offenbar hat dies zu Verwechslungen geführt. Die Redaktion weist nochmals darauf hin, dass die erwähnte Familie in Wirklichkeit einen anderen Namen trägt, und entschuldigt sich für entstandene Unannehmlichkeiten. *Die Redaktion*

Nur noch golfen?

Nr. 41 – «Mit Putin leben»; Max Hastings über den Präsidenten Russlands

Journalisten sollen Ecken und Kanten haben und müssen völlig offen ihre Meinung äussern können. Aber sie tragen eine Verantwortung, und dazu gehört auch, wahrhaftig zu sein und Anstand zu haben. Die harsche Kritik am amerikanischen Präsidenten Obama von Max Hastings gehört zur journalistischen Freiheit und trägt zur Meinungsfindung bei. Aber der folgende Satz ist nicht nur arrogant und despektierlich, sondern auch komplett falsch: «Präsident Obama scheint es zu genügen, die letzten beiden Jahre seiner Präsidentschaft mit Golfspielen zu verbringen.» Der amerikanische Präsident trägt eine riesige Verantwortung. Seine vielfältigen Aufgaben verlangen eine umfassende Präsenz, und sein Terminkalender ist bestimmt randvoll. Also auf welcher journalistischen Recherche und Sorgfalt basiert dieser Satz? Auf einer solchen Grundlage hat das vernichtende Urteil über die Obama-Präsidentschaft wenig Überzeugungspotenzial. *Hugo Engeler, Zürich*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Leserblitz

Klassenbewusstsein

Grenzüberschreitende Erfahrungen in der S-Bahn.

Von Urs Meyer

Was Marx und Engels nicht vermochten, die SBB schafften es. Klassenbewusstsein zeichnet Proletarier aus. Klassenbewusstsein ist aber auch eine anthropologische Grundgrösse, wie mir die Begegnung mit einem Kontrolleur in der S-Bahn nach Zürich klarmachte.

Mein Kollege und ich sassen widerrechtlich in der 1. Klasse und damit definitiv in der Falle. Personalien werden aufgenommen. Ein Ausweis soll vorgelegt werden. Mein Kollege zeigt sich von der renitenten Seite. Politisch nicht ganz korrekt, verweist er auf jene Asylbewerber, die beim Grenzübertritt ihre Ausweispapiere wegwerfen. Und nun soll er als genuiner Schweizer sich ausweisen müssen? Und zwar gegenüber einem Kontrolleur, dessen Migrationshintergrund sich nicht übersehen lässt! An diesem Punkt wird fehlendes Klassenbewusstsein schnell politisch, und die Situation droht zu eskalieren. Ein Besuch auf dem Polizeiposten in Zürich wird in Aussicht gestellt. Die Faust erheben als Zeichen der Arbeiterklasse?

Ich versuche, die Wogen zu glätten. Vor allem aber wollte ich den Anschluss nach Kloten nicht verpassen. Die Aussicht auf ein allfälliges Polizeiverhör liess die Hoffnung schwinden, beizeiten im Stadtsaal von Kloten zu sein, wo Roger Köppel einen Vortrag hielt; sein Thema: «Mein Weg in die Politik». Ich stelle dem Kontrolleur vor Augen, welch wunderbarer Stoff unsere Auseinandersetzung hier in der S-Bahn für die an das Referat anschliessende Diskussionsrunde in Kloten sein werde. Der Kontrolleur meint überrascht: Er lese die *Weltwoche* ebenfalls. Ein S-Bahn-Kontrolleur, der seinerseits Klassengrenzen überschreitet? Wir erfahren, dass der Vater von Herrn Hasiri* Südosteuropa-Korrespondent der NZZ war.

Mein Kollege hat unterdessen doch noch ein Ausweispapier gefunden. Herrn Hasiri ist es wichtig, mich mit Handschlag zu verabschieden. Mir auch. Die SBB lassen tags darauf dosiert Kulanz walten. Nach telefonischen Verhandlungen reduziert sich die Sanktion für fehlendes Klassenbewusstsein um ganze Fr. 40.–, von Fr. 75.– auf Fr. 35.–. Immerhin. Unser Klassenbewusstsein ist jetzt zu reduziertem Preis nachhaltig gestärkt worden. Klassengrenzen verlaufen nicht immer dort, wo man sie erwartet.

* Name geändert

Erstickte Krankenkassen

Bundesrat Alain Berset schränkt die Bewegungsmöglichkeiten der Krankenversicherer immer mehr ein. Seine Politik kommt dem Konzept der Einheitskasse näher und näher.

Von Beat Gygi

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat vorletzte Woche quasi die Rolle einer Konsumentenschutzorganisation übernommen und der Öffentlichkeit eine Art Schönheitswettbewerb der Krankenkassen präsentiert. Das Amt publizierte eine Rangliste, in der die rund sechzig Krankenversicherer der Schweiz nach ihrer Kundenfreundlichkeit in Finanzsachen klassiert worden waren. Es ging um die Frage, wie lange Patienten nach dem Bezahlen ihrer Arztrechnung auf die Rückerstattung des Betrags durch die Krankenkasse warten mussten. Ergebnis der Studie war, dass die Kassen fürs Prüfen der Rechnung und die Rückerstattung im Durchschnitt rund zehn Tage brauchten, bis die Überweisung erfolgte.

Interessanter als der Durchschnittswert war allerdings die Streuung der Fristen. Es gab in den überprüften Fällen die ganz raschen Versicherer, die nur einen Tag oder wenig mehr brauchten, bis das Geld an die Kunden ging. Daneben gab es träge Kassen, die ihre Versicherten drei bis vier Wochen auf die Rückerstattung warten liessen. Schlusslicht der Rangliste war die Assura, die sich für die Zahlung im Durchschnitt 34 Tage Zeit liess. Das Bundesamt stellte die Firma denn auch gleich an den Pranger und liess in seiner Mitteilung verlauten, man habe Abhilfemassnahmen gefordert, und die Assura habe Besserung für das zweite Semester 2015 versprochen. Die Medienberichte darüber trugen grossenteils Titel wie: «Bei der Assura warten die Kunden am längsten».

Diese Studie des Bundesamts erweckt den Eindruck, die Verwaltung sei Anwalt der Versicherten und Patienten, ein Amt im Dienste der Prämienzahler, das nachlässigen Krankenkassen den Marsch bläst und beherzt die Bürgerinteressen schützt. In Wirklichkeit geht es um etwas anderes. Diese Bundesstudie ist eine

Bersets Gesundheitspolitik bietet wenig Platz für die Praxis der Marktwirtschaft.

raffinierte Aktion einer Verwaltungsstelle, um die Krankenkassen in ein bestimmtes Licht zu stellen. Unschwerflich wird nämlich die Botschaft vermittelt: Die zentrale Aufgabe der Krankenkassen ist das rasche und richtige Regeln von Behandlungs- und Pflegekosten für die Versicherten – wenn das gut funktioniert, ist die Kasse gut, wenn die Leute zu lange auf das Geld warten müssen, dann muss der Staat eingreifen.

Damit fördert das BAG die Ansicht, die Versicherer seien im Gesundheitswesen eigentlich primär als Zahlstellen zu verstehen und nicht als eigenständige Makler, die für ihre Kunden möglichst sinnvolle und günstige Gesundheitsleistungen zusammenstellen sollten und dafür unternehmerischen Spielraum brauchen. In der Studie der Verwaltungsleute kommt beispielsweise nicht zur Sprache, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Prämienhöhe

und Geschwindigkeit bei der Rückerstattung, dass also günstigere Prämien mit etwas weniger Eilfertigkeit bei der Gelderstattung gekoppelt sein können. Die Autoren des Bundesamts blenden solche Variationen, die sich in Märkten automatisch und nach den Wünschen der Leute in vielfältiger Weise ergeben, einfach aus. Sie tun so, als ob alle Kassen gleich wären.

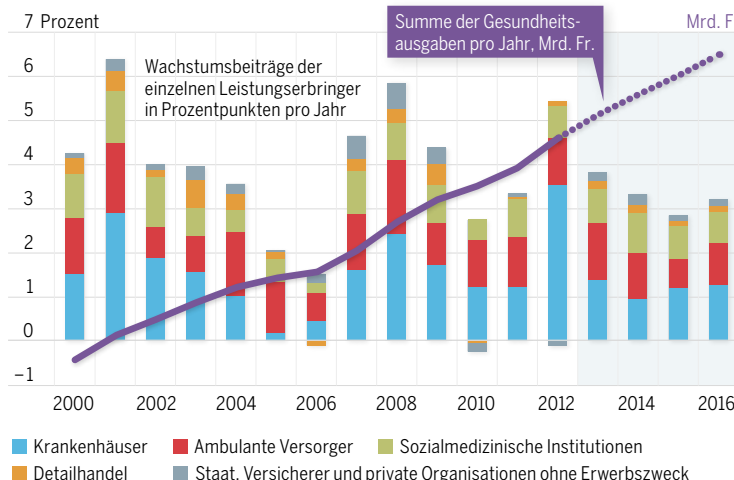
Wachsende Geschäfte

Das passt genau zu der von Bundesrat Berset dirigierte Gesundheitspolitik, die wenig Platz bietet für die Praxis der Marktwirtschaft. Das betrifft ein grosses und immer grösser werdendes Gebiet der Volkswirtschaft. Die erste Grafik zeigt, wie rasch die Gesundheitsausgaben in der Schweiz am Wachsen sind, und zwar seit langem. Vor dreissig Jahren summierten sich die obligatorischen und freiwilligen Ausgaben auf etwa 20 Milliarden Franken pro Jahr, heute, eine Generation später, sind es rund 70 Milliarden. Das entspricht mehr als einem Zehntel des Bruttoinlandsprodukts.

Und alle Leistungserbringer erfreuen sich anhaltend wachsender Geschäfte. Ärzte, Spitäler und sozialmedizinische Institutionen haben Jahr für Jahr spürbar an Bedeutung gewonnen. Der obligatorische Teil der Krankenversicherung macht alles in allem über die Hälfte aus, und das entsprechende Prämienvolumen der Krankenkassen erreichte jüngst rund 25 Milliarden Franken pro Jahr. Die Anzahl der Krankenkassen hingegen hat Jahr für Jahr abgenom-

Gesundheitssektor – Ansammlung von Wachstumsgeschäften

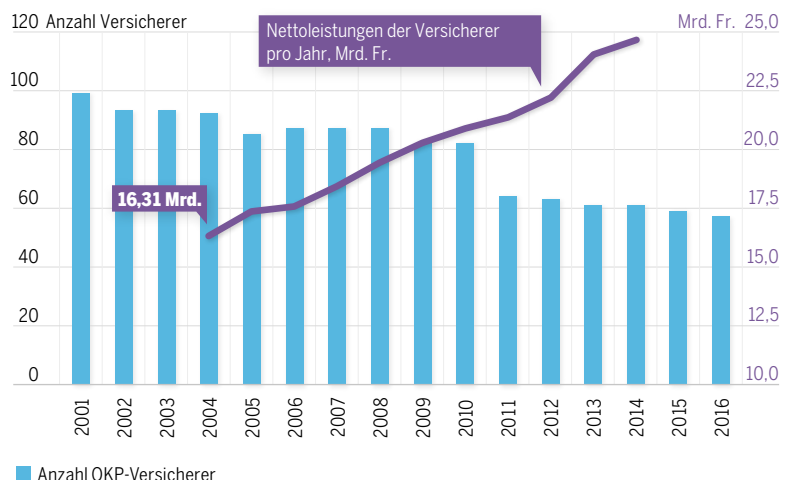
Jährliche Entwicklung der Gesundheitsausgaben in der Schweiz



Zunahme der Gesundheitsausgaben seit dem Jahr 2000.

Konsolidierung im Krankenkassenmarkt

Die Versicherer in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP)



Immer weniger Krankenkassen.



Vereinheitlichung als Ziel: Gesundheitsminister Berset (l.), BAG-Direktor Strupler.

men, da es immer wieder Zusammenschlüsse gab. Das Brisante daran ist nicht, dass diese Zahl abnimmt. Alarmierend ist vielmehr, dass man im Departement die Zahl sechzig offenbar nicht als Ausdruck der Vielfalt und des Wettbewerbs ansieht.

Bersets Äusserungen im Parlament etwa zum Krankenkassen-Aufsichtsgesetz zeigen, wie wenig er von einem System hält, das durch eine Vielfalt von Krankenkassen und durch Wettbewerb unter diesen geprägt ist. Vielmehr scheint er im Grunde immer irgendwie das Konzept der Einheitskrankenkasse im Kopf und vor Augen zu haben, auch wenn dieses in Volksabstimmungen wiederholt abgelehnt wurde. Aus dieser Sicht sind die knapp sechzig heute noch existierenden Krankenkassen wahrscheinlich nichts anderes als sechzig ähnliche Teile einer möglichen Einheitskrankenkasse oder zumindest eines staatlichen Versicherungs- und Gesundheitsmanagementsystems, das man nach einheitlichen Regeln führen kann.

Das BAG mit Direktor Pascal Strupler ist interessiert daran, den unternehmerischen Spielraum der Krankenkassen bei jeder sich bietenden Gelegenheit einzuschränken und dadurch die Befugnisse von Bund und Kantonen zur zentralen Steuerung des Gesundheitswesens auszubauen. In jüngerer Zeit sind etli-

che Vorhaben auf den Weg gebracht worden, die den Handlungsspielraum der Krankenkassen einschränken sollen.

Zurzeit befindet sich ein Vorschlag zur Streichung von Wahlfranchisen und zur Reduktion von Rabatten bei Krankenkassenprämien in der Vernehmlassung, die Frist für Rückmeldungen läuft noch. Mit der Franchise – zulässig sind heute bestimmte Beträge zwischen 300 und 2500 Franken – können Versicherte jenen Betrag wählen, den sie pro Jahr selber bezahlen wollen, bevor sie Arzt- oder Spitalkosten ihrer Krankenkasse zum Begleichen übergeben. Wer einen hohen Betrag als Franchise wählt, wird von der Kasse mit einer niedrigeren Prämie belohnt. Nun haben Bersets Experten den Vorschlag gemacht, dass Franchisen von 1000 und 2000 Franken pro Jahr nicht mehr zulässig sein sollen.

Das Hauptargument der Bundesbürokratie lautet, dass man die Wahlmöglichkeiten der Bürger einschränken wolle, um das System der Krankenversicherung einfacher und für die Kunden übersichtlicher zu gestalten. Bundesexperten halten offenbar wenig von Computern und im Internet zugänglichen Vergleichsdiensten, mit denen man sich einen Überblick über Krankenkassenangebote verschaffen kann. Würde man Bersets Argumente auf den

Einzelhandel anwenden, müsste man sagen, dass Migros und Coop zu viele einzelne Produkte und Preise in ihren Läden haben und das Angebot deshalb reduziert werden müsse. Das Ideal von Einfachheit wäre wohl der Einheitspreisladen.

Spielraum wird verringert

Kurzfristig zielt das Kalkül der Bundesexperten aber vor allem auch darauf ab, mehr Geld aus den Versicherten herauszuholen. Wie im beiliegenden Textkasten dargelegt, wird das Streichen von Franchisen das Gesundheitswesen insgesamt teurer machen, da man mit dem Verbieten der 2000-Franken-Franchise viele Versicherte in tiefere Prämienklassen drängen wird, in denen sie mehr bezahlen müssen – aber mit hoher Wahrscheinlichkeit auch mehr Gesundheitsleistungen konsumieren. Ähnlich dürfte sich die vorgesehene Senkung der Prämienrabatte auswirken.

Gewiss, auch dies ist kein riesiger Schritt zur Vereinheitlichung und zentralen Lenkung. Aber es ist bereits das dritte Mal innerhalb weniger Jahre, dass der Spielraum für Wahlfranchisen verringert wird. So wird es für Krankenkassen immer schwieriger, patientengerechte Angebote zusammenzustellen und zu verkaufen. >>>

Gierig auf Prämien

Transparenz-Argumente zur Verschleierung der Umverteilungslust.

Was der Bundesrat als Änderung der Krankenversicherungsverordnung entworfen und zur Anhörung verschickt hat, soll offenbar das Publikum täuschen. Alain Bersets Administration will den Variationsspielraum von Krankenkassen und die Wahlmöglichkeiten von Versicherten einschränken, um die Vereinheitlichung zu fördern und mehr Prämienfelder zum Umverteilen zu haben. Sie schiebt aber verkaufs- und versicherungstechnische Gründe vor. Der Bericht beginnt mit der Schilderung des Problems, laut dem es heute in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung etwa 250 000 individuelle Prämien gebe, etliche würden schwach nachgefragt. Geboten sei deshalb eine «Systemvereinfachung», eine Reduktion der Anzahl möglicher Prämien, Transparenz helfe den Versicherten, sich in der Tarifvielfalt zurechtzufinden.

Als zweites Problem gilt die Solidarität zwischen den Versicherten. Das heutige System sei in Ordnung, aber bei hohen Wahlfranchisen dürfe der Rabatt nicht zu gross sein, denn dies könne die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken schwächen. Franchisen sind die Krankheitskosten, die ein Versicherter pro Jahr selber bezahlt, nur Beträge darüber hinaus gehen an die Krankenkasse. Die Spanne reicht von 300 bis 2500 Franken. Zur Lösung beider «Probleme» schlägt der Bundesrat vor, Wahlfranchisen von 2000 und 1000 Franken abzuschaffen und die maximalen Rabatte bei den (weiterhin zugelassenen) Franchisen von 1500 und 2500 Franken zu kürzen.

Worum geht es aber wirklich? Die Hauptwirkung des Vorschlags dürfte darin bestehen, dass die Gesamtsumme der von den Versicherten bezahlten Prämien steigt. Wer nämlich aus einer 1000- oder 2000-Franken-Franchise gedrängt wird, wird Tarifen mit niedrigen Franchisen zuneigen und dann entsprechend mehr Prämien bezahlen. Bersets Prämienwünsche dürften dennoch unerfüllt bleiben. Teilnehmer der bis 19. November laufenden Anhörung weisen darauf hin, dass Versicherte mit niedrigen Franchisen geringe Sparanreize hätten und entsprechend mehr Leistungen bezögen, was die Kosten in die Höhe treibe. *Beat Gygi*



Die Regelungsliebhaber setzen sich doch noch durch: Werbung für die Einheitskasse.

Und vor allem: In die gleiche Richtung geht ein Gesetzespaket, das tatsächlich riesig, aber noch nicht richtig sichtbar ist, weil dessen Entfaltung erst noch bevorsteht. Unter dem Titel Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz (KVAG) hat das Parlament Ende 2014 ein siebzigseitiges Gesetz zum staatlichen Management der Krankenkassen verabschiedet. Diese Vorlage war seinerzeit noch unter der Leitung von FDP-Bundesrat Didier Burkhalter entworfen und vors Parlament gebracht worden; sie war zunächst als Gegenvorschlag zu der von linker Seite gestarteten Initiative für eine Einheitskasse gedacht.

Hemmungen nur zu Beginn

Das Gesetz soll die Krankenversicherer einer intensiveren Kontrolle unterwerfen. Man will die Unternehmensführung bei Kassen modernen Standards anpassen und die Aufsicht über die Geschäfte der Kassen systematischer und strenger einrichten. Und das Bundesamt für Gesundheit soll die Ausgestaltung der Prämien so detailliert unter Kontrolle stellen, dass die staatlichen Experten beurteilen können, ob die Prämien richtig angesetzt sind. Sie dürfen «nicht zu hoch und nicht zu niedrig» sein.

Am Anfang hatten sich noch gewisse Hemmungen gezeigt: Der Nationalrat wollte zwischendurch darauf verzichten, neben dem Krankenversicherungsgesetz einen zweiten Gesetzesmoloch zu erstellen. Dann setzten sich aber die Regelungsliebhaber durch, und die Gesetzesproduktion nahm ihren Lauf. Die SVP stimmte dagegen, der Rest der Parteien war fast vollständig dafür. Nun wartet die Branche auf die entsprechende Verordnung dazu, auf die KVAV, die Anfang 2016 in Kraft

treten soll. Es zeichnet sich eine Regulierungsorgie ab. Die kürzlich erfolgte Vernehmlassung zur Verordnung hat gezeigt, dass Bersets Departement unbeirrbar auf dem Weg in Richtung Zentralisierung und Vereinheitlichung bleibt. Bersets Verwaltung ist es offenbar gelungen, die paar Flexibilisierungen, die das bürgerliche Lager seinerzeit ins Gesetz eingebracht hatte, in der Verordnung wieder zu beseitigen. Im Entwurf zur Verordnung sind erheblich schärfere Überwachungsmechanismen vorgesehen als im Gesetz. Krankenkassen werden für die Gestaltung der Prämien künftig noch weniger Spielraum haben. Das Bun-

Die Prämien dürfen «nicht zu hoch und nicht zu niedrig» sein.

desamt will noch mehr als bisher dreinreden, wenn es darum geht, Prämien «nicht zu hoch» und «nicht zu niedrig» anzusetzen. Unter anderem soll verlangt werden, dass die Prämien in jedem einzelnen Jahr gerade den Kosten entsprechen.

Der nächste Schritt, den Berset mit den Versicherern vorhat, betrifft die Trennung zwischen Grund- und Zusatzversicherung, ebenfalls ein zentraler Gedanke aus dem Dunstkreis der früheren Einheitskassendiskussionen. Auch in dieser Hinsicht könnte er erfolgreich sein. In derart engen Spielräumen können Krankenkassen eigentlich nur ihre Geschäfte führen, wenn sie sich als Zahlstellen und nicht als Unternehmen verstehen, die im Wettbewerb auf neue Ideen kommen müssen, wenn sie überleben wollen. ○

Innovation statt Bürokratie

Das Volk ist mit dem Gesundheitssystem insgesamt zufriedener denn je zuvor. Wer staatliche Interventionen zulässt oder fordert, darf sich nicht über schwindende Handlungsspielräume beklagen.

Von Pius Gyger



Das Programm «Gesundheit 2020» des Bundesrats legt die Prioritäten der Gesundheitspolitik für die nächsten acht Jahre fest. Ziel ist, «das Schweizer Gesundheitssystem optimal auf die kommenden Herausforderungen auszurichten und gleichzeitig bezahlbar zu halten».

Hinter dem Begriff «bezahlbar» steht das Versprechen, «die Kostenexplosion zu bekämpfen». Es wird auch regelmässig gewarnt, der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandprodukt (BIP) steige auf ein inakzeptables Niveau. Es gibt Stimmen, die einen Anstieg dieses Anteils von heute 11 auf über 16 Prozent in zehn Jahren prognostizieren. Von 1996 bis 2011 stieg dieser aber nur von 9,7 auf 11,5 Prozent – trotz der behaupteten «Kostenexplosion».

Laut gängiger Argumentation «explodieren» die Gesundheitskosten wegen der technischen und demografischen Entwicklung, wegen der Marktmacht der Anbieter sowie der steigenden Ansprüche der Patienten. Aber stimmt das? Kann man nicht von einer steigenden Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft und der einzelnen

Viele Gesundheitsakteure machen beim Regulierungsspiel des Staates munter mit.

Bürger ausgehen? Erfolgen medizinisch-technische Entwicklungen und Innovationen nicht deswegen? Wächst der Gesundheitsmarkt und werden medizinische Ergebnisse nicht darum immer besser, weil die Zahlungsbereitschaft da ist, die solche Anstrengungen belohnt? Zugegeben: Fast zur Hälfte fusst diese Zahlungsbereitschaft auf einem Versicherungsobligatorium. Das Volk lehnt grundlegende Systemänderungen wie die Einheitskasse aber ab. Gleichzeitig ist es mit dem Gesundheitssystem insgesamt zufriedener denn je zuvor.

Warum also die grosse Zahlungsbereitschaft verteufern? Warum soll eine Gesellschaft mit steigendem Wohlstand nicht mehr für jene Bereiche ausgeben, die ihr besonders wichtig erscheinen? Entsprechen die steigenden Kosten nicht einfach den realen Präferenzen unserer Wohlstandsgesellschaft? Von 2000 bis 2012 stieg das Bruttoeinkommen eines durchschnittlichen Haushaltes um 19 Prozent auf etwas über 10 000 Franken pro Monat. Die Aus-

gaben für Verkehr, Unterhaltung und Nachrichtenübermittlung sind je um über 30 Prozent gestiegen. Die Krankenkassenprämien (Grundversicherung und Zusatzversicherungen) sowie die Gesundheitsausgaben aus dem eigenen Portemonnaie sind gleichzeitig um 26 Prozent gestiegen, von 783 auf 987 Franken. Die Konsumausgaben sind währenddessen aber um 840 Franken gewachsen. Darum ist es zweifelhaft, gesundheitspolitische Massnahmen primär mit der Bekämpfung einer zerstörerischen Kostenexplosion zu begründen.



Lösungen sind an der Basis zu erarbeiten.

Nun soll nicht der Eindruck erweckt werden, im Gesundheitssystem stehe alles zum Besten und die steigende Steuer- und Prämienlast sei keine politische Herausforderung. Auch wenn sich die Schweiz das Kostenwachstum im Schnitt ohne Wohlstandsverlust leisten kann, heisst das nicht, dass die Belastung für Einzelne kein Problem darstellt. Aber das ist eine Frage der Lastenverteilung. Hier agiert die Politik oft ohne klares Konzept. Die Verteilungspolitik im Gesundheitswesen ist ein Flickenteppich. Statt Transparenz zu schaffen, setzt sie sich aus zufälligen Einzelsprüngen zusammen – je nachdem, woher gerade der Wind weht. Man denke etwa

an die Diskussion betreffend eine Reduktion der Franchisenstufen und Prämienrabatte.

Mit gutem Beispiel voran

Ohne Zweifel soll der Staat einen Rahmen und Anreize für eine effiziente Versorgung schaffen. Kollektiv finanzierte Überversorgung und Verschwendung sind zu verhindern. Aber immer öfter schießen die Behörden über das Ziel hinaus, indem sie die Versorgungsprozesse detailliert regulieren, die den Medizinalberufen beziehungsweise den in der Versorgung tätigen Unternehmen vorbehalten bleiben sollten. Beispiele sind die bundesstaatlichen Eingriffe in den Arzttarif oder die staatliche Angebotsplanung. Diese staatliche Einmischung in den «Produktionsbereich der Gesundheitswirtschaft» führt dazu, dass Innovationen verhindert statt gefördert werden, unterbinden Diktate von oben doch solche: Bürokratie verdrängt Unternehmertum.

Viele Gesundheitsakteure und ihre Verbände machen beim Regulierungsspiel des Staates munter mit. Die kurzfristige Optimierung der eigenen Interessen im politischen Prozess («political rent seeking») scheint erfolgversprechender, als konstruktive Kompromisse unter den Akteuren zu suchen.

Gegenläufiges Beispiel sind die wenigen Vertragskliniken mit ihren Belegärzten, die sich freiwillig der staatlichen Planung entziehen. Aufgrund der fehlenden kantonalen Gelder haben sie zwar einen Wettbewerbsnachteil in den Verhandlungen mit den Versicherern, obwohl sie genauso zur Versorgung der Bevölkerung beitragen. Im Gegenzug erhalten sie aber mehr Spielraum dafür, sich an den Kundenbedürfnissen auszurichten.

Leider werden die Beispiele staatlich erhörter Bitten aber immer zahlreicher. Dieser Trend muss gestoppt werden. Die Gesundheitsakteure sollen sich für Eigenverantwortung engagieren und mit gutem Beispiel vorangehen. Statt für jeden Tarifkonflikt den Staat anzurufen, sollen sie die Vertragsautonomie selbständig nutzen. Lösungen sind an der Basis zu erarbeiten. Wer staatliche Interventionen zulässt oder fordert, darf sich nicht über schwindende Handlungsspielräume und mangelnde Innovationen beklagen.

Pius Gyger ist Gesundheitsökonom und Berater.



Tiefe Fixlöhne, hohe Boni: Investor Lemann.

Der Sportsmann aus Leblon

Mit 27 fast bankrott, ist Jorge Paulo Lemann fünfzig Jahre später einer der vermögendsten Schweizer und Herr über das weltgrösste Bierimperium AB In Bev, das gerade zum Sprung auf den Konkurrenten SAB Miller ansetzt. Wer ist der Mann, der diskret in Rapperswil-Jona lebt? *Von Florian Schwab*

«Es hat ein paar Jahre gedauert, bis die Leute gemerkt haben, wer hier eingezogen ist», erinnert sich nicht ohne Stolz der ehemalige Stadtpräsident von Rapperswil-Jona und heutige St. Galler Regierungspräsident Beni Würth (CVP). Er hat vor sechzehn Jahren die Ansiedlung des brasilianischen Milliardärs Jorge Paulo Lemann begleitet. Nach der versuchten Entführung seiner Kinder auf dem Schulweg in Brasilien zog dieser mit Frau und Kindern an den Zürichsee. Ein Jahr zuvor, 1998, hatte er der Credit Suisse seine brasilianische Investmentbank Garantia verkauft, um sich fortan auf seine Beteiligungen in der Bier- und Lebensmittelindustrie zu konzentrieren.

3G heisst die Beteiligungsgesellschaft, die er mit zwei langjährigen Weggefährten aus Garantia-Zeiten gegründet hat und die seit einigen

Jahren gestandene nordamerikanische Grosskonzerne in Serie aufkauft. Der erste Coup war 2008 die Übernahme des Bierbrauers Anheuser-Busch gegen den erbitterten Widerstand der Gründerfamilie und der Politik. Als «Schande» bezeichnete US-Präsident Barack Obama den brasilianischen Griff nach dem Hersteller von Budweiser («The Great American Lager»). Und es kam noch dicker: Zwei Jahre später übernahm Lemanns Beteiligungsfirma ein anderes Unternehmen mit amerikanischer Strahlkraft: Burger King. 2014 folgte, gemeinsam mit Warren Buffetts Berkshire Hathaway, die Übernahme des Ketchup-Herstellers H. J. Heinz, der sich im Juli 2015 seinerseits zu einer Fusion mit der Kraft Foods Group anschickte.

Kaum hatte Lemann seinen Wohnsitz in der Schweiz aufgeschlagen, stand der Zuzügler

aus Brasilien im Visier der *Bilanz*-Liste der 300 reichsten Schweizer. Die Zahlen, die anfänglich herungereicht wurden, waren aber nicht derart eindrücklich, dass sie besondere Aufmerksamkeit erweckt hätten. Auf vielleicht 700 Millionen US-Dollar wird der Investor um die Jahrtausendwende geschätzt. Mit der relativen Ruhe ist es 2012 vorbei. Die *Bilanz* vermutet einen Vermögenssprung auf 17 bis 18 Milliarden US-Dollar und versieht den Investor mit einem Etikett, das er nicht mehr loswird: der zweitreichste Schweizer zu sein, gleich nach dem Ikea-Gründer Ingvar Kamrad. Das amerikanische Magazin *Forbes* ruft ihn zum reichsten Mann Brasiliens aus.

Das weckt die Neugier der Öffentlichkeit. Die Finanz- und Wirtschaftspresse des Landes verfolgt gebannt jedes Investment von Jorge Paulo

Lemann, des «Bierbarons», wie sie ihn nennt. Momentan sorgt er für Aufruhr, weil er mit seiner AB In Bev den Bierhersteller SAB Miller kaufen will. Bereits heute ist AB In Bev mit knapp zwanzig Prozent Weltmarktanteil der grösste Bierkonzern. Mit der Übernahme der bisherigen Nummer fünf, SAB Miller, entstünde ein Gigant, der jedes dritte Bier gebraut hätte, das auf der Welt ausgedient wird.

Im Schweizer Davis-Cup-Team

Jorge Paulo Lemann selbst trinkt kein Bier und auch sonst keinen Alkohol. Er gilt als asketische Erscheinung. Der Genfer Privatbankier Bénédic Hentsch lobt Lemann als «Sportsmann durch und durch». Hentsch lernte den Brasilianer schätzen, als er während mehr als zehn Jahren in Brasilien für den Morgan Guaranty Trust of New York (die heutige Investmentbank J. P. Morgan) arbeitete und sich auf denselben Märkten bewegte wie Lemanns Garantia. Ein «hervorragender Geschäftsmann» sei der Brasilianer, sagt Hentsch. Er war so beeindruckt von Lemanns «Leadership», dass er

Mit seiner Bank Garantia hat er viele Nobodys zu Multimillionären gemacht.

enge geschäftliche Bindungen suchte und gar den Kauf von Garantia durch J. P. Morgan anvisierte. Doch Lemann schlug das Angebot Mitte der 70er-Jahre aus. «Die schwerste Entscheidung meines Lebens», wie er später sagen sollte. Von der Persönlichkeit her eher ein ruhiger Typ, denke Lemann in allen Facetten des Geschäftslebens überaus leistungsorientiert, so Hentsch.

Wie ein anderer Wirtschaftsmann, der ihn persönlich kennt, bestätigt, lebt Lemann nach dem angelsächsischen Motto «Do few things but do them well». Mehr noch: Sehr gut zu sein, genügt Lemann nicht. Er will der Beste sein. Als Lemann im Jahr 1962 – frisch ab Studium – ein paar Monate in Genf bei der Credit Suisse arbeitete, wurde er in die Schweizer Tennis-Delegation für den Davis-Cup berufen. Beim Wettkampf merkte er, dass er es nicht unter die Top Ten der Welt schaffen würde. Also verlagerte er seinen Schwerpunkt auf ein Tätigkeitsfeld, in dem er mit Zeit, Geduld und nach etlichen Rückschlägen zum Allerbesten werden konnte: den Aufbau eines Firmenimperiums. Heute bewegt er sich auf einer Stufe mit US-Starinvestor Warren Buffet, der ihn seinen Freund nennt. Und auch im Tennis ist er eine Nummer eins: Vor zwei Jahren errang Jorge Paulo Lemann den Titel eines Seniorenmeisters an den Schweizer Interclub-Meisterschaften.

Der brasilianisch-schweizerische Doppelbürger wurde 1939 in Leblon geboren, einem noblen Ortsteil von Rio de Janeiro. Sein Vater, der einer Käsehändlerdynastie in Langnau im Emmental

entstammte, war im Jahr 1913 für den Schweizer Schuhfabrikanten Bally nach Brasilien gezogen. Später hatte es die Familie im Kakaoanbau zu einem gewissen Wohlstand gebracht und gehörte zu den besseren Kreisen der Gesellschaft. Man besuchte die American School in Rio und konnte an amerikanischen Eliteuniversitäten studieren. Anlässlich seines Collegeabschlusses wurde Lemann von seinen Jahrgangsmitschülern in weiser Voraussicht zum «Most likely to succeed»-Absolventen gewählt.

Nach dem Harvard-Abschluss fing er bei der Credit Suisse in Genf eine Tätigkeit an, die ihm aber aufgrund der starren Strukturen nicht zusagte und die sich gar zu einem «kleinen Albtraum» auswuchs, wie seine Biografin schreibt, die brasilianische Journalistin Cristiane Correa. Er kehrte nach Brasilien zurück und stieg bei einer kleinen Finanzunternehmung als Partner ein. Damals, in den sechziger Jahren, war die brasilianische Wirtschaft und insbesondere der Finanzsektor überaus kartellisiert. Um eine Börsenhändlerlizenz zu erhalten, musste man jahrelang warten und viel Geld bezahlen. Lemann brach das Kartell auf: Seine Firma zog einen ausserbörslichen Handel mit Aktien auf und verärgerte damit die etablierten Börsenhändler. Bei einem Börsenbesuch wurde Lemann regelrecht hinausgeworfen. Obwohl die Anfänge vielversprechend waren, verlor die Firma die Kosten aus den Augen. Die Unternehmung ging bankrott, und der 27-Jährige stand vor dem Nichts. Nach ein paar Jahren Arbeit für verschiedene Finanzfirmen hatte Lemann 200 000 US-Dollar angespart, mit denen er Garantia gründete.

Eiserne Prinzipien

Nach Überzeugung von Lemanns Biografin war die finanzielle Nahtoderfahrung prägend für das Kostenbewusstsein, das fortan die Engagements von Jorge Paulo Lemann auszeichnen sollte und für das er berühmt-berüchtigt wurde. Als Lemann, um ein Beispiel zu nennen, Anfang der neunziger Jahre den brasilianischen Bierhersteller Brahma kaufte – sein erster Anker im Biergeschäft –, liess er die Bürowände der gutgepolsterten Chefetage niederreißen, verkleinerte das Management und liess auch das Sekretariat auf ein Minimum reduzieren. Fortan flog nicht einmal der Chef Business-Class. Dieses Muster sollte sich durchsetzen bei den Investments der nächsten Jahre: Man kann immer noch etwas einsparen, besonders bei den administrativen Kosten. Für Manager, die üppige Privilegien gewohnt sind, wird es ungemütlich, wenn Jorge Paulo Lemann eine Firma ins Visier nimmt.

Lemann hat es zu seinem eisernen betriebswirtschaftlichen Prinzip gemacht, tiefe Fixlöhne und hohe Boni zu bezahlen. Die Boni werden zudem in Firmenanteilen (Aktien) ausbezahlt, die für etliche Jahre unverkäuflich sind. Ein sehr einfaches Konzept, das die Mitarbeiter an die Firma bindet und sie am Erfolg

teilhaben lässt. Und der Erfolg ist Lemanns ständiger Begleiter. Wer sich auf sein unbedingtes Leistungsprinzip einlässt, kann es weit bringen. Mit Garantia hat er viele Nobodys zu Multimillionären gemacht.

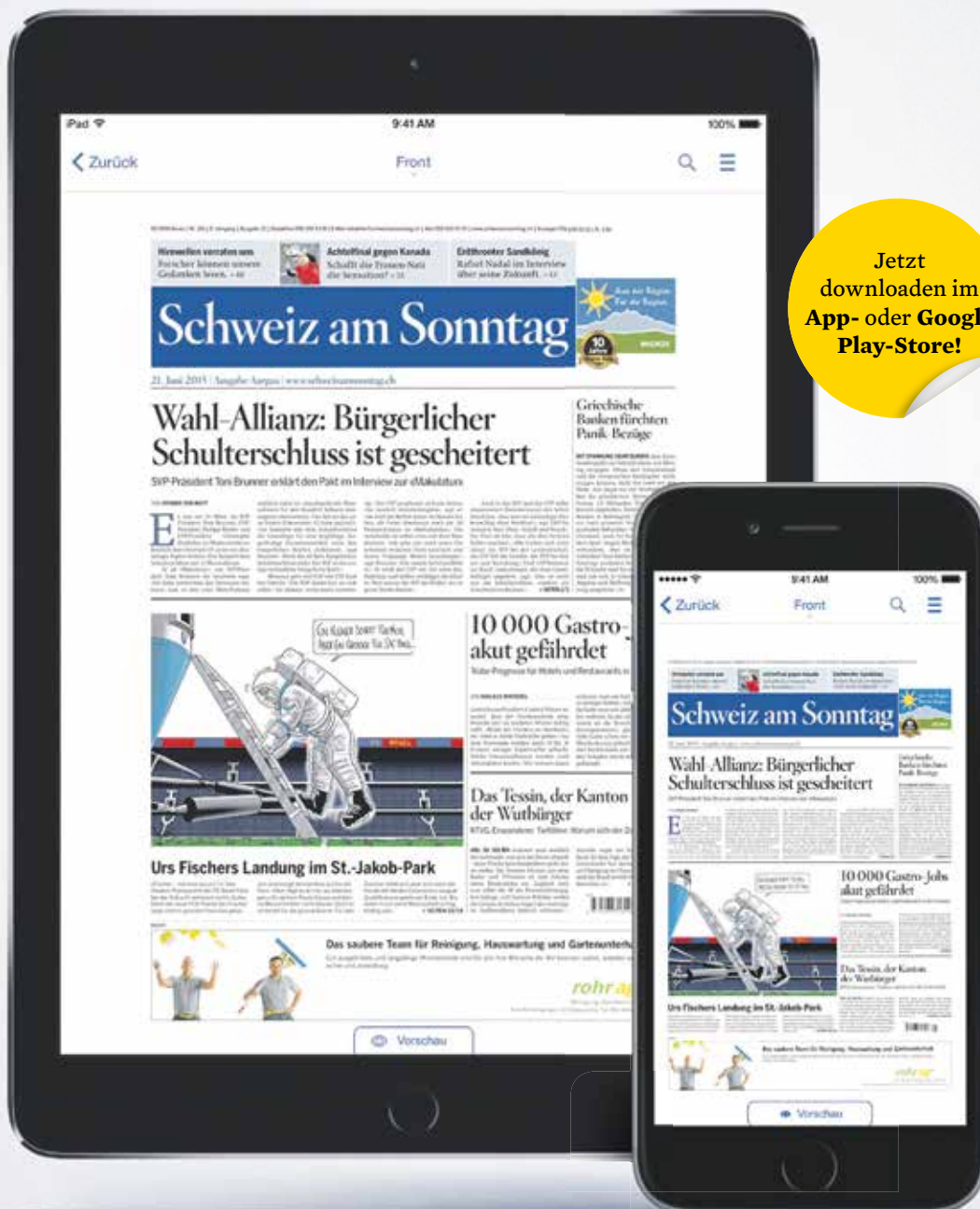
Seit je rekrutiert Lemann mit Vorliebe Leute, die «jung und hungrig» sind, wie es ein Kenner ausdrückt. Im Bereich Mitarbeiterausbildung sind seine Firmen stets grosszügig. Seine Biografin beschreibt, wie ein junger Shell-Mitarbeiter, der gar nichts mit Garantia zu tun hatte, einst auf Lemann zugeing und ihn um einen Studienkredit bat. Lemann erkundigte sich bei Shell über den jungen Mann. Als man ihm Gutes berichtete, gab er ihm das Geld unter drei Bedingungen: Im Falle eines Studienabbruchs sei das Geld zurückzuzahlen. Nach dem Studium solle er bei Garantia anklopfen, bevor er andere Jobs in Erwägung ziehe. Und: Sei er dereinst selbst in der Lage, junge Leute zu fördern, dann solle er es machen.

Für Bankier Bénédic Hentsch war die Begegnung mit Lemann etwas Besonderes: «Sie treffen nur wenige Menschen, die Sie echt und tief beeindruckten.» Während sechs Jahren sass Hentsch gemeinsam mit Lemann im Verwaltungsrat der Swiss Re (1999–2005). Der Brasilianer sei für das Management und die Verwaltungsratskollegen ein «brillanter Sparringpartner» gewesen, immer auf der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten. Lemann gehöre nicht zu denen, die sich rasch mit einer Erklärung zufriedengeben – im Gegenteil. Besonders beeindruckt Hentsch die Beziehung Lemanns zum Geld: Dieses sei für ihn ein Mittel zum Zweck. Persönlich sei er bescheiden, fast «protestantisch» in seiner Arbeitsethik. Langnau im Emmental lässt grüssen. Seine pralle Kasse setzt Lemann nicht nur in harten Übernahmekämpfen ein, sondern auch für soziale Zwecke. Er unterhält eine eigene Kaderschmiede in Brasilien und zwei Stiftungen, von denen sich eine um die Bildung von armen Kindern und Jugendlichen in Brasilien kümmert. «Jorge Paulo macht etwas aus seinem Geld», sagt Hentsch.

«Gute Fügung»

In Rapperswil-Jona schätzt man den athletischen, grauhaarigen Mitbürger, von dem bis vor kurzem niemand Notiz nahm. Er gilt als angenehmer und umgänglicher Mensch mit einem gewissen Interesse fürs Lokale. Regierungspräsident Würth bezeichnet es als «gute Fügung» für die Stadt Rapperswil-Jona, den Kanton St. Gallen und die Schweiz, dass damals, als Lemann auf der Suche nach einem neuen Zuhause war, gerade ein grosses Anwesen mit Seeanstoss zum Verkauf stand. Zwischen den Geschäftsreisen in alle Welt schätzt Jorge Paulo Lemann, so hört man, die Zurückgezogenheit und Privatsphäre in der Gemeinde am sankt-gallischen Zürichseeufer. Dass sein Name immer öfter in den helvetischen Medien steht, betrachtet der diskrete Milliardär als eher lästige Begleiterscheinung. ○

Die Zeitung macht mobil.



Jetzt
downloaden im
App- oder Google
Play-Store!

Die «Schweiz am Sonntag» lässt Ihnen alle Freiheiten. Ganz gleich ob Sie daheim bleiben, einen Ausflug planen oder ins Café wollen – Ihre «Schweiz am Sonntag» kommt via Tablet oder Smartphone einfach mit. Buchung im App Store oder bei Google Play.

www.schweizamsonntag.ch

Alte Seilschaften

Die Neubesetzung eines Lehrstuhls an der Medizinischen Fakultät Zürich gibt zu reden: Eine seltsam zusammengesetzte Berufungskommission verschmäht den am besten qualifizierten Kandidaten. Gelten Beziehungen mehr als Qualifikationen? Von Alex Reichmuth

Von Vetternwirtschaft ist die Rede, wenn man mit Insidern über das Berufungsverfahren zur Nachfolge von Giatgen Spinas an der Universität Zürich spricht. Der Medizinprofessor und Leiter der Klinik für Endokrinologie und Diabetologie wird bald emeritiert. Beworben für den Lehrstuhl hat sich unter anderem Marc Donath, derzeit Professor in Basel. Er ist mit seinem wissenschaftlichen und klinischen Leistungsausweis der Elefant im Raum bei dieser Neubesetzung. Doch zum Ärger vieler Hormonforscher hat die Berufungskommission Donaths Bewerbung übergegangen.

Im Juli traf bei der Universitätsleitung darum ein erboster Brief ein, unterschrieben von fünfzehn Professoren der Medizinischen Fakultät – unter ihnen der Prionenforscher Adriano Aguzzi, der Kardiologie Thomas Lüscher und die Altersforscherin Heike Bischoff-Ferrari. Es wäre «fatal, den am höchsten qualifizierten schweizerischen Kandidaten keine Gelegenheit zu geben, sich zumindest zu präsentieren», hiess es im Brief. Der Entscheid, Donath zu übergehen, sei für die Uni Zürich «rufschädigend». Kurz darauf doppelten führende Endokrinologen aus der ganzen Schweiz nach, ebenfalls mit einem Brief an die Leitung der Universität und des Uni-Spitals Zürich. Sie zeigten sich «tief besorgt» über den «höchst fragwürdigen Selektionsprozess».

Doch es half alles nichts: Donath war nicht unter den fünf Kandidaten, die sich Anfang Oktober an einem Symposium im Rahmen der Berufung präsentieren durften. Die Berufungskommission verabschiedete danach einen Dreierorschlag zuhanden der Universitätsleitung. Dem Vernehmen nach sind dabei zwei Endokrinologen aus Deutschland auf den ersten Plätzen. Das erstaunt, weil in Deutschland Endokrinologie (Hormonforschung) und Diabetologie getrennte Fachrichtungen sind. Die Qualifikation der beiden Deutschen für die Leitung der Zürcher Universitätsklinik ist somit von vornherein fraglich, da diese massgeblich auch Diabetologie umfasst.

Schützenhilfe für den Schützling

Auf dem dritten Platz soll der Schweizer Bewerber K. sein, dessen wissenschaftliche Qualifikationen laut übereinstimmenden Einschätzungen als klar ungenügend für den Lehrstuhl gelten. K. scheint aber einen entscheidenden Vorteil zu haben: Er ist Mitarbeiter von Giatgen Spinas an der Universi-

tät Zürich. Für Beobachter ist offensichtlich, dass der abtretende Professor als Mitglied des Fakultätsausschusses bei seiner Nachfolge massgeblich mitbestimmt – entgegen allen Regeln. Es sei dessen Ziel, seinen Schützling K. auf den Lehrstuhl zu hieven, heisst es. Spinas habe darum den hochqualifizierten Donath ausschalten müssen, der früher ebenfalls für ihn arbeitete, mit dem er sich aber verstritten hat.

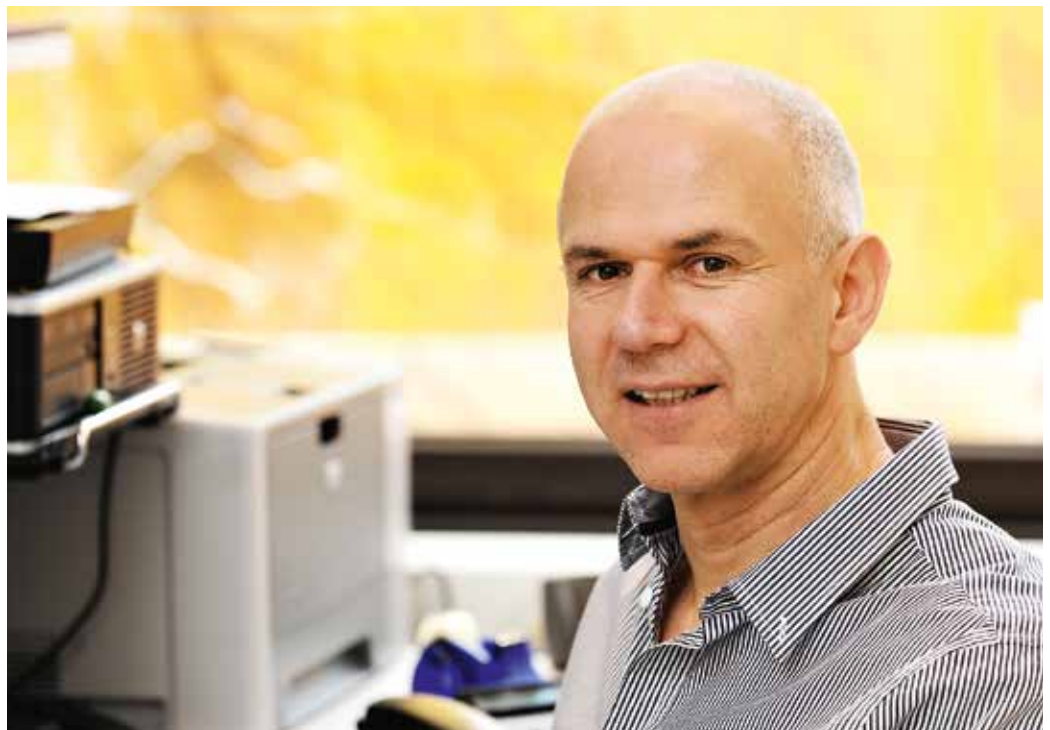
Die Berufungskommission scheint denn auch ganz nach den angeblichen Zielen von Spinas ausgerichtet. Darin sitzen unter anderem Michael Brändle vom Kantonsspital St. Gallen, der von Spinas stark gefördert wurde, und der Genfer Professor Jacques Philippe, ein enger Vertrauter von Spinas. Weiter sind Spinas' enge Freunde Eugen Schönle vom Kinderspital Zürich und Ulrich Keller aus Basel dabei – beide bereits emeritiert. Pensionierte Professoren in einer Berufungskommission sind ungewöhnlich. Keller ist gar seit sieben Jahren emeritiert. In der Kommission ist weiter der Diabetesforscher Markus Stoffel von der ETH Zürich dabei, ebenfalls ein Vertrauter von Spinas. Stoffel spielte im Werdegang von Kandidat K. eine wichtige Rolle. K. war sozusagen Stoffels Zögling. Dieses enge Verhältnis würde das Mitwirken Stoffels laut Sachverständigen in der Berufungskommission

eigentlich verunmöglichen. Stoffel konnte nicht erreicht werden für eine Stellungnahme.

Die Uni-Leitung weist die Vorwürfe zurück, die Berufungskommission sei befangen. Diese sei vielmehr «fachlich und personell breit abgestützt», schreibt der zuständige Prorektor Christoph Hock. Die Kommission arbeite «sorgfältig» und entscheide «selbständig aufgrund vorher im Gremium festgelegter Kriterien». Auf Detailfragen geht Hock nicht ein, mit Verweis auf das laufende Verfahren.

Problem eigentlich erkannt

Offensichtlich ist der Hochschulleitung aber bewusst, dass das Verfahren Schlagseite hat. Der *Weltwoche* liegen Belege vor, wonach im Juli Christoph Hock und der damalige Dekan der Medizinischen Fakultät, Klaus Grätz, die fragwürdige Zusammensetzung der Berufungskommission erkannt hatten. Beide stellten damals in Aussicht, sich für die nachträgliche Berücksichtigung von Marc Donath einzusetzen. Dennoch wurde Donath nie aufgeboten. Man muss annehmen, dass die alten Seilschaften um Spinas entsprechenden Druck auf die Universitätsleitung ausgeübt haben. Spinas selber lehnte ein Gespräch mit der *Weltwoche* ab. «Es handelt sich um ein laufendes Berufungsverfahren, das ich nicht kommentieren will», schreibt er. ○



Elefant im Raum: Medizinprofessor Donath.

Staatlich besoldete Krawallmacher

Es war der späte Höhepunkt des Wahlkampfs. Die Aufregung um den Schweiz-Verriss von Schriftsteller Lukas Bärfuss befriedigte wieder einmal die Sehnsucht der Medien nach Krawall in einem krawallfreien Land. Von Kurt W. Zimmermann

Die Kernaussage des Textes war in eine hübsche, poetische Satzmelodie gefasst: «Ein Volk von Zwergen will man hierzulande sein und bleiben.»

Dieser Satz wird bleiben.

Ansonsten aber hielt sich der Text von Lukas Bärfuss an die bewährte Holzhammerstrategie, wie sie bei Polemiken im Fachbereich der gehobenen Nestbeschmutzung üblich ist.

In seinem Pamphlet in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, drei Tage vor den Wahlen publiziert, lederte Schriftsteller Bärfuss gegen alles, was die Schweiz ist oder zu sein glaubt, gegen die direkte Demokratie und die Exportindustrie, gegen die Migros und Christoph Blocher, gegen die EU-Politik und die Kernkraftwerke, gegen die Zeitungen und die SRG – und überhaupt. Natürlich durften auch die guten alten Antisemitismus- und Nazi-Keulen beim Rundumschlag nicht fehlen.

Alles geht den Bach runter, tutti quanti, so das Fazit. Man kennt das bestens von Vorläufern wie Jean Ziegler oder Niklaus Meienberg. Die hatten zu ihren besten Zeiten vergleichbar gewütet.

Romantische Cowboyseele

Es war zwar nur eine Neuauflage längst bewährter Haudrauf-Klischees – doch die Resonanz war dennoch gewaltig. Von *Tages-Anzeiger* («Paranoia») über Radio SRF («furiose Abrechnung») bis zu *Neuer Zürcher Zeitung* («blinder Furor») wurden nun die Redaktionen von patriotischem Erklärungsbedürfnis erfasst, es hagelte offene Briefe vom Schriftstellerkollegen Pedro Lenz bis zum künftigen NZZ-Feuilletonchef René Scheu, auch die unvermeidliche Gilde der Politikwissenschaftler, zum Beispiel Regula Stämpfli («Hetzpropaganda vom Feinsten»), schaltete sich umgehend in den Zirkus zu.

Drei Tage vor den Wahlen sorgte ein Text eines Schriftstellers für eine Debatte zum Zustand der Schweiz, wie sie in den Wochen zuvor all die Philipp Müllers, Christian Levrats, Toni Brunners und Christophe Darbelays auch nicht mit Dutzenden von Reden und Statements angefacht hatten.

Kein Zweifel: In «einem der bisher flausten Wahlkämpfe der letzten Jahrzehnte» (*Schweiz am Sonntag*) gab es ganz am Schluss einen seltenen Höhepunkt. Es war der Text eines Schriftstellers. Alle stürzten sich darauf.

Warum das so war, ist einfach zu erklären. Für die Medien war der Aufsatz von Bärfuss

eine Erleuchtung. Er erleuchtete für einmal die Dämmerung der eigenen politischen Kultur. Für einmal gab es Krawall in einem ansonsten krawallfreien Land. Die romantische Cowboyseele der Journalisten kam endlich einmal auf ihre Rechnung.

Die Schweiz, das ist das Problem unserer Journalisten, hat in der Politik den höchsten Grad an Kultiviertheit unter den europäischen Ländern. Die Schweizer Politik spielt sich ausschliesslich ab in der Form der geflegten Diskussion. Andere, manifestere Ausdrucksformen fehlen in den Wahlkämpfen.

Es gibt in der Schweiz in Wahlkämpfen keine Mordattentate auf Politiker, wie sie etwa in Deutschland üblich sind, zuletzt eben erst in Köln. Es gibt in der Schweiz keine Massen-

Gegenüber seinen Nestbeschmutzern verhielt sich das Nest stets äusserst generös.

schlängereien im Parlament, wie dies vor Wahlen etwa in Italien an der Tagesordnung ist. Es gibt in der Schweiz keine Massenaufmärsche und Strassenschlachten, wie das in Frankreich rund um Wahlen die Regel ist.

Die Schweiz ist politisch kultiviert bis zur Selbstverleugnung. Was deutsche Politiker wie Horst Seehofer oder Sigmar Gabriel in einer einzigen Woche an polemischen Verkürzungen und Übertreibungen zum Besten geben, das schafft die Vereinigte Bundesversammlung in vier Jahren nicht. Und wenn es unter der Bundeskuppel gelegentlich ein einzelnes polemisches Talent gibt – wie etwa SP-Nationalrat Andy Tschümperlin oder SVP-Kollege Christoph Mörgeli –, dann wird es, wie soeben, durch das Volk abgewählt.

Natürlich leiden die Journalisten am meisten unter dieser Spannungslosigkeit. Auch in diesem Wahlkampf misslang es ihnen vollständig, selbst bei Themen wie Asylkrise und EU-Frage einen minimalen Aufgeregtheitslevel zu erzeugen. Es gelingt in der schweizerischen Politikultur den Medien einfach nicht, aufgeheizte Konfrontationen und Konflikte zu erzeugen. Das ist frustrierend für die Branche.

Diese Lücke nutzen stattdessen seit je die Dichter und Denker des Landes. Bärfuss ist hier nur einer in einer langen historischen Reihe. Die literarische Tradition der Nestbeschmutzung begann in den sechziger Jahren.

Zuvor waren führende Schriftstellerköpfe fast ausschliesslich national gesinnt. Gottfried Keller etwa stand als Staatsschreiber jahrelang auf der Lohnliste der Obrigkeit. Als Mitglied des lokalen Schützenkorps tat er mit Verve bei Wehrübungen mit. Patriotismus war für ihn Pflichtfach. «In Vaterlandes Saus und Brause», schrieb er, «da ist die Freude sündenrein.»

Erfinder der helvetischen Selbstgeisselung

Carl Spitteler bleibt unvergessen durch seine Rede zur schweizerischen Aussenpolitik im Dezember 1914 im Zürcher «Zunfthaus zu Zimmerleuten». Er forderte die bedingungslose und bewaffnete Neutralität und warnte davor, sich auf die Seite einer der Kriegsparteien zu schlagen. Seine patriotische Kritik am Deutschen Reich trug ihm heftige Prügel ein und hätte ihn später beinahe den Literaturnobelpreis gekostet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg drehte der Wind. Als eigentlicher Erfinder der helvetischen Selbstgeisselung kann Max Frisch gelten. In jungen Jahren war er politisch desinteressiert, weil stark durch Frauengeschichten absorbiert. Ab den sechziger Jahren entdeckte er dann zunehmend den Begriff der Heimat und deren verlockende Fragezeichen. Instinktsicher erkannte Frisch, wie mit Heimatkritik zu punkten war. In seinem «Wilhelm Tell für die Schule» etwa demonstrierte er genussvoll den helvetischen Nationalhelden. Anfang der siebziger Jahre war das noch ein garantierter Aufreger. Genauso gutes Gespür für das Provokationspotenzial jener Zeit zeigte Frisch bei seinem zweiten grossen Thema, der Armee, damals noch ein Tabu erster Güte. Mit seinem Slogan von der «Schweiz ohne Armee» wurde er zur Lichtfigur einer Generation, für die der Begriff der Gesellschaftskritik noch etwas Weihevolltes hatte.

Während der linke Frisch stets etwas verbiestert wirkte, haute sein politisch unfassbarer, dafür sonnig-surriler Zeitgenosse Friedrich Dürrenmatt ungleich lustvoller auf die Pauke. Sein famosster Beitrag zur helvetischen Selbstdemontage, aus aktuellem Grund wieder vielfach zitiert, war seine Rede am Gottlieb-Duttweiler-Institut im Jahre 1990. Es war seine beste Performance in Sachen Asche aufs Haupt. Er karikierte die Schweiz als ein selbstgewähltes Gefängnis. «Das Gefängnis», so Dürrenmatt, «braucht keine Mauern, weil seine Gefangenen Wärter sind und sich selber bewachen.»



Endlich was los: Schriftsteller Bärfuss.



In Frischs Tradition: Autor Meienberg, 1991.

Die Aufregung war noch grösser als beim Bärfuss-Zwergentext. Wer wie ich das Glück hatte, bei Dürrenmatts Auftritt dabei zu sein, wird diese wunderbare Inszenierung helvetischer Selbstbespiegelung nie vergessen. Erst weigerte sich Bundesrat Kurt Furgler, dem frechen Dichturfürsten die Hand zu reichen. Dann verfügte sich die Gesellschaft guteidgenössisch ans kalte Buffet, um dort wohligh zu schnöden.

Für die Medien – ähnlich wie heute – folgte ein tagelanger Festakt. Endlich war etwas los in der Bude. «Das Gefängnis zweifelt an sich selber», jubelte die *Weltwoche*.

Die Tradition, die Max Frisch begründete, hielt bis heute ohne Unterbruch an. Es kam der anarchistische Niklaus Meienberg, der beste Stilist unter den Helveto-Kritikern, der sich vor allem an historischen Fehlleistungen der Schweiz – von Landesverräter Ernst S. bis Ulrich Wille – abarbeitete. Es kam der grün-subversive Franz Hohler, dessen satirische TV-Sendung «Denkpause» zu seiner Begeisterung einmal ein bisschen zensuriert wurde, was sich zum Staatsverbrechen hochstilisieren liess. Es kam Peter Bichsel, der bebrillte Sozialromantiker, der sein Unbehagen über «Des Schweizers Schweiz» im Solothur-

ner Restaurant «Kreuz» hinter ein paar Rotweingläsern zelebrierte. Es kam Adolf Muschg, der säuerliche Hochintellektuelle, der auf den grandiosen Wolken der Europhilie entschwebte und von Blocher bereits 1997 als «Volksfeind» geadelt wurde. Und es kam natürlich der rubinrote Jean Ziegler, wie Bärfuss aus dem Städtchen Thun, für den die Schweizer Banken keine Zwerge, sondern riesenhafte Monster-Gnomen der kapitalistischen Weltzerstörung wurden.

Frisch, Dürrenmatt, Meienberg, Hohler, Bichsel, Muschg und Ziegler allerdings hatten es einfacher als ihre heutigen Nachfolger. Man nahm sie noch ernst. Denn es herrschte noch Kalter Krieg und nicht die handwarme Spassgesellschaft von heute. Der frühere Literaturprofessor Peter von Matt sagte es so: «Damals wartete man auf das Wort von Frisch, von Dürrenmatt, von Bichsel. Heute wartet niemand auf das Wort von Bärfuss, obwohl er trotzig daran festhält, sich politisch zu äussern.» Von Matt irrte sich, wie man sieht.

Eines allerdings blieb von jeher konstant. Gegenüber seinen Nestbeschmutzern verhielt sich das Nest stets äusserst generös. Das Nest zahlte viel und gern.

Schon Max Frisch wurde mit staatlichen Literaturpreisen geradezu überschüttet. Den andern in der Reihe der bösen Buben ging es nicht besser. Selbst Adolf Muschg und Jean Ziegler, obschon als Professoren bereits auf der staatlichen Lohnliste, konnten sich zusätzlicher Zuwendungen der Obrigkeit kaum erwehren. Sie wurden eine Art staatlich besoldete Krawallmacher.

313 700 Franken Preisgeld für Bärfuss

Im Fall von Lukas Bärfuss sind die direkten Geldflüsse vom Steuerzahler zum Staatskritiker ebenfalls imposant. Seit dem Jahr 2005 hat Bärfuss zwanzig Literaturpreise bekommen, etwa den Literaturpreis des Kantons Bern, den Schweizer Buchpreis, den Kulturpreis der Stadt Thun, den Solothurner Literaturpreis oder das Werkjahr des Kantons Zürich.

Seit dem Jahr 2005 hat Bärfuss damit genau 313 700 Franken an Literaturpreisen eingesteckt. Rund sechzig Prozent der erhaltenen Summe stammt aus der Schweiz, der Rest aus Deutschland.

313 700 Franken Preisgeld sind nicht übel. Aber wenn man fair ist, muss man sagen: Gemessen am Eclat, den der Mann losgetreten hat, ist der Mann sein Geld durchaus wert. ○

Wandelnde Wundertüte

Walter Meier hält nichts von «Büropädagogen». Der langjährige Lehrer hat eine Liebeserklärung geschrieben an seinen Beruf – und eine humorige Schmähschrift gegen all jene Bildungstheoretiker, die ihm sein Lehrerleben schwermachen. *Von Peter Keller*



«Malen Sie nebenbei?»: Lehrer Meier bei seiner Aktion an der Pädagogischen Hochschule Zürich.

Herr Meier ist schon da. Zehn Minuten vor dem Interviewtermin sitzt er im Café, neben ihm lehnen zwei Plastiksäcke am Stuhl. Dort wird er immer wieder zielgenau hineingreifen wie in eine Schatulle und das passende Accessoire zum Gespräch hervorziehen: sein vorletztes Buch, einen weissen Overall, den er für eine Aktion vor der Pädagogischen Hochschule Zürich angezogen hatte, Briefe, Zeitungsausschnitte.

So ist er selber, Walter Meier, eine wandelnde Wundertüte. 1952 in Luzern geboren, absolviert er das Lehrerseminar eher zufällig, wie er sagt. «Ich konnte mir nie vorstellen, Lehrer zu werden. Ich wusste einfach nicht, was ich sonst hätte tun sollen.» Zu unsicher war er als junger Mensch und erinnert sich an seine ersten Übungslektionen, wo er zitternd, mit roten Backen vor der Klasse stand und kaum ein Wort herausbrachte. Heute spricht Meier von seinem Lehrerdasein als Berufung. «Ich freue mich jeden Tag auf meine Arbeit.»

Von Burnout, einer Art Berufskrankheit, keine Spur. Davor schützt ihn nur schon sein Humor, den nicht alle mögen, vor allem nicht Meiers Vorgesetzte. Er lebt seine pädagogischen Grundsätze und verteidigt diese gegen die Heerscharen von «Zeiträubern», «Sandsäcken», «Büropädagogen», wie er die Bildungstheoretiker zu nennen pflegt, die ihm und anderen Lehrpersonen

das Leben schwermachen. Meier ist ein Mann der einfachen Prinzipien. Pünktlichkeit gehört dazu. «Zu früh ist zur Zeit, zur Zeit ist zu spät.» Seine Schüler müssen diesen Satz auswendig lernen – und eben: Er lebt ihn vor.

«Ich habe nichts gegen neue Ideen»

Meier nennt sein neues Buch «Schule in Ketten» einen Sachroman. Der Hauptprotagonist heisst Oskar, ein leidenschaftlicher Lehrer mit langer Berufserfahrung, der sich wehrt gegen den täglichen Papierkram und die ständigen Reformübungen von oben. Es steckt ein grosses Stück Meier in Oskar, wenn dieser sagt: «Ich habe nichts gegen neue Ideen, nur gegen neue dumme Ideen.» Dann ist da die zweite Figur, Alfred Brunner, eine väterliche Gestalt, ein Lehrer alter Schule, wie das zweifelhafte Kompliment in solchen Fällen lautet. An ihm rieb sich Oskar als junger Pädagoge, bis er sich dessen Weisheiten selber einverleibte. «Man kann in ein 3-Deziliter-Glas nicht einen halben Liter Most einschenken.» Oder: «Kinder, die Schwierigkeiten machen, haben Schwierigkeiten.»

Mittlerweile ist die Romanfigur Oskar selber ein gestandener Lehrer geworden und hat einen Praktikanten, Luca, bekommen, frisch von der Pädagogischen Hochschule, unerschütterlich in seinem Glauben an Konzepte und Theorien, bis ihn Oskar mit subversiven Fragen he-

rausfordert. «In Basel musste ein Lehrer eine Matura haben, in Bern hingegen nicht. Die Lehrer in Basel waren besser. Richtig? Falsch?» Alfred, Oskar, Luca. Drei Generationen Lehrer. Der alte Haudegen, Oskar mitten im Saft, Anfänger Luca – und der Autor Walter Meier, der von allen etwas in sich vereinigt.

Sein Sachroman sei ein Buch für Arbeiter, heisst es in der Widmung, ausdrücklich keines für Lehrer oder Beamte. Wobei er nichts gegen Lehrer an sich habe, sagt Meier, er sei ja selber einer. Er habe nur gegen gewisse Lehrer etwas, die aber eine ziemlich grosse Gruppe bildeten, und schwärmt, wie zum Beweis, von der guten Entlohnung seines Berufsstandes. Natürlich könnte er sich mit Managern vergleichen und darüber gemütskrank werden. «Aber ich fühle mich deswegen so wohl in meiner Haut, weil ich die Gehälter einiger Kollegen kenne, die handwerklich tätig sind.» Lehrer sollten mal einen Vergleich nach unten ins Auge fassen, nicht nur immer nach oben starren. Freunde im Lehrerzimmer holt er sich mit solchen Aussagen eher weniger.

Angehende Lehrer ohne Neugier

«Was macht einen guten Lehrer aus, Herr Meier?» Er schweigt länger, denkt nach. «Du musst die Schüler lieber haben als Papier, als Bücher, authentisch sein und den Humor nicht verlieren. Sonst ist es gleich fertig.» Er greift in den Plastiksack neben sich und zieht ein Paar weisse Latzhosen hervor, wie sie Maler zum Arbeiten tragen. Sie sind vollgekritzelt mit pädagogischen Kürzeln und Verballhornungen. «Schpontanitet will gut überlegt sein.»

So gekleidet reiste er mit seiner Frau nach Zürich und installiert sich im Eingangsbereich der Pädagogischen Hochschule. Meier wickelt eine Metallkette um den Oberkörper und stellt ein Werbebanner seines Buches «Schule in Ketten» auf. Hier, an der Ausbildungsstätte künftiger Lehrer, sei er genau richtig, denkt er sich. Dutzende, Hunderte Studenten ziehen an ihm vorbei, ohne anzuhalten, ohne nachzufragen, ohne eine Spur von Neugier. Dann erscheint der Hauswart und erklärt, dass solche Aktionen auf diesem Areal verboten seien. Es droht eine Busse von bis zu 2000 Franken.

Er habe dem Mann nicht böse sein können, dieser habe nur seine Arbeit getan. Was ihn aber erschüttert habe, sei die Teilnahmslosigkeit der angehenden Junglehrer gewesen. Ganz im Gegensatz zu seinen Schülern, die ihn gelöchert hätten mit Fragen, als er mit diesen Latzhosen

im Klassenzimmer erschien: «Herr Meier, malen Sie nebenbei? Arbeiten Sie noch als Gipser? Was meinen Sie mit «Bisa» und «Bolonna?»» Seine Lehrerkollegen beschwerten sich beim Schulleiter, er ziehe sich nicht angemessen an und mache ihren Beruf lächerlich. Ein Missverständnis. Meier ist ein freundlicher Anarchist mit Ordnungssinn, wo Ordnung Sinn ergibt. Seine Haare sind etwas lichter, etwas grauer geworden, aber immer noch ein paar Zentimeter länger als üblich. Zwischen den buschigen Augenbrauen und dem markanten Schnauz zwinkern zwei braune Knopfaugen hervor. «Nur wer kriecht, stolpert nicht.»

Selbstredend hält Meier nichts vom anstehenden Lehrplan 21, und er wehrt sich mit seinen Mitteln, indem er das Projekt ins Absurde treibt. Er zitiert den Schaffhauser Regierungsrat Christian Amsler, den Präsidenten der Konferenz der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren, der auf die Frage, was sich in den Schulzimmern konkret ändern werde, antwortete: «Das ist ja der Punkt: praktisch nichts.» Man höre und staune, sagt Meier. 557 Seiten Papier, 4753 Kompetenzvorgaben, so viele Millionen für einen Lehrplan, der «praktisch nichts» ändere. In seinem Buch bringt er Beispiele der neuen Kompetenzziele: «Die Schülerinnen und Schüler können über Macht, Machtbegrenzung und Machtmissbrauch nachdenken.» Dieser Auftrag sei nicht etwa an Maturanden

gerichtet, sondern an Vier- bis Achtjährige im Bereich Natur – Mensch – Gesellschaft. «Ein Unfug», lässt Meier seine Romanfigur Oskar ausrufen, «an dem nicht nur diejenigen schuld sind, die ihn tun, sondern auch diejenigen, die ihn nicht verhindern.» Ein Satz aus Kästners «Fliegendem Klassenzimmer».

Kündigung nicht für möglich gehalten

Die Realität an der Schule sei, dass viele der durch diesen Lehrplan angepeilten Kinder weder das Einmaleins beherrschten noch «das» von «dass» unterscheiden könnten. Dieser Widerspruch zwischen den Hochschultheorien einerseits und dem Schulalltag andererseits hat Meier zu seinem Buch veranlasst. Das Thema gehöre auf den Tisch, und zwar noch vor seiner Pensionierung als Lehrperson für Integrative Förderung (IF), wie seine Tätigkeit mittlerweile von «Büropädagogen» genannt wird. Dass er dabei etwas riskiert, wie es am Ende heisst, ist keine Koketterie. Dreiundzwanzig Jahre hat Walter Meier im Entlebucher Jugendheim Schachen unterrichtet, ein Ort für schwierige Fälle. «Für mich aber das Paradies.» Wie in der Bibel wurde Meier aus seinem Paradies vertrieben. Er habe diese Kündigung nie für möglich gehalten, nach so vielen Jahren und so guten Arbeitszeugnissen.

Was war passiert? Ende der neunziger Jahre kam die Idee auf, dass jede Schule geleitet werden müsse. Bislang war der Heimleiter Meiers

Chef gewesen. Nun sollte eine Lehrerkollegin diese Funktion übernehmen, eine Frau, die er aus menschlichen Gründen für eine Fehlbesetzung hielt, was er ihr auch unter vier Augen sagte. Er wollte weiterhin formal der Heimleitung unterstellt sein. Der Stiftungsrat lehnte ab, drohte mit Konsequenzen, Meier lenkte ein, wollte seinerseits nicht als ewiger Verweigerer dastehen. Auch seine Frau riet ihm, es zuerst einmal zu probieren. «Ich sagte zu allem ja, auch in den Teamsitzungen, ich unterstützte alles.» Aber nach ein paar Monaten war Schluss, er habe nicht mehr in den Spiegel schauen können. Er widerrief, der Stiftungsrat setzte ihn vor die Tür, obschon die Schüler, auch die ehemaligen, sich für ihn starkmachten. Die Strukturen waren wichtiger.

Solche Erfahrungen sind auch in sein neues Buch eingearbeitet: «Einer fragt den anderen: «Was unterrichtest du?» – «Mathe, Englisch, Räume-Zeiten-Gesellschaften.» – Gegenfrage: «Und du?» – «Schüler.»» «Schule in Ketten» ist eine Liebeserklärung an den Beruf des Lehrers – und eine humorige Schmähchrift gegen all jene, die ihm diesen Beruf zu vermiesen versuchen. Meier packt seine beiden Plastiksäcke, bedankt sich für den Kaffee und geht. Ihn kann keiner in Ketten legen.

Walter Meier: Schule in Ketten. 256 S., Fr. 25.– (exkl. Versandkosten). Zu bestellen unter www.walmei.ch

Informative Unterhaltung!

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein abwechslungsreiches Musikprogramm täglich bei Radio Central. **Infos auf radiocentral.ch**



RadioCentral

So empfangen Sie Radio Central: Oberer Zürichsee, Linthgebiet 91.3; 89.4 • Schwyz 102.6; 97.7; 93.2 • Glarus 92.1; 97.7; 89.3; 88.7 • Oberiberg, Hoch-Ybrig 107.1 • Unteriberg, Euthal, Studen 94.4 • Rothenthurm 106.9 • Ob- und Nidwalden 101.8; 103.0; 100.4; 99.0 • Uri 103.0; 101.8; 102.2; 97.7 • Luzern 100.1 • Willisau 94.8 • Wolhusen 88.6 • Sursee 93.0 • Region Triengen 97.5 • Engelberg 107.6 • Zug 99.2 MHz oder Kabelnetz • CentralWebplayer • Digitalradio DAB+ • Central-App • www.radiocentral.ch

Die Genfer Konfusion

Wegen eines Gefängnismassakers in Guatemala will die Genfer Justiz Erwin Sperisen lebenslang hinter Gitter schicken. Ist der Nachkomme von Schweizer Auswanderern wirklich ein Massenmörder – oder Opfer eines Justizverbrechens? Teil 1. *Von Alex Baur*

In den frühen Morgenstunden des 25. September 2006 stürmen in Guatemala-Stadt 2500 Einsatzkräfte – Polizisten, Soldaten, Sondereinheiten, Wärter – das Gefängnis El Pavón. Während sich die meisten der rund 1800 Insassen sofort ergeben, entspinnt sich im Ostteil des weitläufigen Geländes eine wilde Schiesserei. Nach 8 Uhr beruhigt sich die Lage, um 11 Uhr ziehen die Behörden vor versammelter Presse Bilanz: Das Gefängnis befindet sich unter Kontrolle, sieben Häftlinge sind tot, einer ist verletzt.

In den guatemaltekischen Medien wird die Razzia unter dem Oberbefehl des rechtskonservativen Innenministers Carlos Vielmann einhellig als Erfolg gefeiert. El Pavón, geplant und gebaut als Mustergefängnis mit Sportplätzen, Werkstätten und einem Gutsbetrieb, galt längst als Brutstätte des organisierten Verbrechens. Seit Jahren wagte sich kaum ein Gefängniswärter mehr auf das Gelände. El Pavón befand sich unter der Kontrolle von Gangsterbanden, die von hier aus ungestraft ihre Raubüberfälle, Drogengeschäfte, Mordanschläge und Entführungen organisierten. Den meisten Guatemalteken erschien der für lateinamerikanische Verhältnisse moderate Blutzoll als akzeptabel.

Sechs Jahre später, am 31. August 2012, überrascht ein siebenköpfiges, schwerbewaffnetes Einsatzkommando Erwin Sperisen in Genf auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums und führt ihn vor den Augen seiner verdatterten Frau in Handschellen ab. Seither sitzt der heute 44-jährige Erwin Sperisen im Genfer Untersuchungsgefängnis Champs-Dollon. Er wird beschuldigt, bei der Stürmung von El Pavón als Chef der guatemaltekischen Policía Nacional Civil (PNC) die Hinrichtung der sieben Gefangenen angeordnet und in einem Fall sogar eigenhändig ausgeführt zu haben.

Brisante Zeugenaussage

Sperisen ist Nachkomme von Schweizer Auswanderern, er ist in Guatemala geboren, hat sein Schweizer Bürgerrecht aber behalten und kann daher nicht ausgeliefert werden. Das war auch nicht nötig: Staatsanwalt Yves Bertossa (SP) brannte förmlich darauf, diesem Mann in Genf den Prozess zu machen. Seit Jahren zirkulierten in linken Kreisen Verdächtigungen gegen Sperisen, der laut ihnen in Guatemala als rechtsextremer Saubermann sein Unwesen getrieben haben soll, bevor er sich in die Heimat seiner Vorfahren absetzte. Endlich, so glaubte Bertossa, hatte er etwas Konkretes in der Hand.

Bereits am Tag nach der Verhaftung gab ein Franzose namens Philippe Biret bei Bertossa eine brisante Aussage zu Protokoll: Biret will mit eigenen Augen gesehen haben, wie Erwin Sperisen, umgeben von der Elite der guatemaltekischen Regierung, die Exekution der sieben Häftlinge überwachte. Dabei hätten sich diese längst ergeben und um Gnade gefleht. Einem der Opfer soll der hünenhafte Schweizer gemäss Biret eigenhändig in den Kopf geschossen haben. Ihn selber, so versicherte der Franzose, habe Sperisen am Leben gelassen, weil dieser diplomatische Komplikationen befürchtete.

Bertossa bekam Biret von der Organisation Trial vermittelt, einer linken Genfer NGO, die sich der Verfolgung ungesühnter politischer

Bei den Ordnungskräften gab es keine Verletzten, die Gefangenen dagegen waren alle sofort tot.

Verbrechen rund um den Erdball verschrieben hat. Biret war 1992 in Guatemala wegen eines Doppelmordes zu dreissig Jahren Gefängnis verurteilt worden und befand sich zur fraglichen Zeit in El Pavón. Obwohl eine vorzeitige Entlassung gemäss dem Gerichtsurteil explizit ausgeschlossen war, kam er im November 2007 frei. Das war aussergewöhnlich. Doch Bertossa stellte keine kritischen Fragen. Er brauchte den Franzosen als Schlüsselzeugen dringend. Bertossa hielt auch an Biret fest, als offenbar wurde, dass seine Horrorstory nicht stimmen konnte. Das Verfahren war an diesem Punkt nicht mehr zu stoppen. Der Staatsanwalt hatte sich mit der spektakulären Verhaftung von Sperisen selber unter Erfolgswang gesetzt.

Auf den ersten Blick spricht einiges gegen Erwin Sperisen, der zwischen 2004 und 2007 als politischer Chef der PNC in Guatemala amtierte. Bereits im Dezember 2006 hatte der guatemaltekische Sonderstaatsanwalt für Menschenrechte Zweifel an der offiziellen Version geäussert, nach der die sieben Häftlinge im Gefecht gefallen seien. Bei den Ordnungskräften gab es keinen einzigen Verletzten, die Gefangenen dagegen waren alle sofort tot. Das ist umso erstaunlicher, als die Staatsanwaltschaft eine Stunde nach dem Feuergefecht schwere Waffen und Handgranaten neben den Leichen fand. Der Verdacht einer Inszenierung liegt nahe.



Karikatur des brutalen Gringo-Söldners:

Bei der Schiesserei in El Pavón, die von zahlreichen Journalisten beobachtet wurde, gab es Hunderte von Augen- und Ohrenzeugen. Doch die Spurensicherung und die Obduktion der Leichen verliefen liederlich, die protokollierten Zeugenaussagen waren voller Widersprüche. Immerhin gab es Fotos der Leichen. Und diese zeigen Schusswunden, die schlecht zu einem Kampf passen. Druckstellen an Handgelenken deuten darauf hin, dass einzelne Häftlinge vor ihrem Tod gefesselt worden waren.

Eindeutig sind allerdings auch diese Indizien nicht. Niemand weiss, wann die mutmasslichen Druckstellen entstanden sind. Bei mehreren Opfern wurde «Tod infolge Blutverlusts» festgestellt, was eher gegen eine Exekution spricht. Bei den Akten liegt sodann ein Ge-



Polizeichef Sperisen.

richtsgutachten aus Österreich; aus Videoaufnahmen schliesst der Experte, dass tatsächlich aus dem Gefängnis heraus geschossen wurde.

Schaute Sperisen einfach weg?

Einige der Toten, allen voran der kolumbianische Drogenbaron Jorge Batres und der Gangster Luis Zepeda, gehörten zur Führungsriege von El Pavón. Dass man sie gezielt eliminiert hatte, um langfristig die Kontrolle über den Knast zu gewinnen, würde Sinn machen. Es würde auch zum Bericht des Uno-Gesandten Philip Alston passen, der schon vor dem Fall El Pavón Hinweise auf «aussergerichtliche Exekutionen» fand. Auf die wirklich brisante Frage wusste aber auch Alston keine Antwort: Wer erteilte die Befehle?

Neben Polizei, Armee und Nachrichtendiensten mischten bei der Monsterrazzia in El Pavón auch vermummte Elitetruppen mit, die formell direkt dem Innenminister Carlos Vielmann unterstellt waren. Filmaufnahmen, die Polizeichef Sperisen hatte erstellen lassen – er selber war im fraglichen Zeitpunkt nachweislich nicht vor Ort –, weisen darauf hin, dass in erster Linie Vielmanns Elitetruppen in die Schiesserei verwickelt waren. Sie standen unter dem Kommando des gebürtigen Venezolaners Victor Rivera, einer schillernden Figur, der eine Vergangenheit bei der CIA nachgesagt wird. Doch Rivera kann leider nichts mehr sagen. Er wurde 2008 von Killern erschossen. Guatemala ist ein gefährliches und kompliziertes Land.

War es vielleicht der verzweifelte Versuch der Regierung, das Verbrechen mit Verbrechen zu besiegen? Oder ganz einfach eine Abrechnung unter Drogenkartellen, deren Tentakel bis tief in den Staatsapparat hineinreichen? Spielten die regulären Truppen und namentlich Polizeichef Sperisen mit, als die Todesschwadronen zuschlugen? Schauten sie einfach weg? Vielleicht hatte Riveras Sonderkommando die Schiesserei auch inszeniert, um im Pulvernebel des Gefechtes unbemerkt sein blutiges Handwerk zu verrichten. Alles ist möglich, nichts ist gewiss.

Jagd auf den ehemaligen Polizeichef

Justiz und Polizei haben in ganz Lateinamerika einen miserablen Ruf, und das gilt in ganz besonderem Mass für Guatemala. 36 Jahre Guerilla-Terror (1960–1996) haben das soziale und politische Gefüge des Landes nachhaltig beschädigt. Die mächtigen Drogenkartelle aus Mexiko und Kolumbien sorgen dafür, dass das Land nicht zur Ruhe kommt. Raub, Mord und Entführungen gehören zum Alltag der Guatemalteken. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Verbrechen je geklärt wird, ist minim. Und wenn einer im Gefängnis landet, heisst das noch lange nicht, dass er auch schuldig ist. Die Justiz war in diesem Land schon zu oft eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Korrupte Polizisten, die mehr oder weniger offenkundig mit Kriminellen kooperieren, statt sie zu bekämpfen, sind eher die Regel denn die Ausnahme. Wo die Justiz versagt, regiert das Faustrecht.

Welchen Part spielte Erwin Sperisen auf diesem Schlachtfeld? War er die Regel oder die Ausnahme? Hatte er als politischer Chef ohne polizeiliche Erfahrung seine Polizei überhaupt im Griff? War er Teil krimineller Seilschaften oder, wie er selber versichert, deren Opfer? Die guatemaltekeische Justiz war nie in der Lage, eine überzeugende Antwort zu liefern. Doch Staatsanwalt Bertossa im fernen Genf glaubte den Fall von seinem Büro aus lösen zu können. Für ihn schien spätestens nach der Einvernahme des Schlüsselzeugen Biret alles klar zu sein.

Nicht, dass die guatemaltekeische Justiz untätig geblieben wäre. Im Dezember 2006 rief die Regierung eine internationale Kommission ins Land, die Cicig, die unter dem Schutz der Uno Ordnung in die Strafverfolgung bringen sollte. Sonderermittlerin Gisela Rivera aus Costa Rica gelangte bald zum Schluss, dass hinter dem Massaker von El Pavón eine Verschwörung auf höchster Ebene steckte. 2009 verliess Rivera indes Guatemala fluchtartig. Gegen die Cicig-Ermittlerin liegt ein Haftbefehl vor wegen Begünstigung und Amtsgeheimnisverletzung. Die Cicig selber hatte die Anzeige erstattet. Gisela Rivera soll Zeugen zu Aussagen genötigt und illegale Absprachen getroffen haben.

Am politischen Umfeld konnte es nicht liegen, war die konservative Regierung in Guatemala doch längst von ihren sozialistischen Gegnern abgelöst worden. Gisela Rivera behauptet,



Im Ostteil des weitläufigen Geländes entspinnt sich eine wilde Schiesserei: Stürmung von El Pavón, 2006.

ihr Vorgesetzter bei der Cicig, der Spanier Carlos Castresana, sei von der Oligarchie gekauft worden. Bevor auch Castresana seinen Sessel räumte, formulierte die Cicig im August 2010 immerhin eine Anklage gegen achtzehn Verdächtige im Fall El Pavón. Neben Innenminister Carlos Vielmann und Strafvollzugschef Alejandro Giammattei sind Erwin Sperisen und dessen Stellvertreter Javier Figueroa die vier prominentesten Verdächtigten. Verurteilt wurden am Ende aber nur drei subalterne Polizisten.

Grandios inszenierte Verfahren

Erwin Sperisen befand sich da längst in der Schweiz, was allerdings nichts mit dem Fall El Pavón zu tun hatte. Ende 2006 schickte er nach diversen Morddrohungen und einem vereitelten Entführungsversuch seine Frau und seine drei Kinder nach Genf zu seinem Vater, der hier als Uno-Diplomat arbeitet. Im März 2007 trat er von seinem Amt zurück und zog zu seiner Familie in die Schweiz. Auslöser dafür war der Fall von drei Politikern, die von Polizisten beim Kokainschmuggel überrascht, ausgeraubt und ermordet worden waren. Das bedeutete selbst für guatemalteckische Verhältnisse ein Skandal, der ein politisches Zeichen erforderte.

Wenige Monate nach Sperisens Ankunft in der Schweiz blies ein Netzwerk linker Hilfswerke (Uniterre, Acat, OMC) unter der Leitung der Organisation Trial zur Jagd auf den ehemaligen Polizeichef. Von El Pavón war allerdings noch keine Rede. Vielmehr ging es um einen blutigen Konflikt unter Bauern in einer abgelegenen Provinz, der neun Menschenleben gefordert hatte (wobei die Hilfswerke gerne unterschlagen, dass drei der Toten Polizisten waren; weitere 22 Polizisten erlitten gemäss einer parlamentarischen Untersuchung Schussverlet-

zungen; der Polizeieinsatz war notabene vom obersten Gericht Guatemalas angeordnet worden). Sperisen war zur fraglichen Zeit einen Monat im Amt; ihn für das Blutvergiessen verantwortlich zu machen, ist absurd. Eines war damit allerdings von allem Anfang an klar: Die Affäre Sperisen ist politisch kontaminiert.

Nach der Cicig-Anklage in Guatemala meldet sich Erwin Sperisen im August 2010 spontan beim damaligen Genfer Generalstaatsanwalt Daniel Zappelli (FDP). Dieser kann mit dem Fall nicht viel anfangen. Das ändert sich schlagartig, als Zappelli ein Jahr später von den eigenen Leuten aus dem Amt gemobbt wird. Es ist just die Zeit, als Genosse Yves Bertossa zum Ersten Staatsanwalt emporsteigt. Bertossa, der ideologisch, freundschaftlich und familiär eng mit der Organisation Trial verbandelt ist, reisst das Dossier Sperisen nun an sich. Es sollte sein Gesellenstück werden.

Dazu muss man wissen: Yves Bertossa ist der Sohn des famosen Bernard Bertossa (SP), der als Generalstaatsanwalt (1990–2002) von Genf aus – gleichsam als Jean Ziegler der Justiz – einen internationalen Kreuzzug gegen Potentaten, Oligarchen und andere Raubtierkapitalisten führte. Zusammen mit seinem spanischen Pendant, Baltasar Garzón, liess er den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet 1998 international zur Verhaftung ausschreiben. Bernard Bertossa gehört zu den Gründern der Organisation Trial, die von der Stadt Genf mitfinanziert wird und auch schon die Verhaftung des ehemaligen US-Präsidenten George Bush forderte.

Bernard Bertossas medial grandios inszenierte Verfahren erwiesen sich mit fataler Regelmässigkeit als Flops. Der vermeintliche russische Mafiapate Sergej Michailow, dem der Staat Genf für zwei Jahre unschuldig erlittene Unter-

suchungshaft 800 000 Franken zahlen musste, ist ein Beispiel unter vielen. Nachfolger Zappelli versuchte, die Genfer Staatsanwälte wieder auf den Boden der helvetischen Realität zurückzubringen. Offenbar vergeblich.

«Einen Nachnamen hat er schon», spöttelten Genfer über den Sohn des famosen Generalstaatsanwaltes Bertossa, als dieser in die Fussstapfen seines Vaters trat, «jetzt braucht er nur noch einen Vornamen». Yves Bertossa liess nicht lange Taten sich warten. Mit der Verhaftung des Diktatoren-Filius Hannibal Gaddafi sorgte er 2008 für einen ersten Eklat. Auch der

Die vermeintliche Privatklägerin, die Mutter eines der Opfer von El Pavón, weiss nichts vom Prozess.

Fall Gaddafi war ein Rohrkrepiierer mit beachtlichem Kollateralschaden. Sollte Erwin Sperisen den langersehnten Durchbruch bringen?

Im März 2014, zwei Monate vor dem Sperisen-Prozess, strahlt das Westschweizer Fernsehen RTS einen Dok-Film («Chasseurs de crimes») aus, der die Organisation Trial hochjubelt. Der Fall Sperisen steht im Zentrum des Streifens, wobei der blutige Konflikt mit den Bauern noch einmal aufgewärmt wird. Ausführlich kommt Philippe Biret zu Wort, Bertossas Schlüsselzeuge, der Sperisens angebliche Exekution in El Pavón dramatisch beschreibt. Immerhin erwähnen die Autoren, dass Birets Anschuldigungen bestritten werden. Doch das Schlusswort überlassen sie dem spanischen Bertossa-Kumpel Baltasar Garzón: Es sei halt schwierig, den wahren Kriminellen etwas nachzuweisen, trotzdem lohne sich der Kampf.



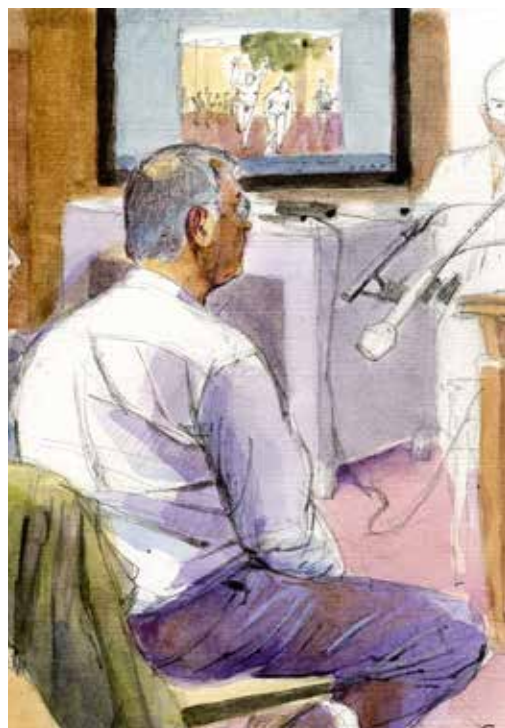
Einen Nachnamen hat er schon: Yves Bertossa.

Die Öffentlichkeit scheint bestens eingestimmt – bis am 14. Mai 2014, einen Tag vor dem Sperisen-Prozess, die Zeitschrift *L'Illustré* eine Bombe platzen lässt: Die vermeintliche Privatklägerin, die Mutter eines der Opfer von El Pavón, weiss nichts vom Prozess in Genf; sie kennt die Anwälte nicht, die in ihrem Namen auftreten, sie weiss nichts von der Anklage gegen Sperisen, und sie hat auch nichts gegen den ehemaligen Polizeichef. Arnaud Bédat, ein erfahrener Reporter, hatte die Frau in Guatemala aufgesucht und das Gespräch mit ihr auf Video aufgezeichnet.

Der Scoop brachte die Organisation Trial, die mit der Frau spendenwirksam hausierte, arg in Verlegenheit. Aus juristischer Sicht änderte sich wenig: Mord ist ein Offizialdelikt und wird von Amtes wegen verfolgt. Es hätte gereicht, wenn Gerichtspräsidentin Isabelle Cuendet (SP) die Privatklägerin vorläufig suspendiert hätte, bis die Sache geklärt war. Doch die arrogante Reaktion von Cuendet liess tief blicken: Mit der gehässigen Bemerkung, sie lasse sich von Journalisten nicht ins Geschäft pfuschen, wischte sie die Affäre vom Tisch.

«Fall von Kolonialjustiz»

Die Stimmung im Gerichtssaal war von Anfang an vergiftet. «Wenn Erwin schuldig ist, soll er büssen», sagt sein Bruder Christian Sperisen, «doch jeder Angeschuldigte hat das Recht, ernst genommen und angehört zu werden.» Ihm sei schnell klargeworden, dass das Urteil schon vor dem Prozess festgestanden habe. Mal fiel Cuendet dem Angeklagten mislaunig ins Wort, wenn er nicht sagte, was sie von ihm hören wollte; mal bezichtigte sie ihn entnervt des «Katz-und-Maus-Spiels»; mal mokierte sie sich mit einer sarkastischen Geste über einen Entlastungszeugen.



«Kopfschuss»: Schlüsselzeuge Biret.

Die aggressive Stimmung im Gerichtssaal habe ihn schockiert, sagt Reporter Bédat im Rückblick, etwas Vergleichbares habe er noch nie erlebt. Und er ist mit diesem Eindruck nicht allein. Die Gerichtsreporterin Catherine Focas kritisierte das ganze Verfahren später in der *Tribune de Genève* als einen «Fall von Kolonialjustiz». Hätte es sich bei Sperisen «um einen der lokalen Notabeln» gehandelt, schrieb sie, wäre man wohl nicht derart herablassend mit ihm umgesprungen.

Hält man sich an die im Hauptpunkt nur vier Seiten dünne Anklage von Staatsanwalt Bertossa, gab es einen auf höchster Ebene ausgearbeiteten Mordkomplott. Wer was wie wann genau entschieden und getan hat, liess er offen. Mit gutem Grund. Denn die Anklage stützt sich im Wesentlichen auf zwei Pfeiler, die sich gegenseitig widersprechen: Die Aussagen des Schlüsselzeugen Philippe Biret und die Untersuchungen der Cicig in Guatemala lassen sich schlecht auf einen Nenner bringen.

Birets Version lässt sich relativ einfach widerlegen: Gemäss sämtlichen Berichten erlitt keiner der sieben Häftlinge einen Kopfschuss, und auch zeitlich lag der Franzose, der das Massaker auf den späten Nachmittag verlegte, satte acht Stunden daneben. Warum Bertossa trotzdem an seiner Horrorstory festhielt, liegt auf der Hand: Auch die Angaben der Cicig-Zeugen sind löchrig und widersprüchlich. Und die wenigen Aussagen, die Sperisen belasten, kamen offenkundig durch Kronzeu-

Erwin Sperisen kann heute nur noch auf das Bundesgericht in Lausanne hoffen.

genregelungen zustande: Mitverdächtige, die gegen ihren Vorgesetzten aussagten, wurden mit einem Straferlass und Zeugenschutzprogrammen belohnt. Solche Deals sind nach Schweizer Recht aber illegal, weil die Gefahr einer Falschanschuldigung zu gross ist.

Das Genfer Kriminalgericht pickte unter den widersprüchlichen Aussagen alles heraus, was Sperisen belastete, und verurteilte ihn am 6. Juni 2014 wegen siebenfachen Mordes zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Was gegen seine Schuld sprach, wurde als unwesentlich abgetan, die krassen Unstimmigkeiten in Birets Version wurden mit einem angeblichen Trauma schöngeredet, das seine Erinnerung womöglich leicht verfälscht habe. Das 142 Seiten dicke juristische Machwerk wäre ein Thema für sich. Doch wir brauchen uns damit nicht mehr zu befassen, es ist inzwischen Makulatur.

Mit Urteil vom 12. Juli 2015 qualifizierte das Genfer Appellationsgericht die Schauer-geschichte des Zeugen Biret als unglaubhaft. Auch die Cicig-Untersuchung gewichtete die Berufungsinstanz vorsichtshalber lediglich

als Indiz. Trotzdem gelangten die Richter zu einem Schuldspruch: Erwin Sperisen war der Chef, er trage damit die Verantwortung für die Verbrechen, die unter seiner Herrschaft verübt wurden. Es sei nicht möglich, dass er die Exekutionen nicht bemerkt habe.

Während das Gericht die Kardinalfrage nach Sperisens Mitwissen mit wenigen Seiten abhandelte, dreht sich der grösste Teil der Urteilsbegründung um die Frage, ob tatsächlich eine Exekution vorlag. Nur hatte Sperisen selber diese Möglichkeit gar nie ausgeschlossen. Gemäss seiner Darstellung war sein martialischer Auftritt in Uniform am Rande der Stürmung von El Pavón reine Show. Der Einsatz sei von den jeweiligen Kommandanten geleitet worden, als politischer Chef der Polizei habe er eine rein repräsentative Funktion innegehabt.

Weil Sperisen den Mordplan nicht allein angeordnet haben kann, verurteilte das Genfer Appellationsgericht seinen Stellvertreter Javier Figueroa und den Strafvollzugschef Alejandro Giammattei gleich mit. Nur wurde derselbe Giammattei bereits 2011 in Guatemala in derselben Sache rechtskräftig freigesprochen. Figueroa, der heute als anerkannter Flüchtling in Österreich lebt, wurde 2013 nach einem aufwendigen Geschworenenprozess von jeder Schuld entlastet. Innenminister Carlos Vielmann geniesst derweil das Leben eines Pensionärs in Spanien. Erwin Sperisen kann heute nur noch auf das Bundesgericht in Lausanne hoffen, wo sein Fall hängt ist.

Jean Ziegler mischt sich ein

Warum fühlen sich die Genfer Richter so sicher in dieser verworrenen Geschichte, die sich weitab von ihrer Realität zutrug? Es lag wohl auch an einer Fotografie, die einen 193 Zentimeter grossen, bis an die Zähne bewaffneten Rotschopf bei der Razzia in El Pavón zeigt. Das Bild, das die Berichterstattung über Erwin Sperisen dominierte, wirkt wie eine Karikatur des brutalen Gringo-Söldners, der im Reich der Maya-Bauern über Leichen stampft.

Der Genfer Agitprofessor Jean Ziegler, der eine ganze Reihe von Kommentaren über den Fall verfasste, brachte das Gefühl auf den Punkt: Er beschreibt Sperisen als Sprössling skrupelloser Grossgrundbesitzer, der als «allmächtiger Polizeichef» im Dienste der Oligarchie arme Indiobauern mit «sozialen Säuberungen» knechtete und «dank der energischen, klugen Arbeit von Nichtregierungsorganisationen» endlich zur Strecke gebracht worden sei. Das Bild ist wohlfeil, man kennt es aus Hollywoodfilmen – nur hat es wenig zu tun mit der Realität, die sich dahinter verbirgt.

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe: Die Sperisens – Die abenteuerliche Geschichte einer Auswandererfamilie aus dem solothurnischen Zuchwil.

«Ach Gott, war ich folgsam»

Er spricht gern von «uns Schweizern» und hat als Einziger die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse geleitet. Doch Schweizer ist Oswald Grübel nie geworden: «Man wird kein anderer mit einem anderen Pass.»
Von Wolfgang Koydl und Gian Marco Castelberg (Bild)

Es ist nicht nur der thüringische Akzent, in dem Oswald Grübel immer wieder mal gerne von «uns Schweizern» redet. Irritierend sind vielmehr seine Art und sein Auftreten, die so gar nicht schweizerisch konziliant sind und eher an schlimme Klischees vom hemdsärmeligen, ruppigen Deutschen erinnern: direkt, unverblümt bis unverschämt, permanent misstrauisch und mit jener Art von verletzenden Witz, dem Nichtdeutsche wenig Komisches abgewinnen können.

Hat denn gar nichts Schweizerisches auf Grübel abgefärbt in den mehr als vierzig Jahren, die der 71-Jährige schon hier lebt? Viele Jahre war er zudem nicht irgendeiner der zigtausende deutscher Arbeitnehmer zwischen Lidl, SBB und ETH. Wenn man akzeptiert, dass der Bankensektor einen entscheidenden Teil der schweizerischen DNA ausmacht und dass die beiden Spitzenbanken UBS und Credit Suisse diesen Sektor gleichsam symbolträchtig repräsentieren, dann war Grübel ja einmal so etwas wie ein veritabler Mister Switzerland.

Denn er hat beide Institute als Konzernchef geleitet, eine Leistung, die ausser ihm keinem anderen gelungen ist. Keinem Schweizer und auch keinem Ausländer. «Mich hat man immer erst dann zum CEO gemacht, wenn es kein Schweizer mehr machen wollte», sagt Grübel mit einem Anflug von Selbstironie, die in der Schweiz freilich oft als Angeberei missverstanden wird. Selbst würde er das sicher nicht so salopp formulieren, aber man holte ihn, damit er den Karren aus dem Dreck zog.

Banker, nicht Bankier

Grübel spricht von sich selbst als einem Banker, nicht von einem Bankier. Böse Wortspiele vom «Bankster als einem Gangster in Nadelstreifen» perlen ohnehin an ihm ab. Finanzkrise? Bankenrettung mit Steuergeldern? Wahnsinns-Boni? Weder er selbst noch die Branche hätten sich etwas vorzuwerfen. «Hätte man die Banken untergehen lassen, wäre es noch teurer geworden», wirft er schnippisch ein. Und überhaupt: «Risiko gibt es immer. Ohne Risiko gibt es kein Wirtschaftswachstum.» Und vor allem: «Ohne Risiko würden wir alle vor Langeweile sterben.» Noch im Ruhestand erweist sich ausgerechnet dieser mürrische Deutsche als leidenschaftlichster Verteidiger des alten Schweizer Finanzplatzes.

Langweilig war es Grübel nie, vielleicht gerade deshalb, weil er ein Banker und kein Bankier war. «Ein Bankier ist jemand, der eine Bank be-

sitzt», erläutert er den Unterschied. Ein Banker ist ein Angestellter. Das war Grübel sein ganzes Leben lang. Er gehört zu einer aussterbenden Generation von Finanzleuten, die ihren Beruf wie ein Gewerbe von der Pike auf, von ganz unten, erlernt haben: als Lehrling mit 130 Mark Monatslohn bei der Deutschen Bank in Mannheim, zu einem der mächtigsten Bankvorstände der Welt gebracht hat.

Sein Grossvater hatte ihn überredet, bei einer Bank anzuheuern. Grübel selbst wollte lieber Ingenieur werden und Maschinen bauen. «Ich war im Rechnen gut, aber auch im technischen Zeichnen», erinnert er sich. «Aber mein Grossvater bestand auf einer Bankenlehre. «Da kannst du Geld verdienen, weil die immer Geld haben», war sein ständiger Spruch.»

Bei den Grosseltern wuchs Grübel auf, weil er schon früh seine Eltern verloren hatte. Geboren wurde er 1943 in Ilmenau, ziemlich genau in der

«Ab einem gewissen Alter kriegt Zeit eine andere Bedeutung. Sie wird wichtiger als Geld.»

geografischen Mitte Deutschlands. Seine Mutter starb bereits ein halbes Jahr nach seiner Geburt, der Vater fiel wenig später an der Westfront. «Danach durfte mich jeder mal haben», spottet Grübel sarkastisch über seine Kinder- und Jugendjahre. Obwohl er dafür seinen Ingenieurstraum aufgeben musste, beugte er sich doch dem Willen seines Grossvaters: «Ach Gott, war ich folgsam.» Bereit hat er die Entscheidung allerdings nie.

Das Leben eines Zweigstellenleiters in einer Kleinstadt war es freilich nie, was ihn an seinem Beruf gefiel. «Mich faszinierte, dass das Bankenwesen weltweit operierte», sagt er. Gleich am Anfang steckte man den jungen Mann in die Auslandsabteilung. Dort ging es unter anderem um Schiffsfinanzierungen, und Grübel korrespondierte mit Kollegen, Reedern und Unternehmern in der ganzen Welt. Schon damals ging es dabei nicht immer mit rechten Dingen zu: «Die Leute versuchten, dich zu bestechen», erinnert er sich. Und damals wie heute «fiel man auf, wenn man das Angebot ablehnte».

Abgesehen von menschlichen Schwächen allerdings hat sich das Bankwesen während Grübels Lebenszeit derart umfassend verändert, dass ein grosser alter Banker wie Hermann Josef Abs, der zu Grübels Lehrjahren der legendäre

Vorstandssprecher der Deutschen Bank war, das Geschäft heute vermutlich nicht wiedererkennen würde. Vor allem hat sich das Business in atemberaubender Weise beschleunigt. «Früher hatten Sie drei, vier Wochen, um aus einem Geschäft wieder auszusteigen. Heute haben Sie drei, vier Sekunden», rechnet Grübel vor. Er selbst findet das gut, aber er weiss: «Das überfordert viele, und ausserdem wird das System von einigen missbraucht.»

«Das Volk wunderte sich»

Letzteres hat der Banker am eigenen Leib verspürt. Es war während seiner Amtszeit an der Spitze der UBS, als im Herbst 2011 der Skandal um den Trader Kwaku Adoboli die Finanzplätze London und Zürich erschütterte. Der Händler hatte seiner Bank mit betrügerischen Spekulationen einen Verlust in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar verursacht. Es war der grösste Finanzbetrug der britischen Wirtschaftsgeschichte. Am 15. September wurde Adoboli in Zürich verhaftet, neun Tage später trat Grübel in Zürich als CEO zurück. Als Chef hatte er es für selbstverständlich gehalten, dass er die Verantwortung übernahm. Dass dies in weiten Kreisen als fast schon bizarr altmodisch angesehen wurde, sagte viel aus über den Wertewandel in der Bankenwelt.

Wie sieht er seinen Schritt heute? Bei dem Thema wird der redselige Grübel wortkarg. Nein, er habe seinen Rücktritt nie bereut, gibt er zu. «So ein Schritt ist auch einfacher, wenn man am Ende seiner Karriere ist. Wir wissen doch alle in etwa, wie lange wir noch zu leben haben, und ab einem gewissen Alter kriegt Zeit eine andere Bedeutung. Sie wird wichtiger als Geld.»

Wie sieht er, der Pensionär, die Zukunft der Branche? Entspannt, um es in einem Wort zusammenzufassen. Sicher, die Staaten würden vor dem Hintergrund der Krise das Regulierungskorsett enger schnüren. Aber das habe es schon früher gegeben: «Das Leben, und das gilt auch für die Banken, verläuft in Zyklen», meint Grübel abgeklärt. Und selbstverständlich würde der Staat auch in Zukunft Banken retten und nicht vor die Hunde gehen lassen. Warum? Der Grund ist simpel: «Weil viele Wähler Konten haben», sagt Grübel und lacht trocken.

Natürlich ist ihm nicht verborgen geblieben, dass sich der Ruf der Banken und ihrer Mitarbeiter spätestens seit der Weltfinanzkrise von 2008 deutlich verschlechtert hat. Nach seiner Meinung setzte der Reputationsverlust allerdings schon früher, vor fünfzehn, zwanzig Jah-



«Der Lebensstandard, die Umwelt, die Natur»: Grübel über seine Wahlheimat.

ren ein. Der Grund seien weniger die hohen Gehälter und die noch höheren Sondervergütungen per se gewesen, sondern die neue Vorschrift, diese Zahlungen zu veröffentlichen. «Das Volk», sagt Grübel und deutet mit den Fingern Anführungszeichen in der Luft an, «das Volk wunderte sich, wieso ein Mensch in einem Jahr so viel verdienen konnte wie ein Normalsterblicher in einem ganzen Leben.» Um die hohen Gehälter zu verteidigen, hätten die Banken daraufhin hervorgehoben, wie wichtig ihre Spitzenkräfte seien. «Das waren sie aber gar nicht, und damit wurde die Enttäuschung über die Eliten noch grösser.»

Für Grübel ist Geld nichts Schlechtes. Sähe er das anders, wäre er weder in die Bankenbranche noch in die Schweiz gegangen. «Die boten dreimal so viel Gehalt, wie ich in Deutschland machte», begründet er seine Entscheidung, 1970 zur Credit Suisse zu wechseln. Mindestens ebenso wichtig war allerdings, dass die Banken in Zürich damals frischer, dynamischer und zupackender waren als jeder andere Finanzplatz in Europa. Das traf auch auf London zu, ja sogar ganz besonders auf London, wie Grübel sich erinnert. «London war so verstaubt, das einzige internationale Geschäft dort war die Arbitrage beim Goldhandel zwischen Johannesburg und New York.»

Er hatte sich immer wohl gefühlt in der Schweiz, beteuert er: «Der Lebensstandard, die Umwelt, die Natur. Ich lebe nicht gerne in grossen Städten.» Andererseits habe man ihn auch nie spüren lassen, dass er Deutscher ist. Und es überdies noch immer ist: Er habe nie das Bedürfnis gehabt, sich einbürgern zu lassen, meint der Mann, der jahrelang wie kein anderer den Schweizer Finanzplatz verkörperte. Er habe sich stets als Gast gefühlt, der nicht dieselben Rechte haben müsse wie die Einheimischen.

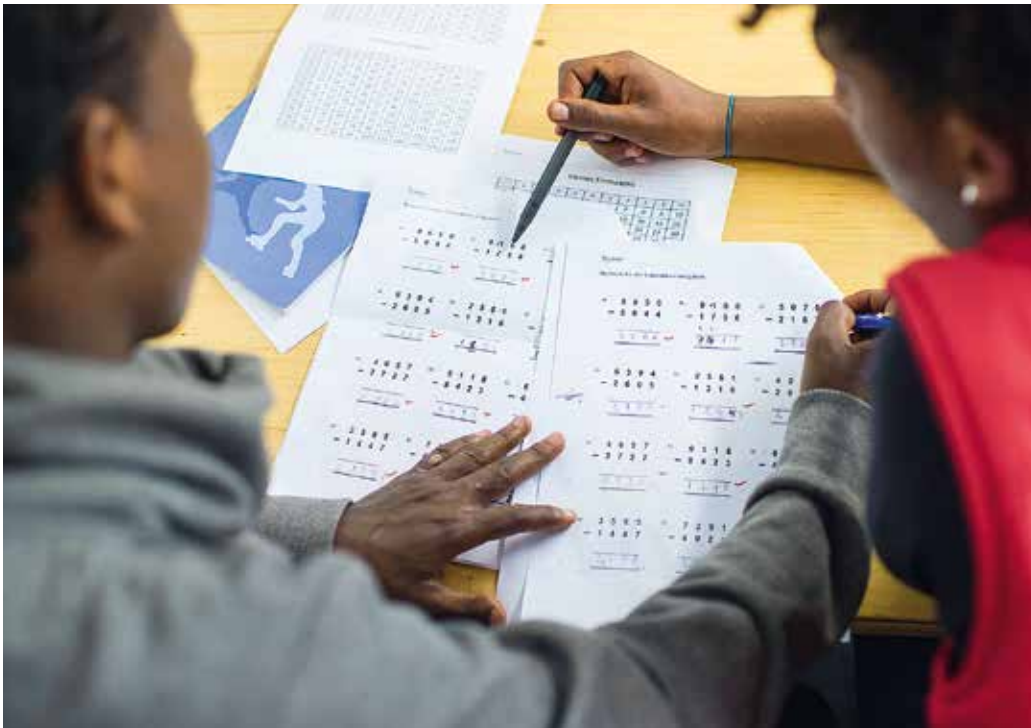
Wissen, wer man ist

Wirklich nicht? Er hat den grössten Teil seines Lebens in der Eidgenossenschaft gelebt und gearbeitet, er hat zwei schweizerische Institutionen aus potenziell existenzbedrohenden Krisen befreit und vorbildlich geführt, er hat Verantwortung übernommen, wie man es eigentlich nur aus eidgenössischen Staatsbürgerkunde-Schriften kennt, und er rechnet sich im Gespräch und in seinen Kolumnen immer wieder zu «uns Schweizern». Und da soll er mit dem Status eines Gastes zufrieden sein?

Grübel blickt versonnen zum Fenster hinaus und überlegt lange. «Wenn man mir einen Schweizer Pass geben würde», murmelt er schliesslich, «würde ich ihn nehmen.» Doch schon im nächsten Satz relativiert er diese Zusage: «Mit einem anderen Pass wird man kein anderer, man bleibt, wer man ist. Und ich brauche keinen Test, um zu wissen, wer ich bin.» Mit anderen Worten: So schweizerisch kann eigentlich nur ein vorbildlicher Deutscher sein – auch wenn er mit Thüringer Akzent redet. ○

«Schweiz muss zahlen»

Die Sozialkosten im Asylbereich überfordern die Gemeinden. Ein kleines Dorf zahlt Hunderttausende Franken für zwei Asylanten-Grossfamilien. Andernorts laufen die Kosten für die schulische Integration aus dem Ruder. *Von Florian Schwab*



Finanzielle Zeitbombe: Förderunterricht für Kinder aus dem Asylbereich.

Vor einigen Wochen warf ein Beitrag hohe Wellen, gemäss dem ein abgelehnter Asylbewerber im Kanton Zürich mehr Geld von der Allgemeinheit bekommt als ein AHV-Rentner (*Weltwoche* Nr. 36/15: «Wie viel bekommt ein Asylant?»). Fast 30 000 Franken betragen die Kosten für einen alleinstehenden Asylanten gemäss Standardansätzen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) – rund 2000 Franken mehr als die Maximalrente eines alleinstehenden AHV-Rentners.

Die Modellrechnung bilde die Belastung der Allgemeinheit allerdings nur unzureichend ab, merkten mehrere Gemeindevertreter als Reaktion auf den Artikel an. In manchen Fällen würden die Leistungen pro Kopf ein Vielfaches von 30 000 Franken betragen. Unerbittliche Kostentreiber seien erstens die umfangreichen Zusatzleistungen zur Sozialhilfe, die der Skos-Katalog vorsieht, und zweitens die Kosten, die an den Schulen entstehen.

Beispiel 1 — Ein Tausend-Seelen-Dorf in der Deutschschweiz. Bis vor zwei Jahren war die Welt hier in Ordnung. Die Sozialfälle konnte man an einer Hand abzählen. Meist waren es alleinstehende Schweizer, die genügsam und dankbar die vorübergehende Unterstützung der Gemeinde annahmen, wie der Gemeindepräsident erzählt. Die Sozialkosten beliefen

sich auf einen tiefen sechsstelligen Betrag.

Mit der sozialpolitischen Idylle war es vorbei, als vor gut einem Jahr eine Familie aus Eritrea Wohnsitz in der Gemeinde nahm. Eine alleinerziehende Mutter mit damals sechs Kindern. Der Exmann wohnt nur wenige Kilometer entfernt und lebt ebenfalls von der Sozialhilfe. Für das Paar zahlt sich das Getrenntleben aus: Es kassiert zweimal Sozialhilfe, was in der Gemeinde den Verdacht nährt, die Eheleute hätten sich aus strategischen Gründen getrennt. Das Eheleben scheint zu funktionieren: Vor kurzem wurde ein weiteres Kind geboren. Mit den Kindern wachsen die Kosten für die Allgemeinheit weiter.

Zusätzlich zog vor einigen Monaten eine zweite kinderreiche Familie aus einem anderen schwarzafrikanischen Land in die Gemeinde. Seither sind die Sozialkosten explodiert. Für 2015 budgetiert die Gemeinde 1,35 Millionen Franken – ein Viertel ihrer voraussichtlichen Steuereinnahmen und viermal mehr als noch vor ein paar Jahren. Der Löwenanteil entfällt auf die beiden afrikanischen Familien. Bis vor kurzem konnte die Gemeinde die Sozialkosten grösstenteils dem Kanton weiterverrechnen, doch spätestens nach zehn Jahren Aufenthalt ist damit Schluss – eine finanzielle Zeitbombe.

Die horrenden Kosten kommen durch «situationsbedingte Leistungen» aus dem Skos-Katalog zustande. So ist die alleinerziehende

Mutter mit dem Haushalt überfordert, weshalb eine Betreuungsfirma sie halbtags beim Einkaufen, Kochen und Putzen begleitet. Zudem gehen die Kosten für Zahnbehandlungen der Einwanderer aus Schwarzafrika jedes Jahr in die Tausende von Franken. Grösster Kostenpunkt ist die Heimunterbringung der Kinder; vier von sieben von ihnen gelten in der Schule als untragbar. Das kostet die Gemeinde 30 000 Franken im Monat. Wenn die Kinder am Wochenende nach Hause kommen, läuft es selten ohne Schäden am Mobiliar ab. Bei der Gemeinde treffen regelmässig Rechnungen für die Selbstbehalte der Hausratversicherung ein. Das Gesetz verpflichtet die Allgemeinheit zur Zahlung. Auf dem Schulhof wird kolportiert, die Kinder der einen Familie hätten die Anspruchshaltung in folgenden Worten gefasst: «Präsident von Schweiz hat uns geholt. Schweiz muss zahlen.»

Beispiel 2 — Eine Kostenexplosion ereignet sich derzeit auch an vielen zürcherischen Schulen. Die vielen Kinder im Asyl- und Flüchtlingsbereich brauchen besondere Aufmerksamkeit. Insbesondere beim Sprachunterricht und bei der sogenannten integrativen Förderung macht das Zürcher Volksschulamt den einzelnen Schulen detaillierte (und teure) Vorschriften. So darf der Unterricht nur in Kleingruppen erteilt werden – und am liebsten einzeln. Die Lehrpersonen müssen eine Zusatzausbildung für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) absolviert haben, die an einschlägigen Hochschulen für rund zehntausend Franken angeboten wird.

Schulen, die bis vor kurzem noch gar keine fremdsprachigen Kinder hatten, müssen extra Lehrer anstellen. Die Vorsteherin einer kleinen Schule mit rund 350 Schülern erzählt, dass sie neuerdings acht Kinder aus dem Asylbereich zu versorgen habe, und rechnet vor: Wollte die Schule allen Auflagen des Volksschulamts gerecht werden, müsste sie jedem Kind eine ganze Lektion DaZ pro Tag zur Verfügung stellen, was Zusatzausgaben von bis zu 180 000 Franken bedeuten würde. Zusammen mit weiteren «integrativen Fördermassnahmen» belaufen sich die Kosten gemäss Überschlagsrechnungen auf gut und gern 30 000 Franken pro Kind und Jahr. Andere Schulen seien in einer ähnlichen Lage. Nur durch Kooperationen zwischen Schulen und durch die flexible Handhabung der Vorgaben sei das Problem zu bewältigen. Hilfe vom Kanton, der die Vorschriften erlässt, gibt es beim Sprachunterricht nicht; die Gemeinden bleiben auf den Kosten sitzen. ○

Uni-Klinik: Fragwürdige Klausel

Die Zürcher Universitätsklinik Balgrist verbietet führenden Ärzten, nach einer Kündigung für andere Spitäler zu arbeiten. Juristen bezweifeln, ob sich das Konkurrenzverbot durchsetzen lässt. Hat es die staatliche Klinik nötig, auf diese Art ihr Personal an sich zu binden? *Von Alex Reichmuth*

Rolf Glogger* arbeitet seit mehreren Jahren für die Zürcher Uniklinik Balgrist, die letzten davon in leitender Stellung. Es war eine arbeitsame Zeit, denn neben seiner Tätigkeit als Arzt hat er Medizinforschung betrieben. Jetzt, als gestandener Facharzt, zieht es ihn weiter. In einigen Monaten tritt er eine neue Stelle bei einer Privatklinik in Zürich an. Diese Stelle ist für ihn doppelt lukrativ: Glogger verdient etwas mehr als bisher – und hat dennoch mehr Freizeit. «Ich verzichte auf die Wissenschaft und habe so mehr Zeit für meine Familie.»

Eigentlich ist alles geregelt. Aber es gibt ein Problem. In Gloggers Arbeitsvertrag mit der Klinik Balgrist ist nämlich ein Konkurrenzverbot angeführt. Er habe während eines Jahres nach Ende des Arbeitsverhältnisses «jegliche Konkurrenzierung der Arbeitgeberin» zu unterlassen, steht dort. Namentlich dürfe er nicht für ein Unternehmen arbeiten, «das ganz oder teilweise denselben Zweck wie die Arbeitgeberin verfolgt oder ganz oder teilweise dieselbe Leistung erbringt». Das Verbot erstreckt sich auf die Stadt Zürich. Halte sich Glogger nicht daran, heisst es weiter, schulde er der Klinik Balgrist eine Konventionalstrafe von 100 000 Franken. Im Klartext: Laut Vertrag dürfte Glogger seine neue Stelle nicht antreten. «Dieses Konkurrenzverbot bedeutet für mich de facto ein Arbeitsverbot für ein Jahr», stellt er fest – denn mit seiner Spezialisierung gebe es in der Schweiz ausserhalb von Zürich kaum Arbeitsmöglichkeiten.

Wo bleibt der Stolz?

Die Klinik Balgrist kennt ein solches Konkurrenzverbot laut eigenen Angaben für «ein halbes Dutzend» Ärzte. Es handle sich «um sehr weit fortgeschrittene Kaderärzte», schreibt Serge Altmann. Der Klinikdirektor rechtfertigt das Verbot mit dem Verhalten anderer Spitäler: «Gewisse Institutionen werben diese hervorragend ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiter leider häufig mit sehr lukrativen Angeboten ab, nachdem diesen die gesamte Weiter- und Fortbildung bis hin zu akademischen Titeln vom Mutterhaus vermittelt worden ist.» Mit der Konventionalstrafe beabsichtige man, «einen Teil unserer Investitionen zurückzuerhalten», so Altmann weiter, «analog einer Transfersumme». Die staatliche Universitätsklinik tritt also wie ein privater Fussballverein auf.

Allerdings: Die Klinik Balgrist dürfte Mühe haben, das Konkurrenzverbot vor einem Ge-

richt durchzusetzen. Dieser Meinung ist der Arbeitsrechtler Eric Vultier, der unter anderem verschiedene Sektionen des Verbands Schweizerischer Assistenz- und Oberärzte vertritt. Ein Konkurrenzverbot sei dann grundsätzlich möglich, sagt Vultier, wenn der Arbeitnehmer bei seiner Tätigkeit Einblick in den Kundenkreis oder in Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnisse seines Arbeitgebers bekommt. «Gültig ist es aber nur, wenn er seinen Arbeitgeber explizit dank diesen Kenntnissen bei einem Konkurrenten erheblich schädigen kann.» Bei Ärzten treffe das in der Regel nicht zu. Zwar komme es natürlich vor, dass Patienten dem Arzt an den neuen Arbeitsort folgen. «Aber die Patienten gehen mit einem Arzt mit, weil sie Vertrauen in diesen haben», sagt Vultier. Diese Kundenbindung habe somit in erster Linie mit der Person des Arztes zu tun, weshalb das Konkurrenzverbot ungültig sei.

Zu diesem Schluss sind auch die Juristen Ullin Streiff, Adrian von Kaenel und Roger Rudolph gekommen. «Das Bundesgericht und die Literatur lassen kein Konkurrenzverbot zu», schrieben sie 2012 in einem Praxiskommentar, «wenn die Kunden dem Arbeitnehmer nicht wegen der beim Arbeitgeber erworbenen Kenntnisse, sondern wegen dessen besonderer persönlicher Eigenschaften und Fähigkeiten folgen».

Heinz Locher findet das Konkurrenzverbot bei Balgrist keine gute Idee. Er könne zwar den «Frust» der Spitalleitung nachvollziehen, sagt der Gesundheitsökonom, dass andere Kliniken regelmässig gute Ärzte abwerben würden. «Aber eigentlich müssten Universitätskliniken stolz sein, dass ihre Leute begehrt sind», meint Locher, «denn das deutet auf deren hohe Qualität hin.» Es sei ja gerade die Aufgabe von Universitätskliniken, innovativ zu sein und gutes Personal auszubilden.

Rolf Glogger jedenfalls will seine neue Stelle trotz der Klausel im Vertrag antreten. Da die Klinik Balgrist aber signalisiert, auf dem Konkurrenzverbot zu bestehen, wird es wohl zu einem juristischen Streit über die Konventionalstrafe kommen. Glogger schaut dem gelassen entgegen. Er schulde seinem bisherigen Arbeitgeber nichts. «Jeder, der neben einer klinischen Tätigkeit universitäre Forschung betreibt, weiss, dass diese vor allem in der Freizeit erledigt wird und keinesfalls in der eigentlichen Arbeitszeit unterzubringen ist», sagt Glogger. Sein etwas höherer Lohn am neuen Arbeitsplatz zeige, dass die Klinik Balgrist in den vergangenen Jahren gut an ihm verdient habe – und damit für allfällige Aufwendungen schon grosszügig kompensiert worden sei.

* Name geändert



Wie ein Fussballverein: Klinik Balgrist in Zürich.

Das Messer des Propheten

Israel erlebt eine neue Gewaltwelle. Palästinenser attackieren Juden auf offener Strasse mit Messern und Schraubenziehern. Terroristenverstehrer rechtfertigen die Angriffe mit der israelischen Besetzung des Westjordanlands. Doch ausschlaggebend für die neue Brutalität sind religiöse Motive. *Von Pierre Heumann*

Nichts leichter als das: Man nehme ein Messer oder einen anderen spitzen Gegenstand, gehe auf die Strasse und steche auf den Erstbesten ein, der einem über den Weg läuft. Seit mehr als zwei Wochen praktizieren Palästinenser diese Art von Terror fast schon im Stundentakt – spontan, unkoordiniert, irgendwo im Land. Mehr als sechzig Juden wurden seit dem Beginn der jüngsten Terrorwelle angegriffen, zehn wurden ermordet, mehrere Dutzend verletzt, zum Teil schwer. Unter den Verwundeten finden sich ein Baby, zwei Jahre alt, ein Teenager, dreizehn Jahre alt, und eine Rentnerin, siebzig Jahre alt.

Das Profil der Attentäter unterscheidet sich von demjenigen früherer Terrorwellen. Es handelt sich in der Regel um Einzeltäter, die nicht von einer Terrorgruppe ausgeschickt werden. Die «einsamen Wölfe» sind entweder Teenager oder Frauen. Sie ergreifen in der Küche ein Fleischmesser oder in der Abstellkammer einen Schraubenzieher – und los geht's. «Der Jüngste, den wir festnahmen, war noch keine zehn Jahre alt», sagt ein Armeesprecher.

Die Palästinenser seien frustriert, versuchen sich etwelche Kommentatoren die Lust am Blut zu erklären. Der Friedensprozess stagniere, die Besetzung und die Siedlungen – Sie wissen schon, so und ähnlich klingen die Deutungsversuche von Palästina-Verstehern, denen stets eine beschönigende Begründung für Gewalt *made in Palestine* einfällt.

Hass auf Nichtmuslime

Dabei ist offenkundig, dass die Freude am Morden weder politisch motiviert – die Attentäter sind nicht organisiert – noch ein Ventil für ökonomische Unzufriedenheit ist. So waren unter den Attentätern der letzten zwei Wochen zum Beispiel eine Studentin aus Nazareth mit besten Jobchancen oder ein Angestellter der grössten israelischen Telefongesellschaft. Die Blutlust ist vielmehr Ausfluss der seit Jahrzehnten, nein Jahrhunderten aufgebauten Kultur des Hasses auf Nichtmuslime. In der aktuellen Terrorwelle erlebt sie wieder einmal eine Renaissance. Die Hooligans fühlen sich dem Islam verpflichtet.

Nichts symbolisiert die Vernetzung von Gewalt und Religion besser als der Prediger Scheich Muhammad Sallah Abu Radschab aus Gaza. In seiner Moschee forderte er neulich von der Kanzel herab die Gläubigen im Westjordanland auf, Juden mit dem Dolch anzugreifen. Während er mit schriller, aufgeregter

Stimme zum Kampf aufrief, fuchtelte er mit einem langen Messer, hielt es theatralisch wirksam einmal mit der linken und dann mit der rechten Hand in die Höhe. Die «Soldaten des Propheten Mohammed in Jerusalem», lautete seine unmissverständliche Botschaft, sollen so viel Angst verbreiten, dass sich Israelis nicht mehr aus dem Haus trauen würden. Und damit alle begreifen, worum es geht, trug er ihnen auf, in den jüdischen Herzen auf den Mythos vom Jerusalemer Tempel einzustechen. Das sei ihre religiöse Pflicht.

Zum Dschihad werden die palästinensischen Messerstecher auch von ihrem Präsidenten Machmud Abbas angestachelt. Zwar hat er seine Sicherheitskräfte aufgefordert, entschlossen gegen Demonstranten vorzugehen; er befürchtet, dass eine dritte Intifada ihn und sein Regime wegfegen würde. Aber seit Mona-



Kampf gegen Einzeltäter: Jerusalem, 14. Oktober.



Ultimative Aufforderung zur Gewalt: Terror-PR.

ten verbreitet er an seinem Regierungssitz in Ramallah die Mär, Israel wolle den Tempelberg für sich allein beanspruchen, um das «zionistische Projekt» voranzutreiben. Was nicht nur eine kühne, sondern auch eine explosive Behauptung ist. Jetzt will er bei der Unesco durchsetzen, dass die Klagemauer als «heilige muslimische Stätte» anerkannt wird. Die Klagemauer ist die frühere Westmauer des Plateaus.

Hingebungsvolle Killer

Der Felsendom wurde von den arabischen Eroberern Jerusalems dort gebaut, wo früher der Zweite Tempel gestanden hatte. Das Plateau mit dem Felsendom ist deshalb in beiden Religionen historisch zentral. Die Tatsache, dass sowohl der Islam als auch das Judentum diesen Ort in der Jerusalemer Altstadt als heilig verehren, akzeptiert Abbas nicht. Er ist, ähnlich wie die meisten Muslime, nicht bereit, den jüdischen Anspruch gleichberechtigt neben dem des Islam zu respektieren. Demgegenüber hat Israel seit 1967, als die Altstadt erobert wurde, alles darangesetzt, um dem Anspruch und den religiösen Gefühlen der Muslime gerecht zu werden. Die Palästinenser aber werfen Israel Geschichtsfälschung vor: Einen jüdischen Tempel habe es in Jerusalem nie gegeben.

Mit kruden Anschuldigungen wie «Die Juden entweihen mit ihren dreckigen Füßen die Al-Aksa-Moschee» vergiftet Abbas die auch so schon spannungsgeladene Koexistenz. Mit Sprüchen wie «Jeder Tropfen [palästinensisches] Blut, der in Jerusalem vergossen wird, ist reines Blut» fordert er zur religiös motivierten Schlacht. Vielleicht sind diese Behauptungen sein letzter Versuch, seine tiefen Popularitätswerte bei den Palästinensern zu steigern und der radikalislamischen Hamas, die das Westjordanland übernehmen möchte, die Stirn zu bieten. Wie in vielen anderen Ländern des Nahen Ostens haben religiöse Strömungen auch bei den Palästinensern an Einfluss gewonnen. In den beliebten und von allen Jungen genutzten sozialen Medien wird diese von Abbas verbreitete Kampf Stimmung verstärkt und mit klaren Cartoons illustriert – nein: gehetzt. Mit Motiven aus der Nazizeit werden Juden verteufelt und Anleitungen zum «perfekten Attentat» zum Nulltarif abgegeben: wo man zustechen oder wie man den Schaft halten soll. Ihre inspirierenden Informationen und giftigen PR-Botschaften beziehen die Teenager über Kanäle wie Whatsapp, Twitter und Facebook.



«Der Jüngste, den wir festnahmen, war noch keine zehn Jahre alt»: Protest im Gazastreifen, 9. Oktober 2015.

Palästinenser verfügen zwar über effizientere Waffen als Messer oder Schraubenzieher, wie man aus früheren Aufständen weiss. Aber von den einfachen Instrumenten erhoffen sie sich im Kampf um die öffentliche Meinung einen Vorteil. Sie präsentieren sich als Underdog, damit die Welt sieht, wie verzweifelt ihr Kampf gegen die Atommacht Israel ist. Die grausamen Attacken mit dem Dolch demonstrieren zudem eine kalte Gleichgültigkeit gegenüber individuellen Opfern – morden könnte man mit anderen Mitteln ja auch aus Distanz, ohne den Betroffenen in die Augen schauen zu müssen.

Vorbild der Messerstecher sind die Terroristen des Islamischen Staats (IS), insbesondere deren Clips, die zeigen, wie Ungläubige ge-

köpft werden. Der IS hat zwar im Westjordanland (noch) keine Filialen. Salafi-Gruppen gibt es aber einige. Die Liste islamischer Terrorvorbilder geht jedoch historisch weiter zurück. Die giftige Botschaft der Assassinen, die als hingebungsvolle Killer mit dem Dolch in der einen und mit dem Pass fürs Paradies in der anderen Hand auch nach Hunderten von Jahren in lebhafter Erinnerung sind, ist immer noch relevant. Die muslimischen Sektierer versuchten in der Regel nicht, ihr Attentat lebend zu überstehen. Im Gegenteil: Wenn ein Assassine bei einem Angriff nicht starb, galt das oft als Schmach.

Die ultimative Aufforderung zur Gewalt enthält aber der Koran. Im sogenannten Schwertvers findet sich der ausdrückliche Befehl, die

Heiden zu töten, «wo immer ihr sie findet». Dass das von Islamisten bis in die Neuzeit ernst genommen wird, zeigt ein Zitat des früheren Al-Qaida-Chefs Bin Laden, in dem er sich auf die Schwertsure 9,5 bezieht. «Gelobt sei Allah, der diesen Schwertvers seinem Diener und Boten enthüllt hat, um die Wahrheit herzustellen und die Falschheit zu vernichten», lobte der Terrorfürst den Propheten vor zwölf Jahren. In modernen (wissenschaftlichen) Interpretatio-

Vorbild der Messerstecher sind die Terroristen des Islamischen Staats.

nen wird zwar betont, dass die Aufforderung bloss in Kriegszeiten Gültigkeit habe. Das mag sein. Aber Palästinenser wännen sich im Krieg, einen Angriff auf die Al-Aksa-Moschee abzuwehren und diese zu verteidigen. Sie können sich dabei übrigens auf Bin Laden berufen, sagte er doch, dass «Kreuzritter und Juden» von den heiligen Stätten zu entfernen seien.

Palästinenser, die mit einem Messer zustecken, wissen: Weil die israelischen Sicherheitskräfte keine Risiken eingehen, sind die Überlebenschancen der Angreifer gering. Damit wird die Attacke mit grösster Wahrscheinlichkeit zu einem Selbstmordattentat. Was sie aber nicht abschreckt. Sie wissen sich damit nämlich in bester Gesellschaft.

Alte Märtyrertradition

Der iranische Revolutionsführer Ajatollah Chomeini hat Selbstmordattentate in den 1980er Jahren wieder neu aufleben lassen. Er wählte einschlägige Textpassagen aus dem Koran und den Hadithen, um potenzielle Selbstmordattentäter religiös zu motivieren und zu überzeugen. Er erinnerte an den alten Glauben, wonach das Selbstmordverbot im Islam nicht gilt, wenn sich einer für ein «heiliges Ziel» umbringt. Für die Anrufung der alten Märtyrertradition hatte Chomeini pragmatische, sogar eigennützige Gründe. Im langen und verlustreichen Krieg gegen den Irak brauchte er dringend Soldaten, die ihr Leben für den Iran opferten. Die kranke Selbstmordideologie sprang in der Folge auf den Libanon über, wo schiitische Milizen im Jahr 1983 zwei verheerende Attentate auf amerikanische Einrichtungen durchführten, einmal auf die US-Botschaft in Beirut mit 63 Toten und wenig später auf Unterkünfte der US-Marines, wo 299 Menschen umkamen.

Seither gehören Selbstmordattentate weltweit schon fast zur Routine. Wo und wann immer sie verübt werden, suchen Experten nach raffinierten Erklärungen, bemühen sich, die Motive zu verstehen. Mit einer Ausnahme. Greifen Palästinenser zum Mittel des Terrors, kann der Grund nur die israelische Besetzung sein. So einfach ist das. ○

«Eine duldsame Kultur»

Ungarns Parlamentspräsident László Kövér ist einer der ältesten Weggefährten von Ministerpräsident Viktor Orbán. Der *Weltwoche* sagt er, warum er Europas Ende fürchtet, und er prophezeit eine Revolte gegen den «geistigen Terror der politischen Korrektheit». Von Boris Kálnoky

Herr Kövér, am Wochenende wurde die ungarisch-kroatische Grenze geschlossen, wie schon diejenige zu Serbien. Was halten Sie davon?

Wir verhindern damit, dass unkontrollierte Menschenmassen über die Aussen-grenze der Schengen-Zone kommen. Wir erfüllen damit unsere rechtlichen Pflichten. Zugleich machen wir klar, dass der ungarische Staat – anders als andere Staaten – kein Migrationsreisebüro ist und dass wir Ungarn nicht zu Mittätern werden wollen bei der Zerstörung Europas.

Das ungarische Parlament hat die EU in diesem Sinne aufgefordert, «Europa zu verteidigen». Tut sie das nicht?

Nicht nur ich bin der Meinung, dass das europäische Institutionengefüge gescheitert ist. Auch immer mehr Politiker in den Nationalstaaten und Intellektuelle sind dieser Meinung. Es mutet vordergründig so an, als ob administrative Inkompetenz das Hauptproblem wäre. Aber es geht um tiefer liegende Übel: Die EU kann nicht einmal entscheiden, was sie über die Flüchtlingskrise denkt – ob sie gut oder schlecht ist. Wenn man nicht einmal das entscheiden kann, dann kann man das Problem auch nicht lösen. Ein amerikanischer Think-Tank-Analyst fragte uns einmal: «Die EU? Was ist das? Ruft mich an, wenn es wirklich eine geben sollte.» So viel steht fest: Die EU von heute ist nicht mehr diejenige, von der Adenauer und Schuman träumten.

Ungarns Stimme wird in dieser Lage immer lauter. Ist das Land isoliert, oder wird es zu einem einflussreichen Akteur in der Krise?

Seit der Fidesz die Wahlen 2010 gewonnen hat, versuchen Europas Linke, das Land zu isolieren, besonders in den europäischen Institutionen. Es wurde versucht, Ungarn wegen der Ansichten seiner politischen Elite, wegen seiner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an den Pranger zu stellen. Das ist gescheitert, weil in der Demokratie immer noch zählt, was die Menschen denken. Die gingen in krisenhaften Augenblicken für die Regierung auf die Strasse und wählten 2014 wieder den Fidesz. Jetzt befinden wir uns in der Mitte einer neuen Angriffswelle.

Was haben Sie diesmal Böses verbrochen?

Wir haben es gewagt, unsere nationalen Interessen zu formulieren und auch durch-

zusetzen. Wir haben sogar glaubhaft machen können, dass unsere Interessen sich mit denjenigen Europas und insbesondere der mitteleuropäischen Länder decken. Diese neuen Angriffe sind noch gründlicher gescheitert. Diesmal nicht nur an der ungarischen öffentlichen Meinung, sondern auch an der Unterstützung, die wir aus anderen mitteleuropäischen Ländern bekommen. Viele Politiker der westlichen, sogenannten alten EU-Staaten sind eher mit Viktor Orbán einverstanden als mit denjenigen, die in der Flüchtlingskrise eine Chance sehen.

Das alte Mitteleuropa findet wieder zusammen?

In allem Schlechten ist auch etwas Gutes. In der Slowakei, in Tschechien und Polen erkennt man, dass die Dinge, die uns trennen, nicht so gross sind wie die gemeinsamen Gefahren und Herausforderungen, vor denen

«Vielleicht sind wir wegen der kommunistischen Vergangenheit sensibler für solche Dinge.»

wir stehen. Unsere Differenzen sind kleiner als das, was uns in unserer jahrhundertealten Schicksalsgemeinschaft verbindet.

Tschechische Grenzwächter und ein polnischer Hubschrauber helfen derzeit, Ungarns Südgrenze zu sichern. Entsteht ein gemeinsamer Grenzschutz der Vise-grád-Gruppe – also Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Polens?

Es ist eher eine symbolische Unterstützung als eine wirkliche Verstärkung der Grenz-sicherung. Am Ende werden es nicht mehr als jeweils fünfzig Polizisten aus Tschechien, der Slowakei und Polen sein. Es geht darum, dass diese Länder ihre Solidarität mit uns und ihr Verständnis für unsere Politik zum Ausdruck bringen wollen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird von manchen dafür gelobt, dass sie den «Mut hat, zu führen» – notfalls gegen die öffentliche Meinung. Sie aber haben Politiker «feige» genannt, die den Willen ihrer Wähler missachten. Ist Frau Merkel feige?

Es ist schon seltsam, wenn Politiker, die die Interessen ihrer Wähler vertreten, als Populisten abgestempelt werden. In der Demokratie geht es doch genau darum! Bei uns nennt man das Parlament immer noch Volksvertretung. Natürlich ist es auch die Aufgabe der

politischen Elite, anstelle der Wähler deren Interessen und Werte zu formulieren und Ziele vorzugeben. Aber wenn das in Widerspruch gerät zum tatsächlichen Willen der Bürger, dann erfüllen solche Politiker nicht mehr ihre Funktion. Die eigenen Ansichten der Mehrheit aufzuzwingen, das geht nur diktatorisch. Wir hatten das ja schon in der braunen und in der roten Diktatur. Heute ist es die Diktatur der politischen Korrektheit.

Politische Korrektheit ist diktatorisch?

Ganz entschieden. Genosse Kádár und Genosse Breschnjew hätten ihre Freude, wenn sie sehen könnten, wie heute die öffentliche Meinung geformt wird. Da bekomme ich Bauchweh. Ich fühle mich manchmal wie Anfang, Mitte der achtziger Jahre, als ich und viele andere merken mussten, dass wir in einer Welt ohne Luft lebten. Die Stasi war in dieser weichen Endphase des Kommunismus unsichtbar, trat nicht wirklich auf. Aber die Atmosphäre war unerträglich. Heute gibt es eine ähnliche unsichtbare moralische Zensur, einen geistigen Terror in Europa. Wie damals sind die Täter dieses geistigen Terrors Leute, die das Volk zu seinem Glück zwingen wollen, ob es ihm gefällt oder nicht. Oft waren diese Meinungsführer mal Maoisten und Marxisten, bevor sie Liberale wurden.

Sie haben angedeutet, die Flüchtlingskrise bringe das Ende dieser politischen Korrektheit. Wie denn?

Das ist doch schon jetzt so. Die Menschen lehnen sich auf. Sie können im Internet verfolgen, wie massiv die Leser in den Kommentarspalten der Zeitungen den dort verbreiteten Meinungen widersprechen. Sie protestieren auf den Strassen. Nicht nur wegen der Flüchtlingspolitik, sondern auch wegen der undurchsichtigen Art und Weise, wie der geplante Freihandelsvertrag zwischen Europa und den USA ausgehandelt wird.

Die Ablehnung in diesen Fragen scheint in den früheren Ostblockstaaten grösser als im Westen. Woran liegt das?

Vielleicht sind wir wegen der kommunistischen Vergangenheit sensibler für solche Dinge. Jedenfalls spüren die Menschen, dass es so nicht weitergeht, mit dem Verschweigen von Problemen, Ablenken, Ausweichen, während Europa in seiner tiefsten Krise versinkt.

Überall erstarken sogenannte populistische Parteien, die AfD in Deutschland, der Front



«Wenn wir verlieren, verliert ganz Europa»: László Kövér.

national in Frankreich, die FPÖ in Österreich, die SVP in der Schweiz. Sind das extreme, nationalistische, rassistische Kräfte?

Wenn die FPÖ in Wien dreissig Prozent bekommt und man sie extrem nennt, dann bedeutet das, dass man dreissig Prozent der Wähler extrem nennt. Oder dumm – weil sie nicht verstehen, wen sie da wählen. Tatsache ist: Wenn die Mitte-rechts-Parteien sich nicht aus der Gefangenschaft der sie umarmenden Linken befreien können, dann öffnen sie rechts Räume für radikale systemkritische Kräfte. Das ist in Wien der ÖVP widerfahren.

Kanzlerin Merkel sieht in den Migranten Europas Zukunft, Orbán sieht darin Europas Ende. Wer hat recht?

Beide. Aus den demografischen Prognosen der westeuropäischen Städte können wir ablesen, wann es den ersten muslimischen Bürgermeister in Köln geben wird oder in Antwerpen. Das ist die Zukunft. Die europäische Kultur, die erfolgreichste der Welt, ist aus einer fruchtbaren Mischung jüdischer und christlicher Traditionen entstanden. Eine andere Stärke Europas ist die Vielseitigkeit der nationalen Kulturen. Diese Zivilisation ist untrennbar mit ihrem christlichen Erbe verbunden. Schon jetzt, auch ohne die jetzige Einwanderungswelle, ist die demografische Situation an der Grenze zur Hoffnungslosigkeit und dürfte zum Ende dieser Zivilisation führen. Nicht in der fernen Zukunft, sondern in der Lebenszeit unserer Kinder, spätestens unserer Enkel.

Was uns zu der Behauptung führt, Ungarn wolle die christliche europäische Kultur verteidigen. Ist Europa nicht bereits durch und durch atheistisch?

Es geht nicht um die leider schwindende Zahl der praktizierenden Christen. Es geht darum, dass unser kulturelles Erbe untrennbar mit dem Christentum verbunden ist. Renaissance-Gemälde, die Architektur des 16. Jahrhunderts, die Musik des Barocks – all das ist ohne den Bezug zum Christentum nicht verstehbar. Dieses Erbe spricht aus unseren Redewendungen und Alltagsreflexen. Oft sagen wir etwas, ohne zu wissen, dass wir damit aus der Bibel zitieren. Wie einer unserer Bischöfe sagte: «In Europa sind auch die Atheisten Christen, zumindest kulturell.» Es ist eine duldsame Kultur und Religion – und das ist ihre Schwäche: Ihre Gegner, egal ob liberale Weltverbesserer oder Islamisten, sind nicht duldsam. Obwohl sich Liberale gern tolerant nennen.

Kann die Angst vor einem solchen Ende Europas Frau Merkel die Kanzlerschaft kosten?

Ich mag sie persönlich, und die CDU/CSU ist unser wichtigster Partner in der EU. Es

László Kövér

Mit seinem mächtigen Schnauzer, seiner direkten Art und seiner romantischen Heimatliebe gilt Ungarns Parlamentspräsident László Kövér als echter Magyar, wie die Ungarn ihre urigsten Charaktere zu nennen pflegen. Berüchtigt wurde er durch seinen Versuch, die Asche des umstrittenen Siebenbürger Schriftstellers József Nyirö in dessen Heimat neu zu bestatten – also in Rumänien. Das sorgte für einen Eklat. Er lässt sich selbst von Ministerpräsident Viktor Orbán nichts sagen, zu dessen engsten Freunden und Weggefährten er seit Studentenzeiten zählt. Er wurde 1959 geboren und ist Gründungsmitglied der heutigen Regierungspartei Fidesz. Während der Wende nahm er an den Verhandlungen am runden Tisch teil, 1990 wurde er Parlamentsabgeordneter. Seither hielt er mehrere hohe Ämter: Vorsitzender des Ausschusses für nationale Sicherheit, Fraktionschef, Parteichef, Minister für Fragen der nationalen Sicherheit. Nach der Wahlniederlage 2006 schwor er, seine Haare wachsen zu lassen bis zum nächsten Sieg. 2010 gewann der Fidesz, und er wurde – mit kurzen Haaren – Parlamentspräsident. László Kövér ist verheiratet und hat drei Kinder. BK

ist in unserem Interesse, dass sie diese Krise so managt, dass sie, Europa und Ungarn gestärkt daraus hervorgehen – unter Berücksichtigung der entsprechenden nationalen Interessen. Leider ist das, was die EU in dieser Frage bislang anstellt, nicht nur gegen unsere Interessen, sondern tritt auch geltendes euro-

«Wir wollen nicht Ungarn auflösen und erneut zur Provinz eines Imperiums werden.»

päisches Recht mit Füßen. Früher wurde Ungarn beschuldigt, den Rechtsstaat zu beseitigen. Heute bekümmert es weder EU-Kommission noch -Parlament, wenn sie uns ein Quotensystem aufzwingen, für das es keine Grundlage in den europäischen Verträgen gibt. Es wäre nur rechtens, wenn sich die Staats- und Regierungschefs im EU-Rat einstimmig dafür entschieden. Jede andere Vorgehensweise ist nicht legitim.

Wird Ungarn die EU verklagen?

Die Fidesz-Fraktion im Parlament hat die Regierung bereits aufgefordert, alle denkbaren rechtlichen Schritte zu prüfen.

Aber das Asylrecht gehört doch zu den Kompetenzen der EU, und der Rat der Innenminister hat mit qualifizierter Mehrheit entschieden.

Wir sind der Meinung, dass der Innenminister-Rat damit seine Kompetenzen überschritten hat – natürlich auf Initiative der grossen Mitgliedsländer, und zwar genau deswegen, um den Konsenszwang im Rat der Regierungs- und Staatschefs zu umgehen. Damit wurde jenen Ländern Gewalt angetan, die einer solchen Entscheidung nicht zustimmten.

Führt die Krise zu einem einheitlicher geführten Europa?

Die Krise wird sowohl von den Befürwortern einer europäischen Föderalisierung instrumentalisiert als auch von denjenigen, die wie wir sagen: «Wir sind, als wir der EU beitraten, nicht einem Bundesstaat beigetreten, sondern einer Union souveräner Staaten. Wir haben dabei nur auf so viel Souveränität verzichtet, wie es in den europäischen Verträgen vorgesehen war.» Wir wollen nicht Ungarn auflösen und erneut zur Provinz eines Imperiums werden. Das haben wir öfter durchlitten, unter den Türken, den Deutschen, den Russen. Wir haben keine Lust, unsere Geschichte nach eintausend Jahren als degradierte Randprovinz eines euroatlantischen Imperiums zu beenden.

Sie sind einer der ältesten Freunde und Weggefährten von Ministerpräsident Viktor Orbán. Wie würden Sie ihn charakterisieren?

Er ist ein Mann mit aussergewöhnlichen Fähigkeiten und eine echte ungarische Figur. In unserer Geschichte fanden sich immer wieder Führungspersonlichkeiten, die bereit waren, in schweren Zeiten vor ihr Volk zu treten und es zu führen – meist in später verlorenen Freiheitskriegen. Orbán ist so eine Gestalt und hat sich ja selbst oft auf diese Freiheitskriege bezogen.

Und wird auch verlieren?

(Schmunzelt) Wenn wir verlieren, verliert ganz Europa.

Ungarn erneut als Verteidiger Europas?

Die beiden zentralen Daten unserer gemeinsamen Geschichte enden beide mit der Zahl 56: 1456 schlug eine von János Hunyadi geführte christliche Armee die Türken bei Belgrad. Das andere Datum ist 1956, unser Aufstand gegen die Kommunisten. In beiden Fällen ging es uns auch darum, europäische Werte zu verteidigen.

Am Ende stand dennoch die Niederlage – gegen die Türken wie gegen die Russen. Werden Sie auch Ihren jetzigen Kampf verlieren?

Ich denke, den wirtschaftlichen Freiheitskrieg haben wir bereits gewonnen. Jetzt findet ein anderer Kampf statt, der unserem Freiheitskrieg von 1848/49 gleicht. Damals waren zahlreiche Polen und viele andere an unserer Seite [gegen die Habsburger] – genau wie jetzt in der Flüchtlingskrise. Es gibt eine schöne Sammlung von Soldatenliedern aus jener Zeit, aber keine Angst, ich werde sie jetzt nicht singen. ○

Trump sei Dank

Donald Trump ist keine Witzfigur. Der rüpelhafte Tycoon, der im Lager der Republikaner Krämpfe auslöst, setzt das Räderwerk der Demokratie in Gang. Wer den Überflieger abfängt, wird gestählt ins Rennen um das Weisse Haus steigen. *Von Urs Gehrig*

Wenn sein Name fällt, rollen die Augen. Als «Rüpel», «Schwätzer», «Gefahr» wird Donald Trump bezeichnet oder auch als «Clown». Seit hundert Tagen läuft bei den Republikanern der Vorwahlkampf für die Präsidentschaft, und der «Clown» ist immer noch im Rennen. Er führt das Feld an. Mit dreifachem Vorsprung auf Parteigrößen wie Jeb Bush oder Marco Rubio. Irgendetwas muss der Geschmähte richtig machen.

Der Tycoon, der im Immobilien- und Entertainmentgeschäft ein Milliardenvermögen gebunkert hat, weist eine Reihe von Trümpfen auf, die er gekonnt ausspielt. Nach seiner Popularität gefragt, sagte Trump neulich: «Es ist mein Aussehen! Ich sehe umwerfend aus!» Was man von Trumps Humor halten mag, ist einerlei. Er ist, so viel steht fest, höchst effektiv. Der Mann, der aufkreuzt wie eine Mischung aus Yoda mit Flachstoupet und einem dampfplaudernden Staubsaugerverkäufer, zerreisst mit seinen Sprüchen die steife Atmosphäre, die gewöhnlich in der Politarena herrscht. Sein aufgeblasenes Ego ist Trumps erster Trumpf.

Trump hat 4,6 Millionen Follower auf Twitter, bald so viele wie der Papst. Er ist ein Entertainer, der mit gespitzter Schnute charismieren kann und in der nächsten Sekunde mit Ameisensäure um sich spritzt. Er spricht sogenannten «brutale Wahrheiten» aus wie: «Lobbyisten diktieren unsere Gesetze», oder: «China und Japan haben unsere Wirtschaft kaputtgeschlagen». Trump scheut keine Vereinfachung, und er nimmt kein Blatt vor den Mund. Das ist sein zweiter Trumpf. «Ich habe diesen politisch korrekten Dreck gestrichen satt», sagt er.

Trump verschont niemanden mit seinen ätzenden Tiraden, die oft tief unter die Gürtellinie zielen. Mexikanische Immigranten nennt er «Vergewaltiger». Konkurrent Jeb Bush verlacht er als «Weichling». Jungstar Senator Marco Rubio als «schwitzenden Schulbuben». Trump ist ein Punk, der sich keinen Deut um Anstandsregeln schert. Auch im Umgang mit Frauen nicht. «Schau dir das Gesicht an!», sagte er über Gegnerin Carly Fiorina, die ehemalige Chefin des Hightech-Unternehmens Hewlett-Packard. «Wird irgendjemand dafür stimmen?»

Die Strategie des Brutalo-Angriffs scheint aufzugehen. Das Feld seiner Gegner lichtet sich. Prominente Namen wie Scott Walker und Rick Perry sind aus dem Rennen. «Jeder, der mich attackierte, ging zu Boden. Bumm!», triumphiert Trump. So stellt er sich einen echten Präsidenten vor: als Rächer, der jeden

Angreifer zur Strecke bringt. Das ist sein dritter Trumpf, er präsentiert sich als unerschrockener Leitwolf. Als unbestechlicher dazu.

Vetternwirtschaft, Lobbyismus, Spezialinteressen hätten Washington im Klammergriff, prangert er an und rennt damit bei Millionen Politikverdrossenen offene Türen ein. Als Selfmademan sei er niemandem etwas schuldig. Der Milliardär hat seine eigene Kriegskasse. Sie ist so prall gefüllt, dass er jahrelang Wahlkampf führen könnte. Das ist sein vierter Trumpf: «Ich bin nicht käuflich», sagt er. Damit spielt Trump auf seine Kernkompetenz an: seinen Goldfinger im Geschäftemachen. «Amerika verliert Jobs nach China und Japan, überallhin. Wir machen schreckliche Verträge.» Er zeige seit Jahrzehnten, wie man mit diesen Leuten Handel treibe. «Ich mache die härtesten Deals.» Sein Verhandlungstalent spielt er als fünften Trumpf aus. Wobei er suggeriert, das Land lasse sich managen wie ein Privatunternehmen.

Trump's Konkurrenz scheint wie gelähmt. Sie wähnt in ihm einen Verschwörer. Er sei ein Wolf im Schafspelz, der die Republikaner infiltriere und mit populistischem Hokusfokus das Wahlvolk verführe. Und wie immer, wenn man einen Feind mit Argumenten nicht packen kann, geht man auf seine Klientel los. Politstrategie Jonah Goldberg hat für Trumps Anhänger – in Anlehnung an Marx – sogar eigens einen Namen kreiert: «Trumpenproletariat».

Wehmütig schiebt das republikanische Establishment ins Lager der Demokraten, wo Hillary Clinton in der ersten Debatte gegen eine weichgespülte Konkurrenz einen Home-Run hinlegte. Tatsächlich sind die Republikaner Trump zu Dank verpflichtet. Trump ist kein Clown. Er ist das ultimative Stahlbad für jeden Präsidentschaftsanwärter. Er holt die Kandidaten aus der Reserve. Er testet ihre Nerven und ihre Argumente. Das ist ein Kernelement gelebter Demokratie. Sowie das Ziel von Vorwahlen: Anwärter auf Herz und Nieren zu prüfen, ihre Schwachstellen offenzulegen, damit der Nominierte schliesslich gestärkt ins Rennen ums Weisse Haus steigt.

Und wenn dieser – wie vielseitig befürchtet – doch Donald Trump heissen sollte? Noch ist der Weg lang. In den nächsten Tagen will Trump seinen Schlachtplan in Buchform präsentieren: «Crippled America». Darin werde er offenlegen, «wie man Amerika wieder gross macht». Das sei «nicht schwer», behauptet er in der Buchankündigung. «Wir brauchen bloss jemanden, der den Mut hat, zu sagen, was gesagt werden muss.» Mit einer grossen Klappe allein ist das freilich nicht zu schaffen. Die nächste Gelegenheit, den Überflieger zu grounden, bietet sich am Mittwoch bei der dritten Republikaner-Debatte in Boulder, Colorado. Experten erwarten einen neuen Zuschauerrekord für den Showdown.



«Ich bin nicht käuflich»: Präsidentschaftskandidat Trump.

Böses Blut

Seit Jahren wird Elizabeth Holmes in den Medien kritiklos als Jungunternehmerin gefeiert, die der Medizin zum nächsten Durchbruch verhelfen könnte. Jetzt werden erstmals Zweifel an den Labortests der amerikanischen Selfmade-Milliardärin laut. *Von Pierre Heumann*



Wenn ein Silicon-Valley-Hype die Wirklichkeit übertrifft: Elizabeth Holmes, 31.

Elizabeth Holmes zählt selbst in der an Erfolgsgeschichten reichen amerikanischen Hightech-Szene zu den erstaunlichsten Figuren. In wenigen Jahren hat sie im Silicon Valley nicht nur ein kleines Imperium aufgebaut. Die 31-Jährige droht damit in eine etablierte, abgeschottete und lukrative 75-Milliarden-Dollar-Branche einzudringen. Forsch und zielstrebig eilte die Jungunternehmerin von

Erfolg zu Erfolg. Sie wurde als Frau gefeiert, die der Medizin zum nächsten Durchbruch verhelfen könnte. Bis vor kurzem.

Prominente Verwaltungsräte

Obwohl noch unerfahren und ohne Leistungsausweis, konnte sie Amerikas Prominenz für den Verwaltungsrat ihres Unternehmens gewinnen. Dazu gehören Leute wie Henry Kis-

singer oder George P. Shultz. Dass das Durchschnittsalter der Verwaltungsräte mit achtzig Jahren auffallend hoch ist, störte die Investoren nicht. Sie waren begeistert von der intelligenten, ehrgeizigen, cleveren und – ja – auch schönen Unternehmerin, die wusste, was sie wollte, und sie überwiesenen deren Start-up Theranos gleich mal 400 Millionen Dollar. Euphorisch hiessen auch die Anleger Holmes willkommen. Die Börse bewertet ihre Firma, die sie erst vor zehn Jahren gegründet hat, inzwischen mit neun Milliarden Dollar. Davon besitzt Holmes mehr als die Hälfte. Für *Forbes* war deshalb klar: Sie ist «die jüngste weibliche Selfmade-Milliardärin der Welt».

Im Stil von Steve Jobs

Ihr Geschäft ist der Saft, den sie am wenigsten mag: Blut. Sie habe ein Verfahren entwickelt, mit dem Bluttests schneller, einfacher, billiger und schmerzloser als bisher möglich seien, preist sie ihre Innovation. Statt das Blut aus den Venen zu ziehen, ermögliche es ihre Erfindung, mit einem harmlosen Stich in den Finger einen Tropfen Blut zu gewinnen und damit sehr viele Tests durchzuführen. «Denn wissen Sie», pflegt sie ihrem Publikum anekdotisch zu erzählen, «seit meiner Kindheit habe ich eine schreckliche Angst vor diesen Nadeln, die bei der Blutentnahme angesetzt werden.» Das sei aus ihrer Sicht mit Folter vergleichbar. Deshalb habe sie sich entschlossen, etwas dagegen zu unternehmen. Wenn die Leute keine Angst mehr vor der Blutentnahme hätten, würden sie sich häufiger untersuchen lassen und damit für ihre Gesundheit sorgen.

Wer «Elizabeth Holmes» googelt, kann die unkritische Begeisterung nachlesen, die den Aufstieg der Unternehmerin begleitet, vielleicht sogar ermöglicht hat, weil zu jedem erfolgreichen Start-up ein Medienhype gehört. Das aufstrebende Genie mit dem Engels Gesicht, das die Welt verbessern will – welcher Reporter wagte es da noch, skeptische Fragen zu stellen? Die *Financial Times* nannte sie eine von Amerikas «erfolgreichsten Unternehmerinnen». Qualitätsblätter wie *The New Yorker* und *Forbes* widmeten ihr seitenlange Jubelgeschichten und beschrieben ausführlich, ja voller Dankbarkeit, wie sie mit ihrer Innovation die Medizin revolutioniere. Immer wieder wurde auch ihr Charakter gerühmt: Workaholic, ledig und ungebunden, Veganerin, mit einer bescheidenen Zweizimmerwohnung in Palo Alto – das sind die häufigsten Begriffe, die

in den Artikeln erwähnt werden. Sie sei eine Frau, die keine Zeit habe, Bücher zu lesen, ohne Fernseher lebe, nur an die Arbeit denke und ausschliesslich das Wohl der Menschheit im Auge habe. Als ob sie Steve Jobs nacheifern wollte, hiess es immer wieder, zeige sie sich gerne im schwarzen Rollkragenpullover.

Jetzt aber steht sie im Sperrfeuer der Kritik. Schuld daran ist eine Recherche des *Wall Street Journal*. Deren Reporter John Carreyrou warf ihr am 15. Oktober vor, das Publikum, vielleicht sogar Regierungsbeamte bewusst in die Irre geführt zu haben. Was die Schnellstarterin versprochen habe, habe sie nicht gehalten, schrieb der Reporter, der in diesem Jahr für seine Recherchen im Gesundheitssektor mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnet wurde.

Seine Vorwürfe sind happig. Theranos habe nur einen kleinen Teil der Bluttests mit den von Holmes entwickelten Laborinstrumenten durchgeführt. Im Dezember sei das firmeneigene System zum Beispiel lediglich fünfzehnmal eingesetzt worden. In neunzig Prozent der Tests kamen folglich externe Apparate zur Anwendung.

Das habe seine guten Gründe, so das *Wall Street Journal*: Die Resultate der Blutproben mit den von Holmes entwickelten Geräten seien nämlich «unpräzise». Theranos habe bisher nie öffentlich gesagt, dass sie die Mehrheit der Tests «mit traditionellen Maschinen durch-

führt, die sie von Unternehmen wie Siemens kauft», schreibt Carreyrou. Sollte das zutreffen, würde es sich um eine Irreführung von Patienten, Investoren und Anlegern handeln.

Statt wie bisher vor staunendem Publikum von ihren Erfolgen zu erzählen, sieht sie sich angegriffen. «Wenn ein Silicon-Valley-Hype die Wirklichkeit übertrifft», hiess es diese Woche zum Beispiel in der *Los Angeles Times*. In der *New York Times*, wo sie noch am 14. Oktober als eine der fünf visionären Hightech-Unter-

«Zuerst glauben sie, du seist verrückt, dann bekämpfen sie dich.»

nehmerinnen gelobt wurde, «die die Welt verändern», heisst es online nun kleinlaut und relativierend: «Nachdem das Porträt publiziert worden war, gab es im Zusammenhang mit Theranos neue Entwicklungen.»

Unterschiedliche Resultate

Wer im Streit «*Wall Street Journal* vs. Holmes» recht hat, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Ein Rechtsanwalt der Firma räumt zwar ein, dass die Firma noch nicht alle Tests in den eigenen Maschinen durchführe. Aber das sei das Ziel, und es werde bestimmt erreicht. Holmes indessen lässt die Vorwürfe nicht auf sich

sitzen. Der Bericht enthalte «faktische und wissenschaftliche Fehler». Der Rechercheur habe zudem «mehr als tausend Seiten von Aussagen und Dokumenten» ignoriert, die ihm die Firma zur Verfügung gestellt hatte. In einem Interview mit dem TV-Sender CNBC stellte sich Holmes als Opfer dar. So ergehe es jenen, die die Welt verbessern wollten, sagte sie: «Zuerst glauben sie, du seist verrückt, dann bekämpfen sie dich, und dann veränderst du plötzlich die Welt.» Zudem sei ihr klar, dass die Konkurrenz – immerhin Firmen wie Quest Diagnostics und Laboratory Corporation of America – Carreyrou bewusst mit falschen Informationen versorgt habe. Denn aufgrund ihrer Innovation würden die Profite der Branche deutlich fallen.

Inzwischen melden sich aber auch Kritiker zu Wort, die bisher geschwiegen haben, zum Beispiel der ehemalige Apple-Spitzenmann Jean-Louis Gassée im Wirtschaftsmagazin *Fortune*. Er habe sein Blut bei Theranos und bei der Universität Stanford testen lassen. Die Resultate von Theranos seien mehrfach signifikant anders ausgefallen als in den Labors von Stanford. Das machte ihn neugierig. Also liess er sein Blut am nächsten Tag wieder von Theranos testen. Zu seinem Erstaunen wich das Resultat stark von demjenigen des Vortags ab. Ein Brief an Holmes, in dem er um Aufklärung bat, sei unbeantwortet geblieben. ○

Andreas Thiel: Humor – Das Lächeln des Henkers

Was ist Humor? Wann ist Lachen gut?
Wann ist Lachen böse?

Der Satiriker Andreas Thiel erklärt, warum das Böse Angst vor dem Humor hat und warum man diesen gerade deshalb nicht verlieren darf. Von der altindischen Philosophie über den Buddhismus bis hin zu religiösen und kulturellen Unterschieden in Europa und anhand der Mechanismen, welche Komiker anwenden, um ihr Publikum zum Lachen zu bringen, erklärt Andreas Thiel, warum wir Menschen unsere Differenzen nur mit Humor überwinden können.



1. Auflage 2015
Zirka 300 Seiten, Fr. 39.– / € 39.–
ISBN 978-3-85932-771-9
Erscheint Ende Oktober



Platin-Club-Spezialangebot

Einführungsangebot

Andreas Thiel:
Humor –
Das Lächeln des Henkers
Gebunden, Hardcover
Fr. 35.– (zzgl. Versandkosten) statt Fr. 39.–

Bestellungen

Bitte senden Sie eine E-Mail mit Ihrer vollständigen Adresse an: buecher@werdverlag.ch, oder rufen Sie uns an über Telefon 033 336 55 55. Werd & Weber Verlag AG, Gwattstrasse 144, 3645 Gwatt

www.weltwoche.ch/platinclub





Es gibt keinen freien Boden mehr in Europa wie seinerzeit in den Weiten Amerikas: Flüchtlinge an der Grenze zu Österreich.

Ideal der Verantwortung

Die Masseneinwanderung wie die nach Deutschland wird von den Einheimischen als Inbesitznahme von Eigentum empfunden. Misstrauen, Angst und vielleicht auch gewaltsamer Widerstand können die Folgen sein. Diese Realitäten muss ein Politiker in Betracht ziehen. *Von Gerd Habermann*

Es scheint in der derzeitigen Diskussion um eine kaum mehr kontrollierte Massenwanderung nach Deutschland, dass auf der einen Seite der kalte Egoismus und die Abwehr der «Besitzenden» stehen – die Unmoral –, auf der anderen aber die spontane Hilfsbereitschaft und warmherzige Solidarität. Wir sehen, dass vielen hilfsbereiten Menschen, besonders in Deutschland, die Herzen höherschlagen, wenn sie unglücklichen Flüchtlingen und Asylsuchenden aus Kriegsgebieten, mörderischen Diktaturen oder Gegenden hoffnungsloser Armut beistehen. In der Tat wird kaum einem, der dieses Schauspiel sieht, das Herz kalt bleiben. Indessen stellt sich die Frage, ob diese spontane Ethik der Liebe, des brüderlichen Abgebens und familiären Teilens auch die Ethik der Politik leiten kann.

Diese Frage stellt sich ja auch in der Ökonomie: Der Unternehmer, der das «Brot» – als Un-

ternehmer – nicht teilt, sondern im Wettbewerb mit seinesgleichen vermehrt, dabei den harten Regeln des Marktes unterworfen ist und bei Strafe des Untergangs nach stetiger Rentabilität strebt, wird häufig mit der Liebes- und Teilungsethik der Leute konfrontiert, die sein Tun als lieblos und hartherzig-egoistisch bewerten und seine Erfolge und seinen Profit bargewöhnen. Trotzdem muss er die Ethik des Vermehrens praktizieren, mit der wunderbaren Folge des Wohlstands für alle, wie es Adam Smith dargestellt hat. Sankt Martin teilt den Mantel und lindert dadurch gegenwärtige Not – dies wird der Unternehmer als Privatmensch gewiss auch tun –, aber als Unternehmer gründet er eine Mantelfabrik und verschafft dem Bettler dort einen Arbeitsplatz, so dass er sich einen Mantel kaufen kann, statt zu betteln. So können die Sozialämter und Mütter

Teresa aus aller Welt die Armut verwalten und lindern; aber der Unternehmer überwindet sie strukturell und als Massenerscheinung. Wer hat nun die höhere Moral?

«Ihr müsst euch ändern!»

Der Politiker ist mit den besonderen Regeln seiner Sphäre konfrontiert, besonders auch der Tatsache, dass der Staat das legitime Gewaltmonopol für sich beansprucht und auch mit diesem Mittel für die Durchsetzung der elementaren Verhaltensregeln – den allgemeinen Landfrieden – sorgt. Er sieht sich der Tatsache gegenüber, dass die politischen Gemeinschaften – Völker, Staaten – im Wettbewerb miteinander stehen und das verständliche Bedürfnis haben, ihre kulturellen und sozialen Besonderheiten zu bewahren, selbst in schönsten Zeiten des Freihandels. Auch der

liberalste Staat hat doch zumindest die Aufgabe, seinen Bürgern nach innen und aussen Schutz zu gewähren. Diese Aufgabe wird durch Freundschaften und gemeinsame Erinnerungen der Bürger erleichtert: Sie werden durch Gefühle der Zusammengehörigkeit in ihrem Land verwurzelt und beheimatet. Diese soziale Kohäsion fördert die Zusammenarbeit und den sozialen Frieden, minimiert somit den Einsatz von Zwang.

«Völkerwanderungen» stellen dieses Gefüge in Frage. Einwanderung, wenn sie eine bestimmte Grössenordnung überschreitet und vor allem wenn sie nicht auf freien Einzelverträgen und wechselseitigem Vorteil und Wunsch und auf dem Konsens der privaten und öffentlichen Eigentümer beruht, sondern auf dem Streben grosser, derzeit teilweise fast frei über die Grenzen ziehender Menschenmengen nach sozialer und ökonomischer Teilhabe an einem Wohlfahrtsstaat, den sie nicht aufgebaut haben, in dem Sprache, Religion und Sitten seiner Bewohner ihnen fremd sind – dies kann nur zu harten Umverteilungskämpfen, Ressentiment und sozialer Desintegration bis hin zu Parallelgesellschaften mit No-go-Areas für die Einheimischen führen. Dies besonders dann, wenn alles mit grosser Geschwindigkeit vor sich gehen soll und von oben noch mutwillig forciert wird, während den erschrockenen Eingesessenen gepredigt wird: «Ihr müsst euch ändern!» (Warum eigentlich?) Integration ist ja keine Sache nur weniger Jahre und allein des guten Willens der Beteiligten.

Eine Art Grössenwahn

Die erste Begeisterung des Teilens mag bald vorüber sein, wenn es etwa bei knapper werdenden Ressourcen zu Beschlagnahmungen (wie schon in Hamburg oder Berlin) oder Zwangseinquartierungen und einer Steuererhöhung zugunsten der «anderen» und einem verschärften Wettbewerbskampf auf dem Arbeitsmarkt, namentlich im Niedriglohnbereich, kommt; wenn das Sozialbudget durch viele Köpfe mehr geteilt werden muss; mit Menschen, mit denen man nicht dieselbe elementare landsmannschaftliche Verbundenheit fühlt, wie dies im Deutschland nach 1945 und wieder nach 1990 der Fall war.

Auf der Unterscheidung von «wir» und «ihr» beruht nun einmal jede Gemeinschaftsbildung, von Familie und Nachbarschaft an aufwärts. Warum muss, wie der Bundespräsident am 3. Oktober sagte, «zusammenwachsen, was nicht zusammengehört»? «Wir schaffen das», versichert die Kanzlerin anhaltend – aber was, wenn nicht? Was bedeutet das dann? «Ultra posse nemo obligatur» – über das Können hinaus wird niemand verpflichtet. Deutschland ist entsprechend dem liberalen Subsidiaritätsprinzip erst einmal und primär für seine eigene Existenz zuständig und ver-

antwortlich. Es ist eine Überdehnung seiner Verantwortlichkeit, wenn es diese auf den Erdkreis ausdehnt, indem es seine Grenzen preisgibt. Auch dies ist eine Art Grössenwahn.

Mit «Völkerwanderungen» haben die Römer seinerzeit schlechte Erfahrungen gemacht. Schliesslich ging ihr Reich darüber zugrunde, und mit ihm all die Herrlichkeiten griechisch-römischer Stadtkultur. Die Chinesen hatten auch wenig zu lachen, bevor sie ihre Grosse Mauer bauten. Nicht viel besser sind auch unsere historischen Erfahrungen mit Vielvölkerstaaten: Was ist aus Österreich-Ungarn, Jugoslawien, der Sowjetunion, selbst der Tschechoslowakei geworden? Die Bestrebun-

Jede Gemeinschaftsbildung beruht auf der Unterscheidung von «wir» und «ihr».

gen sich traditionell unterscheidender Volksteile nach Sezession und Selbstbestimmung sind derzeit besonders in Spanien, Belgien, Grossbritannien und ja selbst im fernen Québec, China und Russland zu beobachten und überall virulent, wo die kulturellen oder ökonomisch-sozialen Voraussetzungen dazu vorliegen. Was gewisse naive Liberale (des französisch-konstruktivistischen Typs, Hayek würde sagen: «falscher Individualismus») nicht wahrhaben wollen: Es gibt nicht den atomhaften Einzelnen und die ihm gegenüberstehende Menschheit, sondern diese ist zu ihrem Vorteil in konkurrierende Völker, Regionen, Religionen oder Staaten gegliedert.

Es gibt keinen freien Boden mehr in Europa wie seinerzeit in den Weiten Amerikas. Alles ist schon in Besitz genommen. Ob nun privat oder als öffentliche Infrastruktur, Wald und Ödland. Eine erzwungene Völkerwanderung ist eine Inbesitznahme dieses Eigentums – so wird es jedenfalls von den einheimischen Eigentümern empfunden: als Angriff auf das «proprium» [das Besondere, Eigentümliche] – auch kulturell. Sie antworten darauf nach aller Erfahrung mit widerstrebendem Misstrauen, Angst und Sorge und schliesslich vielleicht auch gewaltsamem Widerstand.

Das Richtige aussprechen

Diese Realitäten muss ein Politiker in Betracht ziehen. Er darf nicht den Idealen einer universalistischen Gesinnungsethik verfallen (das mag er wie der Unternehmer als Privatmensch tun), er muss nach den voraussehbaren Folgen für das Gemeinwesen fragen, das ihm anvertraut ist: das heisst, den Idealen der Verantwortungsethik folgen. Dies ist nicht «unmoralisch», sondern sein Ethos und seine Pflicht. Er handelt unverantwortlich, ja unmoralisch, wenn er nicht dieser hohen Pflicht nachkommt. Privat- und Staatsmoral liegen hier nicht auf derselben Ebene.

Was bedeutet das für die gegenwärtige Situation? Die Politik der Europäer, namentlich der Deutschen, muss um die Abwehr und Kanalisierung einer unkontrollierten Massenwanderung besorgt sein. Die Mittel dazu sind bekannt und werden diskutiert, zum Teil schon praktiziert. Es ist diese Völkerwanderung nichts, was als Verhängnis über Europa kommt und hilflos hinzunehmen ist. Wir haben sie sogar selbst durch leichtfertiges Reden, schlechte Gesetze, schlechte Aussenpolitik und besonders unseren Wohlfahrtsstaat mit seinen falschen Anreizen herbeigeführt.

Es ist Sache der politischen Kunst, das Richtige auszusprechen und es auch zu tun, die «Einwanderung» verantwortungsethischen Imperativen und eigenen Interessen zu unterstellen. Mit Xenophobie hat dieser Standpunkt nicht das Mindeste zu tun. Es liegt auch im langfristigen Interesse derjenigen, die sich aus Sehnsucht nach einem besseren Leben auf die Wanderung begeben haben. Wünschen wir unseren Politikern mit Max Weber «die geschulte Rücksichtslosigkeit des Blicks in die Realitäten des Lebens, sie zu ertragen und ihnen innerlich gewachsen zu sein».

Gerd Habermann ist Honorarprofessor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam.

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)

www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antwortalon

Weltwoche 2015

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
- Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber)

E-Mail

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum AG, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich



Fohlen im Kornfeld: Gisele Bündchen, vergnügt.

Warum die?

Von Beatrice Schlag

Die Frau, die lachend im Abfallsack steht, wirbt tatsächlich für Mode. Obwohl es keinen Betrachter interessiert, aus wessen Kollektion das winzige Höschen stammt, das sie trägt. Dazu ist die Umgebung zu bemerkenswert. Maleratelier? Zweckentfremdete Garage? Jedenfalls eine über Jahre entstandene Harmonie, die man so für ein Fotoshooting nicht inszenieren kann. Aber reden wir nicht länger vom Ambiente. Denn was man wirklich anstarrt, ist die vergnügte, ziemlich nackte Blonde, die mittendrin steht. Gisele Bündchen, natürlich, die mit der Bubentaille, den unendlichen Oberschenkeln und dem weichen, grosszügigen Busen unter den verschränkten Armen. Man sieht ihn hier zwar nicht, aber jeder weiss es. Es gibt genug Fotos von ihr mit unver-schränkten Armen und sehr viel Busen.

Kein Model wurde so reich durch Arbeit wie die Brasilianerin mit den deutschen Vorfahren, die, selbst wenn sie nicht lächelt, nie beleidigt aussieht, sondern nur konzentriert. Sie geht über Laufstege, als müsse sie dringend irgendwohin. Dabei stapft sie so energisch über den Boden, dass ein hingerissener Journalist sie mit einem Fohlen im Kornfeld verglich. Aber ihr Erfolg scheint keine Schule zu machen, obwohl jede Gisele sein möchte. Warum blicken die meisten Models nach wie vor empört in die Kameras, als sei ihre Schönheit ein unvorstellbares Los von Pein? Welche weltfremden Fotografen verlangen das? Obwohl Bündchens Karriere, die um die Jahrtausendwende explodierte, gleichgesetzt wurde mit dem Ende des «Heroin-Chic» in der Branche, ist der Empörungs-Chic geblieben.

Der seit Jahrzehnten in London lebende deutsche Modefotograf Juergen Teller, der dieses Bild letztes Jahr machte, ist einer der wenigen Stars seiner Branche, die darüber auch Langeweile empfinden. Er fotografiert schöne Models am liebsten ungeschminkt, mit Poren, vergnügt. Er fotografierte seine alte Auftraggeberin Vivienne Westwood nackt, als sie 68 war, und brachte zu den Aufnahmen Frau und Sohn mit, weil er so nervös war. Seine über fünfzehnjährige kollegiale Zusammenarbeit mit Marc Jacobs endete in diesem Jahr, als Jacobs ihm befahl, Miley Cyrus für die neue Kampagne zu fotografieren. Teller kündigte: «Fuck, warum sollte ich die fotografieren?» In den nächsten Jahren wird er in Nürnberg Gastprofessor an der Akademie für Bildende Künste. Nürnberg? Er hatte klingendere Angebote, Yale, Paris, London – «aber man hat ein bestimmtes Heimweh».

Giovanni Bianco/Steven Meisel: Gisele. Limited Edition. Taschen. 536 S., 500 Euro



Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Jojo Moyes:** Ein ganz neues Leben (*Wunderlich*)
- 2 (2) **David Lagercrantz:** Verschwörung (*Heyne*)
- 3 (4) **Jo Nesbø:** Blood on Snow. Der Auftrag (*Ullstein*)
- 4 (5) **Jussi Adler-Olsen:** Takeover. Und sie dankte den Göttern (*DTV*)
- 5 (6) **Eveline Hasler:** Stürmische Jahre (*Nagel & Kimche*)
- 6 (–) **Umberto Eco:** Nullnummer (*Hanser*)
- 7 (–) **Franz Hohler:** Ein Feuer im Garten (*Luchterhand*)
- 8 (8) **Paula Hawkins:** Girl on the Train (*Blanvalet*)
- 9 (7) **Hansjörg Schneider:** Hunkelers Geheimnis (*Diogenes*)
- 10 (3) **Charlotte Roche:** Mädchen für alles (*Piper*)

Sachbücher

- 1 (1) **Henning Mankell:** Treibsand (*Zsolnay*)
- 2 (2) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 3 (3) **Guinness World Records 2016** (*Hoffmann und Campe*)
- 4 (–) **Rüdiger Safranski:** Zeit (*Hanser*)
- 5 (–) **Arno Renggli:** Der Hund starb – was er nicht überlebte (*Wörterseh*)
- 6 (10) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 7 (–) **Rusty Young:** Marschpulver (*Riva*)
- 8 (5) **Per J. Andersson:** Vom Inder, der ... (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 9 (7) **Ajahn Brahm:** Der Elefant, der das Glück vergass (*Lotos*)
- 10 (4) **Annemarie Wildeisen:** Einfach Wildeisen (AT)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Ben Vautier

Die Ausstellung mit Meisterwerken aus der Kunstsammlung von alt Bundesrat Christoph Blocher im Winterthurer Museum Oskar Reinhart wird zurzeit von Besuchern überrannt. In der grandiosen Schau dominieren Anker und Hodler, doch auch ein anderer Name fällt auf: Benjamin Vautier. Nein, Blocher hat nicht etwa Vautiers Skandalbild «La Suisse n'existe pas» erworben, sondern ein Werk des gleichnamigen Landschaftsmalers, eines Zeitgenossen Ankers und Ururgrossvater des umstrittenen Konzeptkünstlers. Der noch lebende Benjamin Vautier, genannt Ben, hat diesen Sommer für die *Weltwoche* das Cover für die Sondernummer «Nach links» gestaltet, nun ist ihm im Basler Museum Tinguely eine grosse Ausstellung gewidmet. Dem rastlosen und sympathischen Künstler wäre zu gönnen, wenn seine Werke dort ähnlich viel Aufmerksamkeit erleben könnten wie zurzeit jene seines Ahnen in Winterthur. (rb)

Gesellschaft

Eine Form der Schönheit

Ob Sittenverfall oder edles Begehren, ob Techtelmechtel auf Ashley Madison oder «Tristan und Isolde»: Stets fasziniert der Seitensprung. Literatur und Film zeigen, warum. *Von Sarah Pines*

Erst Viagra für Männer, jetzt Potenzmittel für Frauen. Filme, die von körperlosem Bildschirmsex künden. Triste Stripklubs mit bordeauxfarbenen Velours-Sesseln im Stil der achtziger Jahre, in die längst keiner mehr geht, während Davidoff-Cool-Water- oder Chanel-Werbepots seit Jahren dieselben unerhörten Geschichten von Begegnungen zwischen schönen Fremden an überhängenden Kliffen oder cinderellahaft auf dem Heimweg von Galadiner erzählen. – Die Gegenwart ist, heisst es, sexübersättigt. Doch stimmt das?

Etwa die Hälfte aller Männer in Grossbritannien, das ergab eine Umfrage, würde für einen neuen Plasmabildschirm sechs Monate lang auf Sex verzichten. Fast 83 Prozent der Amerikaner mittleren Alters glauben gemäss einer anderen Umfrage, wahre Liebe in einer Ehe komme ohne Geschlechtsverkehr aus. Sozialstudien belegen, dass nach einer Phase sexueller Freizügigkeit und Toleranz – von den späten sechziger Jahren bis in die frühen neunziger Jahre – für das neue Jahrtausend zunehmende Sexverdrossenheit herrscht. Hauptgrund: Die sexuelle Inflation in westlichen Gesellschaften befördert nicht nur konservative Einstellungen gegenüber sexuellen Freiheiten, sondern auch Langeweile angesichts Sex bis zum Verzicht darauf. Davon ausgenommen: die nicht abbrechende Faszination für die leidenschaftliche Romanze und den Seitensprung.

Das individuelle Glück hat Vorrang

Es sei ja eine «alltägliche Erfahrung», schrieb Sigmund Freud, «dass die Treue, zumal die in der Ehe geforderte, nur gegen beständige Versuchungen aufrechterhalten werden kann». Um diesem Drang gerecht zu werden, so Freud weiter, verschaffe die Gesellschaft Frauen und Männern stets gewisse Spielräume: Flirts, Bordellbesuche, heute das Tummeln in Online-Medien, Chatrooms, auf *cyberporn*- und Escortdienst-Sites. Umfragen in Europa und Nordamerika kommen zum Ergebnis, dass 20 Prozent aller Männer und 18 Prozent aller Frauen ihren Partner betrügen. Männer tendieren zu mehreren Seitensprüngen, Frauen meist nur zu einem. Überdies erachten 91 Prozent aller Amerikaner Untreue als unmoralischer als Polygamie, das Klonen von Menschen, Abtreibung, Pornografie oder Sex zwischen Minderjährigen. Gleichzeitig wächst die gesellschaftliche Toleranz für Scheidungen – einst soziales Stigma. Das individuelle Glück, so der Tenor, habe Vorrang vor der stabilen Familie.

Ein neuer US-Blockbuster ist die auf dem Sender Showtime seit Herbst 2014 ausgestrahlte Serie «The Affair»: Noah, Schriftsteller mit Schreibblockade, Ehemann reicher Erbin, Vater von vier Kindern, trifft Alison, mit Löwenmähne, verheiratet mit einem Pferdebauern, Kellnerin in Long Island. Bei einer Art Tombola lernen sie sich kennen, haben eine Sommeraffäre, starren gemeinsam auf die Atlantikwellen, geben sich durch, wer wen zuerst toll fand. Alison wird Noahs Muse, eine Mördergeschichte gibt es auch noch. Beim Schauen verwirrendes



Sünde, notwendiges Übel oder Abenteuer im positiven

Gedankenflackern: Wäre jener zwischen Pferdebauer und reicher Erbin nicht ein interessanterer Seitensprung gewesen als der von nörgelndem Mittelmass Noah mit der tranig-melancholischer Alison? Egal. Es muss nicht immer «Tristan und Isolde» sein.

Vielleicht zeigen die beiden Tatsachen, dass sich mit der zweiten Staffel die Zuschauerzahlen verdoppelt haben und dass in den USA die Ashley-Madison-Liebesaffären des strenggläubigen Christen Josh Duggar (verheiratet, vier Kinder) für mehr mediale Empörung sorgen als sein Missbrauch der eigenen Schwestern – das mit den Mädchen habe man ihm ja noch verzeihen können, fand der republikanische Präsidentschaftskandidat Mike Huckabee, eheliche Untreue aber übersteige die Grenzen der Toleranz – umso eindrücklicher, worum es bei der Faszination Seitensprung geht: Ob lipglossige Schmonzette oder «Anna Karenina» – stets stellen sich dieselben Fragen: Warum genau wer-

den Menschen untreu? Ist es narzisstische Sehnsucht nach dem «anderen Leben»? Ist der «langweilige» Partner schuld? Gibt es ein urzeitliches Fremdgeh-Hormon? Sind Betrügende nur unglücklich in ihren Ehen? Kann man ausser dem Partner noch einen anderen Menschen lieben? Eindeutige Antworten hierauf gibt es nicht. Untreue fasziniert sicher auch wegen dieser Unklarheiten: Sünde, notwendiges Übel oder Abenteuer im positiven Sinn – wie kam es zu dieser Ambivalenz? Hat sich der Umgang mit dem Seitensprung je verändert? War er immer nur Klatschspaltensensation? Gibt es Edleres zu entdecken?

In der Antike oblag dem Mann die Machtausübung über Polis, Haushalt und Sklaven. Der Philosoph Aristoteles empfahl Männern daher, die Selbstbeherrschung zu kultivieren, denn nur wer sich selbst beherrsche, könne Untergebene zu Gehorsam zwingen. In Sachen Sexualleben forderte Aristoteles Mässigung:

Der Mann durfte Verhältnisse eingehen – mit jungen Männern oder Kurtisanen –, jedoch sollte ihm stets der aktive, kontrollierte Part zukommen, niemals der passive, unkontrollierte. Unbeherrschtheit beim Mann – Orgien, Trägheit, Unlust gegenüber härteren Sportarten, Neigung zu Parfüm und Schmuck – kam nur für Tyrannen und Verweiblichte in Frage. Die Frau war auch zu sexueller Beherrschung aufgerufen, doch ergab diese sich aus ihrer gesetzlichen Abhängigkeit von ihrem Ehemann. Treue in der Antike war keine Sache zwischen Ehepartnern, in der sich der eine um des anderen willen sorgen sollte, sondern jeder sollte sie im Verhältnis zu sich selbst einhalten: Der Mann eben deshalb, weil er Herrschaft ausübte, die Frau, weil sie ihrem Gatten unterworfen war. Helenas Untreue mit Paris, die zum Trojanischen Krieg führte, die zahlreichen Verwandlungen Zeus' – etwa in einen Schwan und in einen Goldregen, um ungesehen seine Frau, die Göttin Hera, zu betrügen –, Kaiser Nero, der den Mann seiner Mätresse zum Selbstmord zwang, um sie heiraten zu können: Viele Erzählungen aus der Antike beschäftigten sich mit Untreue, die bisweilen exzessive Züge annimmt.

Aufriss- und Abschleppkultur

Seit biblischer Zeit bezeichnet Untreue (lateinisch: *infidelitas*, Ungläubigkeit) den Gottesverrat durch den Bruch eines der Zehn Gebote. «Du sollst nicht ehebrechen», «du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib». Der neue Gedanke: Untreue ist nicht mehr – wie in der Antike – Angelegenheit des Einzelnen, sondern Paarsache und gleichzeitig Vertrauensbruch gegen Gott, Todsünde. Geschichten, die nur das biblische Gebot und dessen moralische Konsequenzen aufgreifen, sind jedoch selten, meist geht es um die ambivalente Freude, Schönstes im moralisch Falschen zu entdecken.

Im 12. Jahrhundert wurde in Frankreich die höfische Liebe erfunden, eine Praxis der oberen Gesellschaftsschicht: Ritterliche Troubadouren priesen die Reize unerreichbarer, verheirateter Adelsdamen. Beide, Anbetender und Angebetete, hatten strikt platonisch zu bleiben. Selbstaufopferung trotz Lust zum Seitensprung – erstmals wurden der Frau ähnlich starke aussereheliche Gefühle zugestanden wie dem Mann. Eheleute, so die damalige Annahme, empfänden sicher Zuneigung füreinander, die wahre Liebe aber liege woanders, im irrationalen, unwiderstehlichen Hingezogensein zu einer anderen Person, mit der es letztlich keine Zukunft geben kann oder darf. So entstand die Idee von der heimlichen, sowohl für den Fremdliebenden als auch für den Heimpartner Leid verursachenden Liebe. Interesse an bereits Vergebenen zu bekunden – die an den Höfen entstandene Galanterie war ein Vorläufer des heutigen Flirts. In einer Mischung aus Witz, unbeugsamer Anbetung und sexuellen Unter-



Sinn: «Der Riegel» von Jean-Honoré Fragonard (1777).

A young woman with dark hair tied back, wearing a patterned blouse and black pants, sits on a green bench. She is looking towards an elderly woman with white hair, wearing a white short-sleeved shirt and a colorful patterned scarf. They are sitting on a green bench in front of a blue train carriage. The background is slightly blurred, showing the train's structure and windows.

GELESEN

«Wenn die Rente nicht zum Leben reicht»

GELESEN

«24 000 Franken Studienkosten - wer zahlt's?»

tönen war es Teil des sozialen Spiels unter Adelligen, Interesse an Verheirateten zu bekunden (da sich hier besser Distanz wahren liess), etwa bei höfischen Veranstaltungen wie Tanzbällen, Spaziergängen oder beim Kartenspiel. Flirten war Teil der Etikette, doch allein der König lebte offiziell semipolygam: Gegen Mitte des 15. Jahrhunderts wurde Agnès Sorel die erste anerkannte Mätresse im französischen Königssystem; die letzte, Madame de Pompadour, starb 1764. In Erinnerung bleiben diese und viele andere Königsmätressen nicht nur wegen ihrer erotischen Macht über Könige, sondern auch als Stil-Ikonen, welche die Kleider- und Haarmode, Inneneinrichtungen und Essgewohnheiten beeinflussten.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts glitt die Galanterie in die Libertinage ab, eine ständeübergreifende Aufriss- und Abschleppkultur, in der jeder, Mann wie Frau, Seitensprünge akkumulieren konnte. In Texten des Marquis de Sade, des von Ludwig XV. protegierten Theaterschreibers Beaumarchais und des Komödienschreibers Molière ging es um Untreue und Dekadenz – der Adel näherte sich den niederen Ständen, Damsellen liessen sich von alten Baronen schwängern, die gleichzeitig mit Dienstmädchen schliefen, Frauen niederen Adels schielten nach vermögenden, dickwam-pigen Bürgern und so fort. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts schrieb der anonyme Autor des Büchleins «Von der Kunst, die Frauen treu zu machen»: «Vor allem unter den reichen Frauen ist Untreue üblich, da eine bestimmte Vorstellung von Ehre in den oberen Gesellschaftsschichten die Galanterie erlaubt und den Ehemann zwingt, damit zu leben, wenn er nicht lächerlich erscheinen will.»

Natürlich waren sich Menschen aller Schichten immer sowohl treu wie auch untreu. Literatur und Kunst stellten aber lange vor allem die Untreue des Adels dar, denn, so der Gedanke, die obere Gesellschaftsschicht könne, verliere sie einmal die Selbstkontrolle, besonders tief stürzen. Ihre Skandale waren daher besonders erbaulich. Die Publikumsspektakel der Zeit, Theater und Oper, ähnelten je nach Geschichte ein wenig der heutigen amüsiert-empörten Klatschpresse.

Konversationen «platt wie ein Gehsteig»

Für den grossen Autor Stendhal – selbst jahrelang unglücklich in eine verheiratete Generalsgattin verliebt – gab es eine Liebe vor und nach der Französischen Revolution. Nie, so schrieb er, solle die Liebe im Bürgerzeitalter, die durch Ehe, Kleinfamilie und Arbeitszwänge unterjocht, ja verdrängt wurde, mit der sorglos freien, nur durch äussere Etikette geregelten Liebe früherer Jahrhunderte verwechselt werden. Was bleibt nach der Revolution, nach Napoleon, nach Prinzenhöfen, Hofetikette und Romantik, und was entsteht mit dem 19. Jahrhundert? Verbürgerlichung, Ökonomie, Politi-



Was gibt es Schlimmeres, als nicht begehrt zu werden? Spacey und Suvari in «American Beauty».

sierung, Verflachung, Trivialität, banale Unterhaltungsformen, Langeweile: So sah es Gustave Flaubert.

In «Madame Bovary» (1856), der wohl berühmtesten Geschichte aller Zeiten über Untreue, richtet Flaubert sein Augenmerk auf den Haushalt des Bürgertums, die Kleinfamilie, die für ihn Sitten, Werte und Träume der Moderne verkörperte wie keine andere Gesellschaftsschicht. Emma, die Frau des behäbigen Landarztes Charles, dessen Konversationen «platt

Der Seitensprung ist eine banale, verblendete, zugleich verjüngende Privatangelegenheit von jedermann.

wie ein Gehsteig» sind, ist gelangweilt vom Provinzleben, träumt von anderem, Aufregendem. Um sich die Zeit zu vertreiben, liest sie alles, Schund wie hohe Literatur. Darin «gab es nur Liebe, Liebste, Geliebte, verfolgte Damen, die in einsamen Pavillons ohnmächtig wurden, Kutscher, die auf alten Poststellen ermordet, Pferde, die zuschande geritten wurden, Waldesdunkel, Seelenqual, Schwüre, Seufzer, Tränen und Küsse [...]». Inspiriert-verblendet, beginnt sie ein Verhältnis mit zwei Männern, dem adeligen Provinz-Beau Rodolphe und dem Jurastudenten Léon. Um ihren höfischen Traum zu verwirklichen, macht sie Schulden, möbliert ihr Haus im Adelsstil, beschenkt Rodolphe mit Reitgerte, Gravurring und Haarlocke, Symbol ritterlicher Treue, erleidet dann einen depressiven Zusammenbruch, als Rodolphe, Emmas aufdringlichen Liebesbekundungen überdrüssig, sich von ihr trennt. Mit Léon verwandelt Emma gar ihr Auftreten: Sie beginnt zu rauchen, trägt Jacken im Herrenschnitt und vornehmlich in Schwarz, sie geht breitbeiniger; Baudelaire schwärmt in seiner Rezension über

«Madame Bovary» von Emmas männlicher Seele in einem weiblichen Körper. Als auch Léon sie verlässt, begeht sie hochverschuldet Selbstmord.

Untreue als eine Form der Schönheit, auch wenn die umgebende Wirklichkeit ernüchternd ist – dieser Gedanke macht Madame Bovary bis heute zum Inbegriff moderner Formen des Seitensprungs. Modern, weil Literatur und Kunst seit Flaubert Untreue nur noch selten rein moralisch bewerten, sondern zeigen, wie sie sich verändert hat. Die Untreue ist käuflich geworden – Emmas horrenden Schulden und Reizwäscheeinkäufe zeigen es –, sie ist nicht länger an Tugenden, Vornehmheit oder Adel gebunden. Der Seitensprung ist eine banale, verblendete, zugleich festliche, verjüngende Privatangelegenheit von jedermann.

Was gibt es Schlimmeres, als nicht begehrt zu werden, in den Augen der anderen banal und gewöhnlich zu erscheinen? So formuliert es «American Beauty» (1999), Sam Mendes' Film über die Einsamkeit des amerikanischen Vorstadtlebens. Lester (Kevin Spacey), Werbekaufmann, Ehemann, Vater mittleren Alters, verliebt sich in die 16-jährige Angela, die Freundin seiner Tochter. Die Anziehung wird umso heftiger, als er erfährt, dass Angela ihn gar nicht so unattraktiv findet. Nichts, nicht einmal die tödlichste Waffe, sei machtvoller als das Begehren, heisst es an einer Stelle im Film. Und tatsächlich, der Flirt mit der Teenagerin wirkt verjüngend auf Lester: Er treibt zum ersten Mal seit Jahren Sport, trainiert seinen Bizeps, beginnt, Marihuana zu rauchen, die Musik seiner Jugend zu hören – und er ist glücklich.

Was kann die Untreue, wenn auch zunächst nur vorgestellt, ausserdem bedeuten? Sie sei eine Form von Schönheit, sagt Lester einmal – oft an unerwarteter, ja falscher, verbotener Stelle anzutreffen.

Top 10

Knorr's Liste

1	Sicario	★★★★★
	Regie: Denis Villeneuve	
2	Black Mass	★★★★☆
	Regie: Scott Cooper	
3	Crimson Peak	★★★★☆
	Regie: Guillermo del Toro	
4	Amateur Teens	★★★★☆
	Regie: Niklaus Hilber	
5	Schellen-Ursli	★★★★☆
	Regie: Xavier Koller	
6	Inside Out	★★★★☆
	Regie: Pete Docter	
7	The Martian	★★★☆☆
	Regie: Ridley Scott	
8	45 Years	★★★☆☆
	Regie: Andrew Haigh	
9	MazeRunner: The Scorch Trials	★★★☆☆
	Regie: Wes Ball	
10	Everest	★★★☆☆
	Regie: Baltasar Kormákur	

Kinozuschauer

1 (-)	Schellen-Ursli	53 422
	Regie: Xavier Koller	
2 (1)	The Martian	28 010
	Regie: Ridley Scott	
3 (2)	Inside Out (3-D)	19 633
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
4 (-)	Hotel Transylvania 2 (3-D)	18 493
	Regie: Genndy Tartakovsky	
5 (3)	Fack ju Göhte 2	12 611
	Regie: Bora Dagtekin	
6 (-)	Black Mass	7 732
	Regie: Scott Cooper	
7 (4)	The Intern	6 801
	Regie: Nancy Meyers	
8 (6)	Everest (3-D)	5 734
	Regie: Baltasar Kormákur	
9 (5)	Sicario	5 283
	Regie: Denis Villeneuve	
10 (-)	Crimson Peak	4 454
	Regie: Guillermo del Toro	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Avengers – Age of Ultron (Disney)
2 (-)	Spy – Susan Cooper Undercover (Fox)
3 (-)	A World Beyond (Disney)
4 (3)	Honig im Kopf (Warner)
5 (2)	Mad Max: Fury Road (Warner)
6 (5)	Fast & Furious 7 (Universal)
7 (6)	Tinkerbell und die Legende ... (Disney)
8 (-)	Der Nanny (Warner)
9 (4)	House of Cards – Staffel 3 (Sony)
10 (7)	Pitch Perfect 2 (Universal)

Quelle: Media Control



Falsche Träume: Polizistin Catherine Cawood (Sarah Lancashire) in «Happy Valley».

Serien

Gefühlskrüppel im heiteren Tal

Die BBC-Serie «Happy Valley» ist ein weiteres Meisterstück britischer Krimi-Kunst – und ganz weit, weit weg vom «Tatort».

Von Wolfram Knorr

Schmuddelfarbene Reihenhäuser mit kraligen Schornsteinen, schmale, nasse Gasen, vermüllte Hinterhöfe, vergammelte Bahnhöfe, triste Spielplätze, schummrige Kneipen – und über allem, dick und zottig wie ein riesiger Bausch Verbandswatte, der wolkenverhangene Himmel. Kein Zweifel, man ist in England, in der Provinz, in einer Kleinstadt mit jugendlichen Arbeitslosen, Drogen- und Alkoholproblemen und familiären Querelen, voll aggressivem Weltschmerz und grantigem Stolz. Man ist mitten im Spülstein-Realismus, wie ihn in der unauflösbaren Dichte von gnadenloser Boshaftigkeit, hoher emotionaler Kraft und erzählerischer Wucht nur der britische Film zustande bringt.

«Happy Valley», der Titel der BBC-Serie von Sally Wainwright, ist der pure Hohn auf Provinz-Mittelständler, die weder mit sich noch mit ihrer Arbeit, weder mit ihren Familien noch mit ihren Beziehungen klarkommen, auf falsche Träume und Vorstellungen hereinfallen und mit ihren besten Möglichkeiten nur elenden Missbrauch treiben. Wie der Buchhalter Kevin Weatherill (Steve Pemberton): zwei halbwüchsige Töchter, eine körperlich behinderte Frau, er möchte eine Gehaltserhöhung, die ihm nicht gewährt wird; oder der windige Kleinunternehmer Ashley Cowgill (Joe Armstrong), der auf seinem Grundstück Container

an Feriengäste vermietet und heimlich Drogen verschiebt. Und selbst die resolute 47-jährige Polizistin Catherine Cawood (Sarah Lancashire), die über den Freitod ihrer Tochter nie hinwegkam, die von Tommy Lee Royce (James Norton), einem Kriminellen, vergewaltigt und schwanger wurde, schlägt sich mit Wut und Hass herum. Sie nahm das Kind der Tochter, inzwischen ein Problem-Knabe, in ihre Obhut, und das wiederum entzweite ihre Ehe.

Wie diese Figuren, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben, nun heillos aneinandergeraten, wird zum dramaturgisch wie psychologisch raffinierten Räderwerk. So erfährt die Polizistin, dass der Vergewaltiger Royce, aus der Haft entlassen, sich wieder in der Gegend aufhält; und Weatherill, der bei Cowgill einen Ferien-Container in Miete hat, macht vor lauter Wut und Frust Ashley den Vorschlag, die Tochter seines Chefs zu entführen. Der findet die Idee eigentlich reizvoll und weicht seine Mitarbeiter, zu denen auch Tommy Lee Royce gehört, in den Plan ein – und das Unglück nimmt seinen Lauf. Der Riss zwischen Trieb und Vernunft wird immer tiefer. Rettung für die Gefühlskrüppel ist nirgends in Sicht. Durch die intensive Dichte und Verzahnung wird man emotional geradezu «abhängig».

Das Ensemble ist grandios, allen voran Sarah Lancashire als Police Sergeant, eine zeitgemässe

Mischung aus Mutter Courage und Penthesilea, und Steve Pemberton als frustrierter Buchhalter, der wie der Zauberlehrling die Geister, die er rief, nicht mehr loswird. Ein Unglücksrabe, der bockig allen anderen eine Mitschuld gibt und in dieser Uneinsichtigkeit regelrecht versackt. Der Grundplot der Entführung erinnert entfernt an «Fargo», aber der armen Menschen Ach und Weh ist bei den Briten bohrender und schmerzhafter. Das war mit ein Grund, warum «Happy Valley», mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, auch heftig in Grossbritannien kritisiert wurde. Der Regionalsender WDR strahlte die erste Staffel (sechs Folgen) zu später Stunde aus, aber die DVD ist einfach besser – wegen der Originalversion. ★★★★★

Weitere Serien-Hits

Gomorrha — Nach dem gleichnamigen Roman von Roberto Saviano, der 2008 verfilmt und mehrfach ausgezeichnet wurde, schuf Saviano federführend eine Serie, die nicht die Vorlage wiedergibt, sondern einer eigenständigen Handlung folgt. Die allerdings ist nicht weniger realitätsnah und zeigt ein grauenvolles Bild der Vorort-Slums von Neapel und einer Jugend, die frei von jeglicher Moral nur den eigenen Vorteil sieht und von der Camorra rücksichtslos manipuliert wird. Im Mittel-



Frei von jeglicher Moral: «Gomorrha»

Fragen Sie Knorr

Ich bin ein grosser Serien-Fan. Gibt es eigentlich brauchbare Literatur zu diesem Thema? F. U., *Unterengstringen*



Ja und nein. Das Dumme an Lexika wie den «Besten TV-Serien – Taschens Auswahl der letzten 25 Jahre», das kürzlich der umtriebige Taschen-Verlag auf den Markt brachte, ist, dass ein derartiges Nachschlagewerk am Tag seines Erscheinens bereits überholt ist. Denn Fernsehserien entwickeln ständig neue Formate, von «The Affair» über «Narcos» bis «Show Me a Hero», um nur einige zu nennen. In solch laufende Ereignisse einzugreifen und

punkt der ersten Staffel (zwölf Folgen), die Arte ausstrahlte, steht ein Familienclan, der wegen Verrat und Missgunst sukzessive zerfällt. Das alpträumhafte Lokalkolorit – vermüllte Strassen, Duster-Architektur und Kitsch-Protz-Wohnungen – und die Besetzung (mit Quartierbewohnern) rücken die Serie gespenstisch nahe an die Wirklichkeit. Die DVD der ersten Staffel beinhaltet auch die italienische Originalversion. ★★★★★



Deftiges Ambiente: «Turn: Washington's Spies».

Turn: Washington's Spies — In den 1770er Jahren, während der amerikanischen Revolution, gründete George Washington mit dem «Culper Ring» die erste Spionage-Gruppe, um den Briten das Leben schwerzumachen. Im Geheimbund gerät der Farmer Abe Woodhull (Jamie Bell) bald zwischen alle Fronten: Der Vater dient den Briten, die Gattin auch, die Geliebte nicht. Die AMC-Serie basiert auf dem Buch «Washington's Spies: The Story of America's First Spy Ring» des Historikers Alexander Rose, ist prächtig ausgestattet und deftig im Ambiente. Abes Loyalitätskonflikte sind ziemlich zeitgemäss; ständig muss er die Allianzen wechseln. Ein Verwirrspiel um Selbstbehauptung und nationale Zugehörigkeiten. Eine zweite Staffel wurde produziert, und eine dritte soll folgen. ★★★★★

innezuhalten, setzt eine gewisse Willkür voraus, zu der sich der Herausgeber Jürgen Müller auch bekennt: Es ist eine Auswahl, die mit grundsätzlichen Analysen das Serien-Prinzip dokumentiert. Dass allerdings – ausser der dänischen Serie «Borgen» – die Auswahl auf den englischsprachigen Kulturraum beschränkt bleibt, ist ein wenig unfair. Frankreich («Les revenants», «Braquo») und Italien («Romanzo criminale», «Gomorrha») sind auf gleichem Niveau. Irritierend auch, dass eine der fantastischsten frühen HBO-Serien, «Carnivàle», keine Erwähnung findet. Trotzdem: Der Bildband lohnt sich, schon alleine wegen des exzellenten Vorworts.

Die besten TV-Serien: Jürgen Müller (Herausgeber). Taschen. 744 S., Fr. 66.30

Jazz

Versuch über das Schöne

Von Peter Rüedi

Kaum ist von Kenny Werner die letzte CD erschienen, legt der vielseitige New Yorker die nächste vor. War die letzte ein Trio-Album mit dem lapidaren Titel «The Melody» (Weltwoche Nr. 33/15), enthält die neue ein Duo mit der Brasilianerin Joyce Moreno (Antônio Carlos Jobim: «eine der besten Sängerinnen aller Zeiten»). Sie heisst – nicht weniger umfassend, aber zutreffend – «Poesia». Werner, der mit seinen 63 Jahren einen langen Marsch durch die Institutionen des Jazz (und da vorwiegend die des modernen Mainstreams) hinter sich hat, ist ein Enthusiast der Melodie und der Poesie, will sagen: der unverschämten Schönheit. Dafür steht seine Zusammenarbeit mit Toots Thielemans ebenso wie die mit Bob Brookmeyer, der ihn für den grossorchestralen Jazz entdeckte (das Mel Lewis Orchestra, nach dem Tod des Drummers Vanguard Jazz Orchestra). Auch dass er mit Lee Konitz arbeitete, diesem Chef-Melodiker des neueren Jazz, ist ein Indiz für seinen unangestregten, indes nie spannungslosen «Klassizismus» – ebenso wie die zeitweilige Partnerschaft mit Joe Lovano. «Was das Repertoire betrifft», sagt Moreno über das Duo mit Werner, «entschlossen wir uns am Ende, der Schönheit den Vorrang vor allem anderen zu geben, die schönstmöglichen Songs auszuwählen.» Und Werner: «Es war herrlich. Es war perfekt. Keine Korrekturen, keine Schnitte. Wir haben eine Art, aufeinander einzugehen, die auf Antrieb funktioniert. Es hat nicht damit zu tun, dass sie eine brasilianische Künstlerin ist und ich ein Amerikaner bin. Wir legen unsere Kostüme ab und werden zwei Paar Ohren. [. . .] Lass uns die im ganz klassischen Sinne schönsten Stücke finden.» Das sind Balladen, vorwiegend, aber durchaus nicht nur aus dem brasilianischen Repertoire: Das erste Stück («Second Love Song») ist gar eine schöne Eigenkomposition von Werner. Moreno singt mit ihrer dezidierten, aber biegsamen Stimme neben MBP (Música Popular Brasileira) dazwischen auch Songs von Noël Coward («Mad About The Boy»), Bruno Martinos «Estate», Chaplins «Smile» oder Bernsteins Standard «Some Other Time». Viel Gefühl, keine Gefühlsseligkeit. Viel Schönheit, kein Schmalz.



Joyce Moreno / Kenny Werner: Poesia. Pirouet PIT 3087

Ankerplatz für die Seele

Veränderungen im Zürcher Milieu; Besitzerwechsel beim *Who is Who*, Neues aus der Gastro-Szene. Von *Hildegard Schwaninger*



Die Tradition hat ein Ende: «King's Club» im Zürcher Bankenviertel.

Die Konkurrenz ist gross im Sexgewerbe, und so fällt wieder ein KMU dem harten Wettbewerb zum Opfer. Der «King's Club», ein Stripplokal im Zürcher Bankenviertel, jahrzehntelang Ankerplatz für die geprüfte Männerseele, schliesst. **Jürg König**, der Besitzer, und seine Frau **Marina König-Häfliger** haben genug. Die Konkurrenz wurde zu gross, das Überleben in der umkämpften Branche schwierig. Siebzig Jahre lang war der nur einen Steinwurf vom Hotel «Baur au Lac» entfernte Erotikklub im Besitz der Familie König (Jürg Königs Vater hat ihn als junger Mann gegründet), jetzt hat die Tradition ein Ende. Marina König, eine tatkräftige Luzernerin, spricht Klartext. «Neben dem Internet, das mit Sex-Websites unserer Branche schwer zusetzt, gibt es neue Klubs, die mit harten Bandagen



Ordentlicher Gewinn: Werber Baumgartner.

kämpfen. Sie spendieren etwa die Drinks gratis. Früher beschäftigten wir über dreissig Girls, heute sind es nur noch ein Dutzend.»

Ein Lokal, das dem «King's Club» den Todesstoss versetzte, ist das «Aphrodisia». Unter Bankern eine bekannte Adresse: Stockerstrasse 62. Ab elf Uhr vormittags sitzen hier die Mädchen in Agent-Provocateur-Unterwäsche an der Bar, Drinks gibt es gratis. Spass garantiert. Im «King's Club» gibt es Drinks ab 15 Franken, was für einen Nachtclub schon fast Schleuderpreise sind. Früher war es ein Teil des Einkommens von Stripperinnen, dass sie für Champagnerkonsum bei den Gästen sorgten. Laut Marina König läuft das Geschäft mit dem Schaumwein immer noch (aber eben nicht mehr genug): «Eine Flasche Prosecco kostet 100 Franken, Champagner gibt es ab 180, und die Magnumflasche Champagner kostet 1450 – die verkaufen wir gut.» Trotzdem: Das ganze Business wurde ihr zu viel. Die Familie König besitzt ein paar Immobilien an guter Lage, Marina und Jürg König werden sich in Zukunft um diese kümmern.

Der Werber **Eugen Baumgartner** hat vor acht Jahren das *Who is Who*, *WW Zürich* gegründet. Er wäre wohl gern ein zweiter **Jürg Marquard** geworden – Verleger, unabhängig, reich, begehrt von schönen Frauen. Das ist ihm nicht gelungen, aber immerhin hat er es geschafft, das *WW* jetzt zu verkaufen und, wie er

sagt, einen ordentlichen Gewinn zu erzielen. Das *WW* war nicht unumstritten; man wunderte sich über die Auswahl der «200 einflussreichsten Persönlichkeiten» der Limmatstadt. Da rutschte etwa eine Ex-Vize-Miss in die VIP-Fibel, nur weil sie hübsch und fotogen war, und Theaterintendanten, Museumsdirektoren und Mega-Unternehmer wurden vergessen. Trotzdem, es machte Spass, das *WW* durchzublätern – man nahm es einfach nicht sehr ernst. Für sein letztes *WW* hat Eugen Baumgartner die Jury aufgewertet – auch *Weltwoche*-Vize-Chefredaktor **Philipp Gut** ist dabei sowie der stellvertretende Chefredaktor der *Handelszeitung*, **Marcel Speiser**, und **Peter Röthlisberger**, Chefredaktor *Blick am Abend*. Das neue *WW* wird am 5. November im «Tao's» präsentiert. Dann übernimmt **Fabian Schwarzenbach**, der neue Besitzer. Er kommt aus Basel, ist Betreiber von Internetplattformen und Herausgeber von Publikationen. Das *WW Basel* geht bereits in Edition 4 und wird im Dezember im Hotel «Les Trois Rois» präsentiert.

Oft fühlen sich Söhne und Töchter aus gutem Haus zur Gastronomie hingezogen: der Bankierssohn **Mike Gut**, der Unternehmerssohn **Nico Maeder**, der aus einer Bankiersfamilie stammende Künstler **Dieter Meier**. Auch **Luca Tribò**, der Sohn von Zahnarzt **Marco Tribò**, der vielen Goldküstenkindern Zahnspangen verpasst hat, ist in der Gastronomie. Gian-Luca Tribò war Bistro-Manager im



Chefkoch Thommen, Gastronom Tribò.

«Clouds», jetzt hat er (mit Partnern) in Zürich-Wipkingen «The Artisan» eröffnet. Gastro-Guru **Otto Gisiger** (er hört das Gras wachsen und hat mit Erfolgsprognosen eine hohe Trefferquote) meint, dass es «der absolute Hit» wird. Auch die Tochter von Tribòs Frau **Susi** ist im Gastgewerbe. **Dominique Marcus** ist gelernte Damenschneiderin; jetzt wirtschaftet sie im Restaurant «Höschgasse 33». Recht erfolgreich. Nur die Nachbarn (die alten Seefeld-Eingesessenen sind manchmal seltsam) machen ihr das Leben schwer. Weil sie letztes Jahr wegen Lärmbelästigung (die Tische stehen draussen) klagten, verzichtet sie dieses Jahr auf ihre traditionelle Geburtstagsparty.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Frauensache

Die Rabbinerin in Ausbildung, Ariana Katz, 33, und die Anwältin B. Ever Hanna, 34, haben im Juni geheiratet.



«Wir lachten Tränen»: Ehepaar Hanna-Katz.

Ariana: Unsere Verbindung kann man als feministisch-politisch umschreiben, aber auch als alternativ-jüdisch. Wir scheuen uns beide nicht, unkonventionelle Haltungen zu vertreten und diese auch zu leben. Anders als gedacht, ist die jüdische *queer*-Gemeinde recht gross – als Exotinnen müssen wir uns also nicht fühlen.

Ever: Das Schöne an einer Hochzeit, die zwei Frauen organisieren, ist, dass es bei den Geschenklisten keinen Streit gibt. Beide finden es total okay, wenn sich die eine ein rosarotes Waffeleisen wünscht und die andere gerüschte Bettwäsche. Die Vorbereitungen zum glücklichen Tag waren ebenfalls in weiblicher Hand und verliefen friedlich.

Ariana: Meine Mutter schenkte uns Porzellan, das sie für uns bemalt hatte. Und sie nähte – eine alte Familientradition – mein Hochzeitskleid, das aus unzähligen Schichten Leinenstoff bestand und wunderschön aussah. Ich selbst fertigte das Dach der Chuppa, also jene Kuppel, unter der sich jüdische Paare vermählen. An der Stickereiarbeit sass ich Hunderte von Stunden. In dieser Zeit dachte ich über unser gemeinsames Leben nach, das vor uns liegt.

Ever: Die Brautparty war extrem lustig, und da wir beide Groupies des Musikers Daniel

Kahn und seiner Klezmer-Band The Painted Bird sind, war sein überraschendes Auftauchen das Highlight des Abends. Er hat für uns traditionelle jüdische Hochzeitslieder, die eigentlich für Heteropaare gedacht sind, in Balladen über gleichgeschlechtliche Paare umgeschrieben, die in der Diaspora leben.

Ariana: Im Judentum gilt es als gute Tat, die Braut zum Lachen zu bringen. Unsere Freunde liessen sich dementsprechend einiges einfallen. Ein Freund spielte Ukulele, ein anderer griff das erste Mal seit zwanzig Jahren wieder zur Gitarre und sang mit einem anderen Freund zusammen ein Duett. Wir lachten tatsächlich Tränen.

Ever: Der Rest des Anlasses war keineswegs spontan, sondern gut organisiert. Rituale, musikalische Begleitung und das Essen sollten unsere Werte symbolisieren. An der Planung der Zeremonie arbeitete Ariana ein ganzes Jahr lang. Sie ist eine rabbinische Studentin, und der Anlass war natürlich eine Herausforderung für sie. Eine Rabbinerin stand ihr zur Seite. Viele Bräuche interpretierten wir dennoch nach unserer Façon. Das Eheversprechen betraf uns beide, das andere war als Versprechen formuliert, dass wir als Paar auch weiterhin jenen Gemeinschaften angehören, die uns so viel bedeuten.

Ariana: Die Tradition der Schewa Brachot – also der sieben Segenssprüche – interpretierten wir ebenfalls neu. Wir baten unsere Freunde und Eltern, diese neu zu verfassen. Die Zeremonie war magisch, und das anschliessende Essen übertraf alle unsere Vorstellungen. Eine Freundin agierte als Köchin. Sie gestaltete das Bankett nach ihren eigenen gigantischen Vorstellungen, die unser Budget bei weitem gesprengt hätten. Es war eines von vielen fantastischen Hochzeitsgeschenken, die wir erhielten.

Ever: Dass unsere Freunde und Familien bei der Planung und Durchführung eine so wichtige Rolle spielten, war für uns das grösste Glück. Unsere Hochzeit wird uns immer als Anlass in Erinnerung bleiben, den unsere liebsten Leute möglich gemacht haben.

Protokoll: Franziska K. Müller

Frauenpower

Von Andreas Thiel — Köppls Wahlanalyse erklärt alles.

Andreas: Roger, wer bist du?

Roger: Ich bin Roger. Und wer bist du?

Andreas: Ich bin Andreas.

Roger: Das weiss ich.

Andreas: Warum fragst du dann?

Roger: Du hast zuerst gefragt.

Andreas: Ich stelle hier ja auch die Fragen.

Roger: Wer stellt die Fragen?

Andreas: Ich stelle die Fragen.

Roger: Und wer bist du?

Andreas: Ich bin Andreas.

Roger: Und wie war die Frage?

Andreas: Wie erklärst du dir dein Rekordwahlergebnis?

Roger: Ich wurde von Frauen gewählt.

Andreas: Von Frauen?

Roger: Die Mehrheit der Stimmberechtigten ist weiblich. Schuld am Wahlergebnis sind also die Frauen. Dank den Wählerinnen politisiert das Parlament jetzt dann wieder etwas vernünftiger.

Andreas: Die Vernunft des Volkes kommt von der Mehrheit der Frauen?

Roger: Die Frauen sind die Tüchtigen in diesem Land.

Andreas: Was ist mit den Frauen im Bundesrat?

Roger: Der Bundesrat wird nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Dort herrscht eine Männermehrheit. Männer sind weniger tüchtig. Sie wählen unvernünftige Frauen in den Bundesrat.

Andreas: Wir bräuchten also mehr tüchtige Frauen im Parlament?

Roger: Tüchtige Frauen werden immer zu Hause gebraucht. Frauen spielen ihre Macht als Mehrheit an der Urne aus. Von der Urne aus kontrollieren sie die unvernünftigen Männer in der Politik. Und das ist der Grund, warum die Linken so viele Wirtschaftsflüchtlinge wie möglich in die Schweiz reinlassen wollen. Das sind vorwiegend junge Männer, die dann von der Sozialhilfe leben. Sobald man ihnen das Stimmrecht erteilt, wählen die links.

Andreas: Gibt es denn keine tüchtigen Einwanderer?

Roger: Du meinst Frauen? Leider nein. Die werden zu Hause gebraucht.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



Pirat von der Adria

Von Peter Rüedi



Die Kenner bitte ich um Nachsicht. Dem normalen Weinliebhaber aber, der nicht täglich über Führern, Fachzeitschriften und Weinatlanten brütet, sondern abends sich einfach ein bekömmliches Glas auf den Tisch wünscht und damit basta, mag die Klärung willkommen sein: Montepulciano ist einerseits eine renommierte Weinzone um die toskanische Stadt gleichen Namens, berühmt für ihren *Vino Nobile di Montepulciano*, seinerseits öfter mal verwechselt mit dem Konkurrenten aus dem nahen Montalcino, wo, ebenfalls mit einem Sangiovese-Klon als Basis, der famose Brunello entsteht. Andererseits meint Montepulciano eine Traubensorte. Die spielt allerdings, um die Verwirrung komplett zu machen, bei den Weinen aus Montepulciano keine Rolle. Sie ist in vielen italienischen Provinzen verbreitet, hauptsächlich an den Hängen entlang der Adria, in den Abruzzen (deshalb der Zusatz «Montepulciano d'Abruzzo»). Im Gegensatz zum toskanischen *Vino Nobile* haftet der Sorte ein proletarisches Odeur an, der Ruf eines Weins für den gekühlten Offenausschank am Bartresen oder in der Osteria. Was freilich nur heisst, dass man bei einer Flasche Montepulciano d'Abruzzo aus gutem Hause sein tiefrotes Wunder erleben kann, allein was den Genuss, vor allem aber, was dessen Relation zum Preis betrifft. Ein schönes Beispiel dafür ist der Amorino des Grossproduzenten Castorani aus den Hügeln von Alanno hinter Pescara. Dessen Anbaufläche beläuft sich auf 72 Hektaren, die Jahresproduktion auf eine Million Flaschen. Wer daraus die falschen Schlüsse zieht (etwa, dass *big* immer *ugly* sein müsse), bringt sich um ein schönes Vergnügen. Dieser Rote wird im Beton vergoren und kommt erst nach dem natürlichen Säureabbau in Holzfässer von 500 Litern. Er hat bei sehr viel Substanz und Kraft (schwarze Beeren, typische Tabakwürze, flexible Tannine) eine fabelhafte Frische. Ein Wein wie geschaffen, als Pirat bei Blinddegustationen für Furore und Verblüffung zu sorgen. Der Inbegriff dessen, was die angelsächsischen Fachblätter einen *best buy* nennen.

Amorino DOC Montepulciano d'Abruzzo 2010. 14%.
Peter Kuhn, Dielsdorf. Fr.17.50. www.peterkuhnweine.ch

Humor im Gericht

Der Schwabe Joachim Wissler gehört zu den besten Köchen der Welt. Das hat geschmackliche und menschliche Gründe. Von David Schnapp



Spielfreudig, unterhaltsam, geschmackvoll: Joachim Wissler, Bergisch Gladbach.

Selbst langjährige Mitarbeiter sind mit dem Chef per Sie. Joachim Wissler hält nichts vom kumpelhaften Du in der Küche, das sei eine Frage des gegenseitigen Respekts. Spricht man mit dem jugendlich wirkenden 52-Jährigen, hat man einen entspannt wirkenden Mann vor sich. Trotzdem ist Wissler jemand, der nichts dem Zufall überlässt: Wie der Tisch aussieht, an den sich der Gast beim Betreten des Restaurants setzt, ist ebenso durchdacht wie jedes einzelne Gericht.

Während der Tisch möglichst leer sein soll – «der Gast darf nicht das Gefühl haben, es liege Arbeit vor ihm», sagt Wissler –, sind viele seiner Gerichte hochkomplexe Angelegenheiten. Manche kritisieren diesen Stil als zu kopflastig. Dabei ist es Wisslers Fähigkeit, ebenso dem kulinarisch interessierten Gast Nahrung für Kopf und Bauch zu bieten, wie dem am puren Genuss interessierten Gast ebendies zu bieten: puren Genuss – und das für Stunden.

Deutschland, deine Saucen

Wisslers Menüs beginnen mit dem «Auftakt», da werden etwa Gänselebercaramel und Haselnuss kombiniert. Das sieht aus wie die Toffifees, die man in der Süßwarenabteilung kaufen kann, nur dass sie im «Vendôme» sehr viel aufregender schmecken. Was auf den ersten Blick schlicht erscheint, ist beim ersten Biss unglaublich vielschichtig: eine Haselnuss, eine

karamellisierte Gänseleber, dunkle Schokolade, ein Gelee aus Riesling-Spätlese – einem typischen Wein, den man zu Foie gras bestellen könnte –, Haselnussjogurt, knusprige Kerbelzweige. Die Fülle der Gänseleber, die feine Säure von Milch und Wein, dessen Süsse und die herbe Röstnote der Haselnuss ergänzen sich elegant.

Zu den Höhepunkten eines an Höhepunkten reichen Menüs gehören Gerichte, die eine humorvolle, unterhaltende Seite Wisslers offenbaren. Etwa die Deutschlandkarte, wo je nach Region die passende Sauce aufgetragen wird: grüne Sosse in Frankfurt, Currysosse in Berlin, süßes Senf in München und so weiter. Sie umgeben ein Rindstatar mit Kaviar, das man sich mit den Saucen ganz unterschiedlich aromatisieren kann. An der Seite liegt ein Edelsandwich: feinblättriges, knuspriges Röstbrot mit Wachtelei und Ochsenmarkcreme.

Spielfreudig, unterhaltsam, geschmackvoll: Das Ergebnis von Joachim Wisslers kulinarischer Intelligenz ist ein ausgesprochen vergnügliches Erlebnis, mit Höchstnoten in allen Listen und Führern bewertet – und jederzeit eine Deutschlandreise wert.

Restaurant «Vendôme» im Grandhotel «Schloss Bensberg»
Kadettenstrasse, D-51429 Bergisch Gladbach
Tel. +49 2204 42906.
Montags und dienstags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Bella Italia

Einen Ferrari in Italien zu fahren, ist eine berührende Erfahrung: mit dem 488 Spider durch die Emilia-Romagna. Von David Schnapp

Die Schweiz ist ein Ferrari-Land. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wurden laut Statistik von Auto Schweiz 279 der italienischen Schönheiten hierzulande verkauft, darunter auch ein Dutzend Supersportwagen LaFerrari, Stückpreis etwa zwei Millionen Franken. Das meistverkaufte Modell war übrigens der 458 Italia, der dieser Tage vom 488 abgelöst wird (*Weltwoche* Nr. 23/2015). Und der nächste folgt sogleich: die offene Version des 488, um die es hier geht.

Ferrari 488 Spider

Leistung: 670 PS / 492 kW
Hubraum: 3902 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 325 km/h
Preis: Fr. 277 600.–



Die Käufer von Coupé und Spider seien völlig unterschiedliche Charaktere, sagen die Marketingverantwortlichen von Ferrari. Obwohl die Autos weitgehend identisch sind – mit Ausnahme des sich öffnenden Stahldaches selbstverständlich –, sitzt der Coupé-Fahrer meist allein im Auto und fährt damit gerne auf den Rundkurs, während der Cabrio-Lenker jemanden mitnimmt und mit seiner Begleitung lieber genussvolle Ausfahrten unternimmt.

Ferrari, Papst, Gott

Wir verhalten uns also so wie der durchschnittliche Ferrari-488-Spider-Fahrer und besuchen den Osten der Emilia-Romagna, «eine historische Landschaft Norditaliens» (Wikipedia). Nach rund zwei Stunden am Steuer dieses wunderbaren offenen Sportwagens ist nur schwer vorstellbar, dass es einen besser geeigneten Ort gibt, um dieses Auto durch die Gegend zu treiben. Wenn der offene Italiener vorbeirauscht, lassen die Bauern in den Sangiovese-Rebbergen kurz die Arbeit ruhen. Kinder rufen, Ältestenräte mit dem Espresso in der Hand unterbre-

chen die angeregte Unterhaltung und auf der Autobahn wird die linke Spur freigeräumt.

Nach Ferrari, so scheint es, kommen nur noch der Papst und der liebe Gott. Wir machen Halt in dem pittoresken Ort San Leo (*città d'arte*, Bistum Rimini), wo eindrucksvolle Sakralbauten aus dem neunten und zwölften Jahrhundert zu besichtigen sind. Es gibt Brot und Olivenöl, Käse, Salami und Trauben. Dann taucht Bürgermeister Dario Giorgini auf, geschmückt mit dem rot-weiss-grünen Band des Gemeindevorstehers, und drückt den Journalisten einen Bildband des Städtchens in die Hand. Die Szene hat etwas Skurriles, aber für die Italiener gleichzeitig wohl Selbstverständliches. Wenn Ferrari kommt, herrscht Ausnahmezustand. Man stelle sich die Szene in einer Schweizer Kleinstadt vor – sie wäre höchstens in einem Satirebeitrag für «Giacobbo/Müller» denkbar.

Der Ferrari 488 Spider sorgt aber nicht nur für Aufsehen, er lässt sich vor allem selbst auf schlechten Strassen präzise und schnell durch enge Kurven ziehen. Die harten Fakten: 670 PS leistet der 3,9-Liter-Doppelturbo-Motor, bei 3000 Umdrehungen stehen 760 Newtonmeter an, und Tempo 100 ist nach 3,0 Sekunden erreicht. 14 Sekunden dauert es, bis das Dach offen ist, und es öffnet auch im Fahren (max. 45 km/h). Schliesslich: Das gefürchtete Turboloch haben die Ingenieure irgendwie weggezaubert, und sogar der Klang des 488 ist *bella Italia*.



«Logischerweise die grösste Band der Welt»: Popstars Hutchcraft (l.), 29, und Anderson, 31.

MvH trifft

Theo «Hurts» Hutchcraft

Von Mark van Huisseling — Hat man als Popstar eine Existenzberechtigung ohne Hits? Antworten vom Hurts-Sänger und -Songschreiber.

Im Pop dreht sich alles um Hits, nicht wahr?»
L– «Gut, es kommt drauf an, denke ich. Wir lieben Popmusik, aber wir lieben auch die Idee, Alben zu machen, facettenreich zu sein in dem, was wir tun. Das ist der rote Faden, der sich durch unsere Arbeit zieht.» – «Für Sie als Künstler mag das so sein, aber Plattenfirmenchefs und Fans wollen vor allem Hits, nicht Alben, denke ich.» – «Nun, es ist eine komische Geschichte – offensichtlich stellen die bekanntesten Lieder einer Band die Verbindung zum Publikum her. Und wir hatten immer Lieder, die ankamen, sonst hätten wir mehr Diskussionen mit den Leuten von der Plattenfirma. Aber es ist nicht so, dass man uns zwingen muss, Hits zu schreiben, wir wollen das. Denn wenn wir Lieder auf dem Album haben, die unser Publikum mag, gibt uns das die Möglichkeit, uns künstlerisch auszudrücken, wie wir wollen.» – «Wie schreibt man einen Hit?» – «Es ist recht schwierig, wir verbringen unser Leben damit,

es zu versuchen... Wenn wir die Formel kennen würden, wären wir logischerweise die grösste Band der Welt. Doch es gibt etwas, was ein Pop-song sein muss: gewagt.»

Theo Hutchcraft, 29, ist ein britischer Sänger und Songschreiber aus Richmond in Nordengland. Zusammen mit Adam Anderson, 31, der Gitarre und elektronische Instrumente spielt, bildet er das Synthie-Pop-Duo Hurts; zu ihren Vorbildern zählen die Pet Shop Boys, Depeche Mode oder Frankie Goes to Hollywood. Das Debütalbum «Happiness» von 2010 war erfolgreich – je nach Quelle wurden davon zwischen einer und zwei Millionen Stück verkauft, die Singles «Wonderful Life» und «Stay» waren Hits in mehreren europäischen Ländern, darunter Deutschland, einem der wichtigsten Musikmärkte der Welt. Zuvor waren die beiden arbeitslos gewesen beziehungsweise hatten Gelegenheitsjobs verrichtet; dieser Tage erscheint ihr drittes Album, «Surrender». Hutchcraft, der

in London lebt, ist in der Vergangenheit auch durch Beziehungen zu berühmten (oder bekannten) Frauen aufgefallen, darunter Dita Von Teese, eine amerikanische Burlesque-Tänzerin, oder Alexa Chung, ein britisches Model. Dieses Gespräch fand im «Swissôtel Zürich» statt.

«Letzte Hit-Frage: Muss man Hits selber schreiben, oder sind Sie berühmt genug, dass einer kommt mit einem Hit, für den er einen Interpreten sucht?» – «Ich denke, man weiss, was Adam und ich machen. Und wir arbeiten mit Produzenten zusammen, das haben wir schon immer getan. Aber wir legen Wert drauf, dass wir eine grosse Rolle spielen bei dem, was am Schluss rauskommt. Ich kann nur Lieder singen, zu denen ich eine Verbindung spüre. Wenn ich einen Song höre, der mir gefällt, und man mich dann fragt, ob ich ihn singen möchte, sage ich: «Weshalb sollte ich? Es singt ihn ja bereits jemand ...» – «Aber im Pop gibt es doch diese Tradition, dass Interpreten aus Liedern, die nicht sie geschrieben haben, ihre Hits machen – von Elvis bis Rihanna.» – «Klar, das ist so. Aber Leute wie Rihanna – sie wählt die Lieder aus, die sie singt, und ist dann dran beteiligt. Und man sollte nie vergessen: Das ist der Grund, warum solche Leute Stars sind. Man fragt ja nicht irgendjemanden, ob er einen Song zum Hit machen möchte.»

«Wie ist das bei Ihnen in Nordengland – betrachtet man das ernsthaft als mögliche Berufslaufbahn, wenn junge Leute Popmusiker werden wollen?» – «Nein, das tut man nicht; ich fürchte, das tut man nirgends auf der Welt. Man muss sich nur die Schulfächer ansehen: Im Kern geht's darum, was einen fürs Geschäft und die Wirtschaft vorbereitet, Mathematik, Wissenschaft, Sprachen ... Kunst wird als weniger wichtig angesehen.» – «Obwohl aus Ihrer Gegend erfolgreiche Bands kommen – unter anderen die Beatles oder Oasis?» – «Das stimmt, wenn man jung ist und Vorbilder hat, die es geschafft haben, dann ermutigt einen das. Und in Manchester gibt es viele *outlets*; es gibt viele Konzerte, Lokale, in denen man üben und auftreten kann ... Ich glaube, ohne dieses Umfeld hätten wir den Start nicht geschafft.» – «Ein Kritiker schrieb, Ihre Songs seien geschrieben oder designt für grosse Bühnen, und mich dünkt, Ihnen sei kommerzieller Erfolg mindestens so wichtig wie künstlerischer Ausdruck.» – «Wie ich am Anfang gesagt habe: Wir machen zwar Popmusik, aber deswegen denken wir nicht die ganze Zeit daran, wie viele Leute ein Song ansprechen wird. Wir sind nicht zynisch, sondern ehrlich. Es ist natürlich ein willkommener Bonus, wenn dann sehr viele Leute eine Verbindung zu einem Song von uns finden. Aber wir haben auch schon gute Popsongs geschrieben, die keiner hören wollte.»

Sein liebstes Restaurant: «Hawksmoor Seven Dials», 11 Langley Street, WC2 9JG London, Tel. +44 207 420 9390

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
12					13	14		15		16	
17					18			19			
		20			21					22	
23	24					25				26	
				27		28		29			
30		31	32				33				
	34				35	36			37		38
39					40				41		
42						43		44			
		45						46			
47						48				49	

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Systematische Verbundenheit

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Grazil wie eine Gazelle und entfernt mit ihr verwandt. 7 Ein Fluss, ein Département und nur ein Name. 12 Es reicht von oben bis unten und ist weiblich. 13 Folgte hinter Eisernem Vorhang meist auf amerikanisches Ja. 16 Eine Anzahl, eventuell ein Gespann. 17 Die zugespitzte Seite des Hammers gleicht der Rückenflosse eine Wals. 18 Wir wohnen immer unter ihm. 20 Schwaches Verb mit starker Wirkung, bei Tieren und Menschen. 22 Kurz: CH-Autokennzeichen, dt. Masseinheit und Edelgas. 23 Weggehen, sagt sich der Portugiese rückblickend. 25 Anna: adlig, russisch, literarisch. 27 Sie ist Knoblauch und Mensch gemein. 29 Ihr Wert bleibt trotz ihrer zwei Seiten gleich. 30 Cinématographie – da denken wir an berühmte Brüder. 33 Stromberg – wird erst mit ihm lebendig. 34 Ein vierzigjähriger Zeitraum aus britischer Sicht. 35 Furchteinflössender Zar, jener IV. 37 Komponisten schätzen sie als Zwischenraum. 39 Der päpstliche Name animiert zum Feiern. 41 Für eine klare Situation gehört die hintere Hälfte nach vorne. 42 Es ist das, was viele irritiert. 43 So viel ist klar: Er arbeitet mit Praktik und Taktik. 45 Nein, nicht neu, eher wiederholt. 46 Maya-Stätte, südöstlich von Campeche (hier mit t). 47 Zahl, die Minimalisten wohl mögen. 48 Es presst, und damit synonym auch dies. 49 Ersetzt eine Zahl, eine sehr hohe.

Senkrecht — 1 Längenmässig in etwa die Loire, aber in China/Kasachstan. 2 Um sich dort zu verköstigen, muss man nicht studieren. 3 Zwei entsprechen in England 1,136 Liter. 4 Da liegt ein Talent verborgen. 5 Rohrer, medial gesehen. 6 Nathan der Weise und seine Adoptivtochter. 8 Die Konstruktion ist ganz schön gesponnen. 9 Wichtiges Organ bei der NSA. 10 Sie ist Teil der Formel 1. 11 Sie werden von Bauern und Bankern gleichsam geschätzt. 12 Kosovo-Truppe im NATO-Jargon. 14 Bei Wind und Regen mag man sie besonders. 15 Wo die alten Römer Zeitvertreib und Erholung fanden. 19 Eine Blume ist eine Blüte – könnte von André Breton sein. 21 Wenn schon früher, ist es auch wahrscheinlicher. 24 Gewissermassen Reservestoff diverser Pflanzen. 26 Lethargie äussert sich auch so. 27 Der kundgetane Missmut ist schrill. 28 Womit er durch innere Ausgeglichenheit gekennzeichnet ist. 31 Man kann es einfach auch so bekannt machen. 32 Umgekehrt ist es schon auch so. 33 Dafür braucht es gerade heute keine Propheten. 36 Mit 14 senkrecht verwandt. 38 Der uralte Kirschbaum ist dort in Japan nationales Kulturdenkmal. 39 Dort ist es sicher sicher. 40 Mehrere Gewässer, und zwar gesehen von einem Engländer. 41 Kurz: Bei globalem Handel gibt's auch ein Abkommen. 44 Glaube: von Gott gelenkt und doch beschränkt.

©Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 438

	A	B	S	Z	I	S	S	E	O	T	S	U			
S	M	E		I	N	T	E	R	P	R	E	T	G		
A	B	L	O	E	S	U	N	G	T	I	A	R	A		
T	E	E		R	E	N	T	E	N	A	L	T	E	R	
R		S	P	E	L	T		B			N	E	U	N	
A	S	E	A	N		M	A	E	G	D	E		S		
P	A	N	E			M	A	N	N	A		H	O	E	G
	T		S	T	U	N	T		G	O	M	S		U	
B	I	S	S	E	N		A	M	A	R	E	T	T	I	
O	R	I	E	N	T	A	L	E		B	R	A	U	S	
S	E	N		N			L	E	G	I		D	E	A	
A	N	E	M	O	N	E		R		T	O	E	R	N	

Waagrecht — 1 ABSZISSE 8 OTSU 11 S(tim)ME
 12 INTERPRET 14 ABLOESUNG 15 TIARA (Papstkronen, wird nicht mehr getragen) 17 TEE
 18 RENTENALTER 19 SPELT (Name für Dinkel, Schwabenkorn u.a.) 21 NEUN 22 ASEAN
 24 MAEGDE 27 PANE (it. f. Brot) 28 MANNA
 29 HOEG (Vorstellung vom...: Buchtitel)
 32 STUNT (von engl. stunt, Kunststück)
 34 GOMS 36 BISSEN 38 AMARETTI 41 ORIENTALE
 42 BRAUS 43 SEN (-ior) 44 LEGI
 45 DEA (Drug Enforcement Administration)
 46 ANEMONE 47 TOERN

Senkrecht — 1 AMBE (auch Doppeltreffer im Lotto) 2 BELESEN 3 ZIEREN 4 INSEL 5 STUNTMAN 6 SENT (Nest) 7 ERGEBEN 8 ORTA (-see) 9 TEILNEHMER 10 STATE (engl. f. Staat) 11 SATRAP (Tarasp) 13 GARN 16 REUSE 20 PAESSE 23 SATIREN 25 ANTALL 26 GAGA (Lady Gaga) 28 MUNT (Begriff im mittelalterl. Personenrecht) 30 OSTADE 31 GUISAN 33 TENNO (Kaiser und Staatssymbol Japans) 35 ORBIT 36 BOSA 37 (Apfel-) SINE 39 MEER 40 TUER

Lösungswort — SPIESSERTUM



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

OYSTER PERPETUAL DAY-DATE



ROLEX



BUCHERER

1888

bucherer.com